

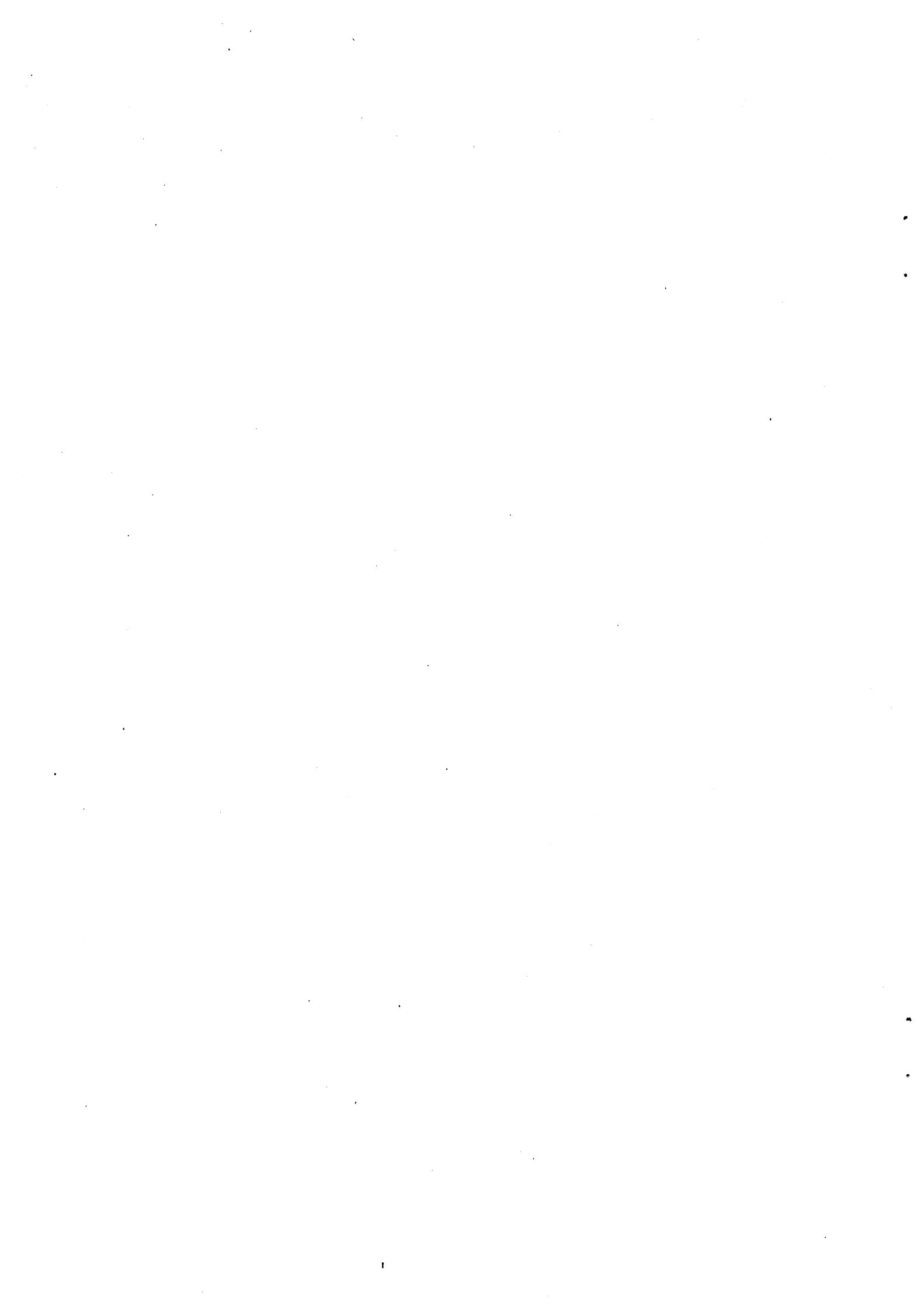
Wiener Landtag

32. Sitzung vom 30. November 1995

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	(S. 3)	(Beilage Nr. 40)
2. Fragestunde:		Abstimmung (S. 31)
1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 5);		
3. Anfrage (S. 6); 4. Anfrage (S. 7);		
5. Anfrage (S. 9); 6. Anfrage (S. 11);		
7. Anfrage (S. 13).		
3. Mitteilung des Einlaufs	(S. 14)	
4. Pr.Z. 2758-MDPLTG; P. 1: Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien		Berichterstatter: Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda (S. 31 u. 38)
Berichterstatter: LhptmStvin. Grete Laska	(S. 14)	Redner: Abg. Franz-Karl Effenberg (S. 32), StR. Mag. Christoph Chorherr (S. 32 u. 35) sowie die Abgen. Dr. Johannes Hawlik (S. 33) und Ing. Rolf Huber (S. 34)
Redner: Abg. Susanne Jerusalem (S. 16), StRin. Maria Hampel-Fuchs (S. 19), die Abgen. Ilse-Maria Arié (S. 21) und Mag. Christine Lapp (S. 22)		Abstimmung (S. 40)
Abstimmung (S. 23)		
5. Pr.Z. 2635-MDPLTG; P. 2: Gesetz, mit dem die Beurordnung für Wien geändert wird		8. Pr.Z. 198-GGS; P. 5: Gesetz, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 geändert wird
(Beilage Nr. 43)		(Beilage Nr. 36)
Berichterstatter: Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda (S. 24 u. 29)		Berichterstatter: LhptmStv. Dr. Sepp Rieder (S. 40 u. 49)
Redner: Die Abgen. Günter Kenesei (S. 24), Dipl.-Ing. Dr. Herlinde Rothauer (S. 25), Walter Prinz (S. 26) und Ing. Horst Georg Riedler (S. 28)		Redner: Die Abgen. Jean Margulies (S. 40 u. 48) und Gerhard Pfeiffer (S. 43), StRin. Karin Landauer (S. 46), Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch (S. 46) sowie StRin. Maria Hampel-Fuchs (S. 51)
Abstimmung (S. 31)		Abstimmung (S. 52)
6. Pr.Z. 200-GPS; P. 3: Gesetz, mit dem das Wiener Gasgesetz geändert wird (Wiener Gasgesetz-Novelle 1995)		9. Pr.Z. 2803-MDPLTG; P. 6: Gesetz, mit dem das Wiener Bezügegesetz 1995 und die Besoldungsordnung 1994 geändert werden
Berichterstatter: Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda (S. 31)		(Beilage Nr. 42)
		Berichterstatter: Amtsf. StR. Johann Hatzl (S. 52)
		Abstimmung (S. 52)



(Beginn um 9.00 Uhr.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich eröffne die 32. Sitzung des Wiener Landtags.

Entschuldigt sind die Abgen. Jovan Cvetkovic, Eleonore Haas, Ingrid Kariotis, Dr. Ferdinand Maier und Walter Nettig.

Ich möchte vielleicht doch noch bemerken, aber Sie werden es alle wissen, daß eine Verkehrsbehinderung ist, sodaß alle, die sozusagen vom anderen Donauufer kommen, sich heute wahrscheinlich - bis auf einzelne, die sehrzeitig weggefahren sind - verspätet werden. *(Lebhafte Rufe bei der ÖVP, den F und den GRÜNEN.)* Ist ja überhaupt nichts Böses. Was ist denn? Ich sage es ja nur. *(Heiterkeit und weitere Rufe.)*

Wir kommen zur Fragestunde.

(In der Fragestunde werden von Präsidentin Ingrid Smejkal folgende Anfragen aufgerufen:

1. Anfrage (Pr.Z. 76/LM/KGR): Abg. Dr. Peter Pilz an den Landeshauptmann:

Was gedenken Sie zu unternehmen, damit es zu keinen weiteren Gewalttätigkeiten bei Wahlveranstaltungen für die Nationalratswahl kommt?

2. Anfrage (Pr.Z. 87/LM/KVP): Abg. Mag. Franz Karl an den Landeshauptmann:

Welche neuen Initiativen in Sachen Rechtsbereinigung haben Sie seit Ihrem Amtsantritt im November 1994 gesetzt?

3. Anfrage (Pr.Z. 133/LM/KFP): Abg. Johann Römer an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen:

Welche Auswirkungen erwarten Sie auf die Finanzierung des Spitalswesens im Lande Wien durch das Scheitern der Koalitionsregierung?

4. Anfrage (Pr.Z. 94/LM/KSP): Abg. Gerhard Göbl an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien:

Haben Sie schon konkrete Überlegungen, wie die regionale Kooperation in der 'Vienna Region' auch auf Ebene der Landtage Wien, Niederösterreich, Burgenland weiterentwickelt werden kann?

5. Anfrage (Pr.Z. 95/LM/KSP): Abg. Günther Reiter an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr:

Wie stehen aus Ihrer Sicht die Vorbereitungen für das Nationalparkgesetz?

6. Anfrage (Pr.Z. 75/LM/KGR): Abg. Jean Margulies an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen:

Für wann erwarten Sie den überfälligen Tätigkeitsbericht des Wiener Patientenanwalts für den angekündigten Berichtszeitraum 7/93 bis 12/94?

7. Anfrage (Pr.Z. 85/LM/KVP): Abg. Georg Fuchs an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung:

Was gedenken Sie gegen die verspätete Auszahlung von Wohnbauförderungsmittel zu unternehmen, da dadurch Zwischenfinanzierungen notwendig sind,

die zu einer Verteuerung der Wohnungen führen?)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Die 1. Anfrage wurde von Herrn Dr. Peter Pilz an den Herrn Landeshauptmann gestellt, und ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann, um die Beantwortung.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Darf ich Sie eingangs - und insbesondere dich als Fragesteller - um Verständnis dafür bitten, daß ich die Gelegenheit nutze, einfach auch Ihnen die sehr, sehr betrübliche Mitteilung zu machen, die mich heute morgen ereilt hat, nämlich daß der Ehrenbürger der Stadt Wien und ehemalige Präsident der Wiener Handelskammer Ing. Karl Dittrich heute Nacht verstorben ist.

Ich bitte Sie, sich von den Sitzen zu erheben (*die Anwesenden kommen dieser Aufforderung nach und erheben sich von ihren Plätzen*) und eines Mannes zu gedenken, der gerade in der Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik mit der Stadt Wien und den Repräsentanten der Stadt Wien für diese Stadt und für die Wirtschaft in dieser Stadt ungemein viel geleistet hat. Wir werden sicherlich die Gelegenheit haben, seine Arbeit, seine Tätigkeit, sein Wirken für unsere Stadt ausführlich zu würdigen, aber wir wollen heute schon an diesem Morgen seiner gedenken. - Danke. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Nun zur Anfrage:

Sehr geehrter Herr Klubobmann, Sie fragen, was ich zu unternehmen gedenke, damit es zu keinen weiteren Gewalttätigkeiten bei Veranstaltungen für die Nationalratswahl kommt.

Ich möchte zunächst festhalten, daß ich informiert wurde, daß es bei Wahlveranstaltungen zu tätlichen Auseinandersetzungen mit teilweise seltsamen Begleiterscheinungen gekommen ist. Zum ersten habe ich sowohl ein Gespräch mit dem Innenminister als auch ein Gespräch mit dem Wiener Polizeipräsidenten geführt, um mich zum einen natürlich zu informieren, wie der Ablauf dieser Auseinandersetzungen war, um sohin auch einigermaßen Verantwortlichkeiten festzustellen, zum zweiten aber auch und insbesondere die Bitte an die oben Genannten zu richten, daß sichergestellt werden möge, und zwar durch die öffentlichen Organe sichergestellt werden möge, daß Wahlveranstaltungen in unserer Demokratie ungestört und tunlichst ohne Täglichkeiten durchgeführt werden können, sodaß alle Anfälle von Quasiprivatjustiz oder ähnlichen Erscheinungen im Keim unterbunden werden, insbesondere auch jene, die sich aus meiner Sicht heraus schon im Grenzbereich zur Amtsanmaßung befinden.

Ich möchte meine grundsätzliche Haltung dazu, die ja hinlänglich bekannt ist, feststellen: Ich verabscheue zutiefst alle Formen der Täglichkeit und der Gewaltanwendung, insbesondere natürlich auch bei Wahlveranstaltungen, und bin ein absoluter Vertreter des Gewaltmonopols des Staates, das heißt, es hat natürlich die Exekutive für Ordnung zu sorgen - auch bei den

Wahlveranstaltungen.

Ich habe beide Herren, insbesondere auch den Polizeipräsidenten, gebeten, dem im besonderen Ausmaß Augenmerk zu schenken.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Dr. Peter Pilz (GRÜNE): Es geht um Amtsanmaßung, und das ist auch das richtige Stichwort.

Der Vorfall, auf den ich mich beziehe, ist der bekannte Vorfall vom Mexikoplatz bei einer Wahlveranstaltung, bei der ein Angehöriger der Exekutive - ich stelle fest, nicht in seiner Dienstzeit - einen Teilnehmer an dieser Veranstaltung angegriffen und verletzt hat.

Das Problem ist nicht nur Gewalttätigkeit bei Wahlveranstaltungen - das wäre schlimm genug -, sondern genau dieser Punkt: Wie gehen wir in Wien damit um, daß Angehörige der Exekutive - dabei handelt es sich ausschließlich um Angehörige einer bestimmten Fraktion - in ihrer Freizeit quasi als Bodyguards eines Parteivorsitzenden tatsächliche Auseinandersetzungen mit ihnen politisch unangenehmen Veranstaltungsteilnehmern führen?

Natürlich fällt das formell in die Gestion des Innenministers, aber es ist natürlich eine Frage, die auch das Land Wien betrifft: Wie gehen wir in Wien damit um, daß offensichtlich bei Nichtwahrung von Unvereinbarkeiten im Polizeidienst solche privaten Bodyguard-Dienste von Polizeibeamten mißbraucht werden? Diese Frage richte ich an Sie als Landeshauptmann.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Nun zunächst einmal wäre es natürlich auch insbesondere für die Dienstaufsicht eine interessante Frage, ob hier korrekt und sauber zwischen den dienstlichen Obliegenheiten und Aufgaben und der quasi in der Freizeit ausgeübten nebenberuflichen Tätigkeit - um es so zu formulieren - getrennt und auch dem Recht Genüge getan wurde. Es ist dies, soweit ich informiert bin, noch Gegenstand interner Untersuchungen der Dienstaufsicht, ob das nun gemäß dem Beamten-Dienstrechtsgesetz und anderen Rechtsvorschriften tatsächlich abgehandelt wurde.

Aber ich möchte zunächst festhalten, daß ich persönlich nicht nur kein Freund, sondern ein absolut entschiedener Gegner davon bin, daß man bei Wahlveranstaltungen oder auch bei anderen, unserer parlamentarischen Demokratie entsprechenden Diskussionsformen diese mit Täglichkeiten, egal wiederum welcher Form, austrägt. Oder um es einfacher zu formulieren: Ich bin durchaus dagegen, daß man mit Eiern und Paradeisern Argumente vorträgt.

Aber ich habe nach den mir vorliegenden Informationen den Eindruck gewonnen, daß die Polizei, die anwesende Kriminalpolizei diese Situation völlig in den Griff bekommen hat. Das heißt, jener, der dort die Eier oder Paradeiser geschmissen hat, wurde von der Polizei abgedrängt, und es wurde auch festgestellt, wer er ist.

Die Einmischung eines jedenfalls mit Sicherheit nicht im Dienst befindlichen Exekutivbeamten - in welcher Funktion immer; ich bin über die Bodyguards einzelner Parteivorsitzender nicht informiert -, der dabei zu Täglichkeiten gegriffen hat, wiewohl dieser Mann bereits unter Polizeigewahrsam gewesen ist, ist mit Sicherheit eine Sache, von der ich meine, daß sie sehr genau anzuschauen ist.

Soweit ich informiert bin, handelt es sich hierbei auch um Anzeigen, denn, wie gesagt, soweit ich informiert wurde, hat die Kriminalpolizei sowohl die Täglichkeit des Werfers als auch die Täglichkeit des eigenen, nicht im Dienst befindlichen Kollegen zur Anzeige gebracht, und ich gehe davon aus, daß dies entsprechend untersucht wird.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Frage? - Bitte.

Abg. Dr. Peter Pilz (GRÜNE): Man kann es ganz offen sagen: Wir haben keine Möglichkeit, zu verhindern, daß Gewalttäter freiheitliche Bezirksräte werden. Wir haben auch keine Möglichkeit, zu verhindern, daß Gewalttäter freiheitliche Bodyguards werden, aber ich gehe davon aus, daß Sie als Landeshauptmann schon Möglichkeiten haben, zu verhindern, daß Gewalttäter im öffentlichen Dienst als Polizeibeamte ihren Dienst versehen.

Deswegen meine abschließende Frage: Was gedenken Sie zu unternehmen, zusammen mit dem Polizeipräsidenten und dem Innenminister, damit in Zukunft in diesem Bereich sichergestellt wird, daß Gewalttäter im öffentlichen Dienst nicht weiter ihre Aufgabe versehen können?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr. Michael Häupl: Genau das, was das Beamten-Dienstrechtsgesetz und andere Vorschriften, insbesondere auch das Disziplinarrecht, dafür vorsehen.

Es ist zunächst zu untersuchen, inwiefern hier im gegenständlichen Fall eine Übertretung nicht nur dienstrechlicher Vorschriften, sondern auch des Strafrechts vorgenommen wurde. Sollte hier eine entsprechende Verurteilung erfolgen, so ist es überhaupt gar keine Frage, daß auch gemäß den entsprechenden Vorschriften wie Beamten-Dienstrechtsgesetz, Disziplinarrecht vorgegangen wird.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß gerade die Wiener Polizei nicht das geringste Interesse daran hat, daß Gewalttäter, die es gibt - oder schwarze Schafe, um bei dieser journalistischen Formulierung zu bleiben -, in ihren Reihen geduldet werden, denn gerade die Wiener Polizei bemüht sich in außerordentlichem Ausmaß hin zu einer Bürgerpolizei zu kommen, das heißt, eher in die Richtung hin auch ihr Image zu korrigieren, Freund und Helfer zu sein. Ich habe überhaupt nicht den Eindruck, daß Leute, die die Gesetze übertreten, und Leute, die insbesondere Strafrechtsbestimmungen verletzen, in ihren Reihen geduldet oder geschützt werden.

Ich bin daher vollkommen davon überzeugt, daß man gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten, aber natürlich auch mit den Personalvertretern, falls es hier zu Verurteilungen kommt, diesen auch entsprechend Rechnung tragen wird, denn niemand kann ein Interesse haben an solchen Erscheinungen, insbesondere bei der Wiener Polizei.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke für Ihre Beantwortung der 1. Anfrage.

Wir kommen zur 2. Anfrage, gerichtet von Herrn Abg. Mag. Franz Karl an den Herrn Landeshauptmann.

Herr Landeshauptmann, ich bitte Sie, die Frage zu beantworten.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich gestehe freimütig ein: Bis vor kurzem war ich kein besonderer Experte in Fragen der Rechtsbereinigung. Seit ich mich damit vertraut gemacht habe, was dieser Begriff letztendlich bedeutet, bin ich ein Fan geworden. Dies aus einem sehr einfachen Grund. Ich könnte jetzt verlesen, was freundliche Mitarbeiter vorbereitet haben im Hinblick auf Aktivitäten über die Zeit hin, was an zum Teil ja lächerlichen Verordnungen, die 80 Jahre und älter sind, erledigt wurde und ähnliches.

Aber ich glaube, darum geht es nicht wirklich. Tatsächlich geht es darum, daß man Abschied nimmt von Vorstellungen - ich habe das vor einiger Zeit auch öffentlich formuliert -, was man als Staat oder hier als Landtag, als Land, noch alles gesetzlich normieren oder als Gemeinde mit Verordnungen normieren kann, daß man so quasi geradezu sucht, was alles zu regeln ist. Statt dessen müssen wir, wie ich meine, hinkommen zu einer Aufgabenstellung, bei der wir davon ausgehen, was für das geordnete Zusammenleben von Menschen in einer Gemeinschaft und in einer Stadt- agglomeration notwendig ist. Und alles, was für dieses geordnete Zusammenleben nicht notwendig ist, sollte rechtsbereinigt werden.

Dies ist auch der Grund, warum ich den vielleicht etwas hilflosen Begriff der Deregulierung hier mit verwendet und mitgetragen habe. Vielleicht fällt uns noch ein besserer Begriff dazu ein. Aber was ich damit meine, ist, daß man einfach auch mit Dingen Schlüß machen sollte, die der Entwicklung hin zu dem, was wir alle zusammen in den letzten zumindest 25 Jahren angestrebt haben, nämlich der Entwicklung hin zum mündigen Bürger, widersprechen.

Das ist der Grund, warum ich den Herrn Baudirektor und den Herrn Magistratsdirektor gebeten habe, insbesondere konkret zunächst einmal die Bauordnung anzugehen und sie daraufhin zu durchforsten, welche Bestimmungen in der Bauordnung einfach entbehrlich sind. Ich bleibe bei meinem hier oft zitierten Fall: Ich halte es für extrem unnötig, daß in einem Einfamilienhaus die Kellerstiegen entsprechend normiert werden müssen und daß dann eine 18köpfige Kommission prüft, ob die Höhe der Kellerstiegen der Norm entspricht. Dies ist ein Beispiel dafür und wird es auch

in allernächster Zeit sein, was einfach zu deregulieren ist.

Der Herr Magistratsdirektor wird in den nächsten Tagen - ich denke, jedenfalls vor Weihnachten - einen ersten Novellierungsvorschlag für die Bauordnung zur Diskussion stellen, in dem genau jene Elemente aus der Bauordnung herausgenommen werden - oder doch zumindest ein Teil davon -, die wir einfach nicht brauchen.

Genauso, meine ich, sollten wir das auch für eine Fülle anderer Dinge machen. Ich sehe nicht ein, warum zu regulieren ist, ob jemand das Wiener Wappen in Form eines Hoheitsaktes verwenden darf, warum verschiedene Bestimmungen in der Gewerbeordnung weiter fortgeführt werden müssen, von denen wir wissen, daß sie für ein geordnetes Zusammenleben und auch für die Interessen des Konsumenten in keiner Weise notwendig sind, und ähnliches mehr.

Was ich Ihnen damit sagen wollte, ist erstens der Hinweis darauf, daß ich ein großer Freund dieser Rechtsbereinigungen bin, das heißt, des Wegschaffens von Normen und Regeln, die wir für unsere Gesellschaft, für unsere heutige Zeit nicht brauchen, und auf der anderen Seite, daß wir dies auch konkret angehen und konkret wollen, und zwar nicht nur in Form der Veränderung von kleinen und überkommenen Verordnungen, sondern durchaus auch in wesentlichen und fundamentalen Normierungen und Rechtsetzungen, wie sie etwa die Bauordnung, die Gewerbeordnung und andere darstellen, wiewohl ich auch weiß, daß wir bei der Gewerbeordnung natürlich den Bund, die Bundesgesetzgebung dafür brauchen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Mag. Franz Karl (ÖVP): Herr Landeshauptmann! Seit dem EU-Beitritt beschließt der Landtag Gesetze, die naturgemäß auch Hinweise auf EU-Verordnungen enthalten. Nun meine ich - Unkenntnis des Gesetzes schützt vor Strafe nicht -, daß es dem Bürger nicht zumutbar ist, neben dem österreichischen Recht auch noch das EU-Recht zu beherrschen. Ich habe daher verlangt, daß diese Verordnungen den Gesetzen im Anhang beigelegt werden. Das ist bisher an der Mehrheit dieses Hauses und an den hochverehrten Juristen gescheitert.

Ich frage Sie daher: Was können Sie tun, damit auch einfache Bürger wie zum Beispiel Landtagsabgeordnete ohne juristischen Beistand Gesetze begreifen können. (*Heiterkeit bei ÖVP und SPÖ.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Lieber Herr Professor! Was wir sicherlich gerne und leicht machen können - ich werde mich mit den großen Juristen des Hauses sofort verständigen -, ist, daß man den österreichischen oder jedenfalls einmal den Wiener Rechtsnormen EU-Verordnungen, EU-Recht beischließt, wenn sie entsprechend zitiert werden.

Aber die Frage, was ich im besonderen tun kann, damit einfache Bürger - ich gehe davon aus, Sie meinen Nichtjuristen so wie uns beide - österreichische Gesetze verstehen können, da fürchte ich sehr, werden wir uns in einer Mischung aus revolutionären Aktionen mit Linguisten und Sprachwissenschaftern zusammenschließen müssen, sonst werden wir das wahrscheinlich nie schaffen. Denn ich habe durchaus den Eindruck, daß manche Gesetze so formuliert sind, damit sie ja auf Dauer gesehen die Existenz und die Arbeitsplatzsicherheit für Juristen garantieren und daß es nicht sosehr darum geht, daß sie auch entsprechend verständlich sind.

Also ich fürchte, das ist ein gar gewaltiges Ansinnen und eine hohe Aufgabe, und ich bin schon sehr zufrieden, wenn wir sie punktuell und in einzelnen Bereichen umsetzen können. Wir wollen uns jedenfalls bemühen, Gesetze so zu formulieren, daß der Bürgermeister sie auch versteht.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Mag. Franz Karl (ÖVP): Herr Landeshauptmann, gestatten Sie mir, bevor ich die Zusatzfrage stelle, den § 10 Abs. 2 des Wiener Buschenschankgesetzes zu zitieren.

"Buschenschänkern ist ferner auch die Verabreichung von allen heimischen Wurst- und Käsesorten, Schinken und geräucherter Fleisch, Speck, kaltem Fleisch und kaltem Geflügel, Sardinen, Sardellenringen und Rollmöpse, Salat, Essiggemüse, hartgekochten Eiern, Brotaufstrichen aller Art, Butter und Schmalz, Grammeln, Salzmandeln und Erdnüssen, Weingebäck wie Weinbeißen, Kartoffelrohscheiben und Salzgebäck; Brot und Gebäck sowie heimischem Obst und Gemüse unter Ausschluß aller warmen Speisen gestattet." (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Das ist ein Musterbeispiel!*)

Seit mir der Herr Abg. Kopietz gesagt hat, daß Rohschinken keine Speise ist, schmeckt er mir nicht mehr recht. (*Heiterkeit.*)

Aber, um auf den Ernst zu kommen: Welche Möglichkeiten sehen Sie - ich weiß, daß das ein hoher Anspruch ist, und insbesondere nach der Beantwortung der ersten Frage traue ich es mich ja fast nicht zu fragen -, auch in die sprachlichen Formulierungen der Gesetze eine gewisse Vereinfachung hineinzubringen und derart detailverliebte Formulierungen in Zukunft zu vermeiden?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm. Dr. Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im gegenständlichen Fall würde ich sogar meinen, das versteht man. Also ich verstehe das zumindest, Sie haben mir sogar einen Appetit gemacht und das immerhin sehr zeitig in der Früh. Da ist nicht sosehr, wie meine, das Problem des Verständlichseins und der Sprache gegeben - denn selbst Rohschinken scheint mir im allgemeinen Sprachgebrauch hinlänglich definiert zu sein, daß man den Unterschied zwischen

roh und gekocht auch in diesem Gesetzestext nachvollziehen kann -, wenn Sie allerdings meinen, daß man diese Form der Detailaufzählung, ob nun Salzmandeln einschließlich von Erdnüssen verkauft werden dürfen oder nicht, überhaupt vermeiden sollte, da stimme ich dem wieder im extremen Ausmaß zu. Ich meine, das ist genau ein gutes Beispiel dafür, gar nicht sosehr der Problematik der Verständlichkeit, sondern dafür, was man in Zukunft eigentlich einfach nicht regulieren sollte.

Wenn wir uns das alles im besonderen Ausmaß vornehmen, dann werden wir wahrscheinlich in ein paar Jahren miteinander - und mit miteinander meine ich die Bevölkerung, die Verwaltung und uns - leichter leben können und uns nicht mit solchem Detailun Sinn beschäftigen, sondern vielleicht mit den wirklich wichtigen Dingen, die in einer Kommune notwendig sind.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann.

Wir kommen zur 3. Anfrage, gestellt von Herrn Abg. Johann Römer an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen.

Ich bitte Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, die Frage zu beantworten.

LhptmStv. Dr. Sepp Rieder: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben an mich die Frage gerichtet: "Welche Auswirkungen erwarten Sie auf die Finanzierung des Spitalswesens im Lande Wien durch das Scheitern der Koalitionsregierung?"

Da Herr Prof. Karl mir gelegentlich mit seiner berufsbedingten Genauigkeit vorgerechnet hat, daß ich sehr lange in Antworten bin, hoffe ich auf sein kompensatorisches Verständnis und eine Gegenrechnung, und ich hoffe, daß Sie es nicht als Unhöflichkeit betrachten, wenn ich Ihnen mit zwei Worten antworte: Keine unmittelbaren. (*Beifall des Abg. Mag. Franz Karl.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich nehme an, Sie möchten eine Zusatzfrage stellen. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Johann Römer (F): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Jahrzehnte haben wir jetzt den KRAZAF. Die Verhandlungen und die Gespräche über die Umstellung der Krankenanstaltenfinanzierung auf ein LKF-System - oder sagen wir besser, auf ein qualifiziertes LKF-System, das Ihnen ja auch besser gefallen hätte als das vorher vorgelegte normale LKF-System - waren ja schon ziemlich weit gediehen und sind ja nur mehr daran gescheitert, daß die Verhandlungen endgültig abgeschlossen werden, wenn man salopp so sagen darf.

Jetzt gehe ich davon aus, wenn die Bundesregierung nicht mehr in dem Sinne handlungsfähig ist, keine Akzente mehr setzen kann, weil sich ja alles in die Neuwahlschlacht wirft und wartet, daß die Karten neu gemischt werden, daß auch diese Verhandlungen gestoppt werden und man wartet, was bei den Wahlen herauskommt.

Daher schon meine Frage: Hätten Sie nicht nachdem der - Anführungszeichen - "letztmalige" Termin für den KRAZAF 1995 war, erwartet, daß ab Jänner 1996 bereits eine neue Art der Finanzierung in Kraft tritt, und sehen Sie es nicht auch so, daß diese Umstellung durch den Rücktritt der Regierung nicht mehr bewältigt werden konnte?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

LhptmStv. Dr. Sepp Rieder: Herr Abgeordneter, es ist nicht so, daß die Frau Bundesminister Krammer oder die Bundesregierung hier einseitig eine Regelung anordnen kann, und wir sind durchaus nicht unzufrieden damit, daß das so ist, aber es hat auch zur Folge, daß es Meinungsunterschiede zwischen den Bundesländern in dieser Frage gibt. Daher war ich persönlich nie der Meinung, daß es gelingen kann, mit 1. Juni bereits eine voll wirksame, umfassende Umstellung durchzuführen, weil es im wesentlichen ja auch darum geht, die Meinungs- und Auffassungsunterschiede zwischen den Bundesländern auszugleichen.

Am 25. November hat eine von der Frau Bundesminister Krammer einberufene Sitzung der Gesundheitsreferenten der Länder stattgefunden, in der sich einmal mehr bestätigt hat, daß hier sehr unterschiedliche Betrachtungsweisen bestehen, und das daß, was mit Zustimmung des Bundeslandes Wien in der letzten Phase der Verhandlungen vom Gesundheitsministerium und vom KRAZAF vorgelegt worden ist, eben nicht die allgemeine Auffassung aller Bundesländer ist.

Daher denke ich, daß die Frage der durch die ÖVP provozierten vorzeitigen Auflösung des Nationalrats keine unmittelbare Einwirkung auf diese Diskussion, die notwendig ist und durchgeführt werden muß, hat.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Johann Römer (F): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Umstellung der Krankenhausfinanzierung bringt natürlich auch eine Änderung der Einnahmen.

Können Sie heute sagen, um welche unterschiedlichen Beträge es sich bei einer Umstellung vom heutigen System auf ein LKF-System beziehungsweise auf ein - ich sage es wieder - qualifizierteres LKF-System für Wien handeln würde?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

LhptmStv. Dr. Sepp Rieder: Ich erinnere daran, daß ich hier - allerdings im Gemeinderat - über unsere Positionen berichtet habe, und ich erinnere daran, daß es, glaube ich, hier keinen Widerspruch in einem ganz wesentlichen Punkt gegeben hat, der Voraussetzung für einen Abschluß aus Sicht der Stadt Wien, des Bundeslandes Wien ist, nämlich daß es in Zukunft nicht so sein kann, daß der Wiener Steuerzahler für jenen Abgang aufkommen muß, der sich eigentlich nur daraus ergibt, daß die Bundeshauptstadt Wien und die Spitäler in der Bundeshauptstadt Wien für Patienten aus anderen Bundesländern Leistungen erbringen, die eben in

ihren Kosten nicht zur Gänze durch die Sozialversicherungsbeiträge bedeckt sind.

Das ist ein Betrag von 3,8 Milliarden Schilling. Wenn man gegenrechnet, was vielleicht im gegenwärtigen System durch den KRAZAF aufgefangen wird, bleibt noch immer ein Betrag von mindestens 2 Milliarden Schilling, der unter diesem Titel an zusätzlichen Mitteln zu erwarten sein muß. Da rede ich jetzt gar nicht von jenen Beträgen, die sich aus der besonderen Situation Wiens ergeben, nämlich grenzüberschreitend, landesgrenzenüberschreitend auch ein Ausbildungszentrum für die Gesundheitsberufe zu sein, was ja auch zusätzliche Aufwendungen des Wiener Steuerzahlers notwendig macht.

Ich betone einmal mehr, daß es ein ganz wesentlicher Punkt für die Frage der Finanzierung nicht nur des Spitalswesens, sondern des Gesundheitswesens ist, daß es uns gelingt, sicherzustellen, daß nicht der Wiener Steuerzahler Ausgaben zu bedecken hat, die eigentlich aus Steuermitteln der anderen Bundesländer herzustellen sind. Und diese Kompensation ist eine wesentliche Aufgabe jedes künftigen neuen Finanzierungsmodells.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke für die Beantwortung.

Wir kommen zur 4. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg. Gerhard Göbl, gestellt an den Herrn Amtsführer Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung und Außenbeziehungen der Stadt Wien.

Ich bitte Sie, Herr Stadtrat, die Frage zu beantworten.

Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren!

Ich darf zu Ihrer Frage eine einleitende grundsätzliche Bemerkung machen. Es ist so, daß ich sehr wohl immer wieder betont habe, welche Erfolge die Planungsgemeinschaft Ost in den vergangenen Jahren gehabt hat. Ich habe auch auf manche Kritik, die vor allem aus den Reihen der Österreichischen Volkspartei gekommen ist, durchaus ...

Präsidentin Ingrid Smejkal (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Herr Stadtrat. Ich glaube, die Gespräche rundherum sollte man ein bissel eindämmen. Danke.

Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda (fortsetzend): Ich habe auf manche Kritik, die insbesondere auch von der Österreichischen Volkspartei gekommen ist, durchaus verteidigend für die Planungsgemeinschaft Ost geantwortet, obwohl gerade von Seiten Niederösterreichs und - ich verhehle es nicht - zum Teil auch aus dem Burgenland wenig Initiativen gekommen sind, um die Planungsgemeinschaft Ost auszubauen.

Ich bin nun der Meinung, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo gerade auch Wien die Frage an die anderen beiden Bundesländer richten muß, welches Interesse man an der Planungsgemeinschaft Ost hat, denn ich glaube, so wie bisher weiter zu verfahren, ist nicht sinnvoll.

Die Planungsgemeinschaft Ost ist zu stark, um das

zu erledigen, was sie jetzt macht, nämlich mehr oder weniger das zu verwalten, was man in den vergangenen Jahren erreicht hat, aber viel zu schwach, um das zu tun, was sie tun müßte, nämlich tun müßte, um als Region im europäischen Wettbewerb bestehen zu können.

Daher möchte ich durchaus vielleicht den Fehdehandschuh, den Herr Landeshauptmann Stix bei einer Tagung, die wir hier in Wien im Rathaus organisiert haben, geworfen hat, aufgreifen und die Frage stellen - salopp gesagt -: Hopp oder tropp? Entweder - ich sage das ganz deutlich - wir reduzieren die Möglichkeiten, auch den finanziellen Aufwand, für die Planungsgemeinschaft Ost auf ein Minimum und sagen, das ist nur mehr eine Verwaltung des Bestehenden, oder - das ist sicherlich die Variante, die ich begrüßen würde - wir machen aus der Planungsgemeinschaft Ost ein schlagkräftiges Instrument. So wie sie derzeit ist, war sie gut für die Vergangenheit und ist sie schlecht für die Zukunft.

Daher begrüße ich die Initiativen, die gerade auch hier aus dem Landtag kommen, initiiert vor allem durch den SPÖ-Klub, auch durch die SPÖ-Klubs in den anderen beiden Bundesländern, aber ich hoffe, das ist auch eine gemeinsame Meinung, und zumindest von der ÖVP kenne ich deren Meinung, daß die Planungsgemeinschaft Ost gestärkt werden muß.

Ich würde mir daher vorstellen, daß man einen gemeinsamen Ausschuß schafft, der von den einzelnen Landtagen zu bestellen ist, um die grundsätzlichen Fragen zu behandeln, und ich könnte mir vorstellen, daß dann Ausschüsse zu Teilbereichen, ob es jetzt Verkehr ist, wirtschaftliche Entwicklung oder anderes, entsprechende Beratungen durchführen.

Darüber hinaus ist, glaube ich, auch klar, daß vor allem die betroffenen Gemeindevertreter - Bürgermeister, Bezirksvorsteher auf Wiener Ebene et cetera - einzuladen sind, um die sie unmittelbar betreffenden Bereiche zu diskutieren.

Jedenfalls ist es äußerst unbefriedigend, wenn auf der einen Seite Stadt und Land Wien - also die Gemeinde- und die Landesebene - vertreten ist, auf der anderen Seite jeweils nur die Landesebenen vertreten sind und die wirklich Betroffenen in diesen Entscheidungsprozeß nicht oder kaum eingeschaltet sind.

Ich bin auch der Meinung, daß die Materien so entscheidend sind, daß alle Parteien, die jeweils in den Landtagen vertreten sind, mitberaten sollen, um allen Parteien die Möglichkeiten zu geben, über die Effizienz oder auch Nichteffizienz dieser Einrichtung zu befinden.

Daher konkret auf Ihre Frage: Ich glaube, anzustreben wäre ein gemeinsamer, wenn Sie so wollen, Hauptausschuß aus den drei Landtagen und dann zu den jeweils wichtigen Fragen Fachausschüsse, die sich damit beschäftigen, wobei ich mir sehr gut vorstellen, daß zu den Fachausschüssen aus den Landtagen auch Vertreter der Bezirks- - in Wien - oder der Gemeindeebene zu den jeweiligen Beratungen mit eingeladen

werden.

Präsidentin Ingrid Smekal: Danke. Eine Zusatzfrage? - Bitte.

Abg. Gerhard Göbl (SPÖ): Herr Stadtrat Als sozialdemokratischer Gewerkschafter in Wien würde mich natürlich auch interessieren, ob im Rahmen dieser regionalen Kooperation vielleicht auch das stete Abwandern der industriellen Betriebe angesprochen wird. Denn mit der Dienstleistung, in die man dann gehen muß, oder mit Verwaltung allein wird man in Zukunft die finanzielle Situation und die Anforderungen an die Stadt nicht bedecken können.

Präsidentin Ingrid Smekal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Es ist selbstverständlich, daß im Laufe der Entwicklung die Industrie in den Städten einen schweren Stand hat, daß es daher eine bestimmte Abwanderung von Industriearbeitsplätzen gibt. Es ist nicht selbstverständlich und nicht zu akzeptieren, daß das auch noch von unseren Partnern - so wäre das ja zu bezeichnen - massiv und aktiv betrieben wird, wie das zum Teil seitens der niederösterreichischen Gemeinden betrieben wird, aber zuletzt auch seitens des Burgenlandes.

Wir haben durchaus Verständnis dafür gehabt und das auch auf nationaler Ebene unterstützt, daß das Burgenland Ziel-1-Gebiet wird, das ist gar keine Frage. Nur hat es keinen Sinn und ist eigentlich auch ein bißchen abträglich für die Kooperation der drei Bundesländer, wenn auch innerhalb der Region hier Abwerbemaßnahmen gesetzt und Abwerbegespräche getätigt werden.

Ich würde mir doch vorstellen, daß es im wesentlichen darauf ankommt, im internationalen Wettbewerb Arbeitsplätze ins Burgenland zu bekommen, vielleicht auch aus anderen österreichischen Regionen - wobei ich da schon vorsichtiger bin -, aber aus einer Gemeinschaft heraus den einen auf Kosten des anderen zu entwickeln, halte ich nicht für sehr sinnvoll.

Auch wenn ich vorhin gemeint habe, ich würde gerne den Fehdehandschuh des burgenländischen Landeshauptmannes aufgreifen, möchte ich doch auch darauf verweisen, was ich am Dienstag hier gesagt habe. Mich erinnert das ein bißchen an das Motto "Haltet den Dieb!", wenn jemand die Ineffizienz einer Gemeinschaft kritisiert, während er aber auch wesentlich dazu beiträgt - aus einem berechtigten regionalen Interesse, diese Gemeinschaft entsprechend zu schwächen.

Ich glaube daher, daß die Ansätze, die die drei Wirtschaftslandesräte mit der "Vienna Region" gefunden haben, gute Ansätze sind. Wir versuchen auch, die Region auf verschiedenen internationalen Ausstellungen möglichst gemeinsam zu präsentieren. Ich sehe aber auch hier, daß die Initiative für diese gemeinsame Präsentation der Region im wesentlichen von Wien ausgeht.

Es ist nun einmal so, daß wir vor allem dadurch gewinnen können, wenn wir gemeinsam auftreten, und einmal wird halt das Bundesland Wien, einmal

Niederösterreich, einmal Burgenland der Gewinner sein. Aber je mehr die Gemeinsamkeit auch nach außen betont wird, desto mehr wäre es möglich, auch industrielle Arbeitsplätze nach Wien zu bekommen.

Die Investitionen bei General Motors, die hier entsprechend angekündigt worden sind und durchgeführt wurden und werden, sind ein Beispiel dafür, daß es nicht unmodern ist, auch in Städten fortgeschrittene industrielle Produktionen zu erweitern. Ich bin daher durchaus optimistisch, was die Wettbewerbsfähigkeit Wiens betrifft, würde mir jedoch eine verstärkte Kooperation mit den anderen Bundesländern wünschen.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ist eine zweite Zusatzfrage gewünscht? - Bitte Herr Abgeordneter.

Abg. Gerhard Göbl (SPÖ): Herr Stadtrat! Als Mandatar des 10. Wiener Gemeindebezirks erlebe ich täglich die Zu- und Durchfahrt und natürlich das Einpendeln und das Auspendeln am Abend aus Niederösterreich und dem Burgenland, aber auch aus der Steiermark und aus den anderen Bundesländern. Die Situation ist weder für die Arbeitnehmer aus den angrenzenden Bundesländern noch natürlich für die Bewohner der Randbezirke befriedigend.

Glauben Sie, daß das auch eine Möglichkeit wäre, im Rahmen von "Vienna Region" diese Geschichte noch besser in den Griff zu bekommen? Denn Ansätze gibt es ja.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Es ist richtig, daß wir in den vergangenen Jahren auch gemeinsame Konzepte erarbeitet haben. Es ist leider ebenso richtig, daß dann die einzelnen Bundesländer, allen voran die beiden anderen - ich will da ja nicht immer den Schwarzen Peter zuschieben, aber es ist nun einmal Faktum -, dann in Einzelverhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen oder mit der Bundesregierung einiges durchgesetzt haben. - Zum Wohle der Region, das gebe ich zu, denn wenn die Südbahn ausgebaut wird, ist das nicht nur etwas, was allen Gemeinden entlang der Südbahn außerhalb Wiens zugute kommt, sondern auch etwas, was Wien selbst zugute kommt, wenn es hier eine Reduktion der Einpendler mit dem Auto gibt.

Der Testfall wird aus meiner Sicht die B 301 sein. Ich habe des öfteren - auch in der Debatte am Dienstag zum Grüngürtel - darauf verwiesen, daß es absolut notwendig ist, daß diese B 301 so geplant wird, daß sie nicht zu einem neuen Verkehrserreger wird, daß es nicht zu neuen Auspendlerströmen aus Wien kommt, weil dort ein Einkaufszentrum nach dem anderen hingepflastert wird und weil an dieser Straße eine Betriebsansiedlung nach der anderen errichtet wird und nicht dort, wo es sein soll, nämlich dort, wo es sehr gut mit den öffentlichen Verkehrsmittel erschlossen ist.

Grundsätzlich hat sich Niederösterreich zu dieser Philosophie, die von mir in der Planungsgemeinschaft Ost eingebracht wurde, bekannt. Nur, jetzt kommt es darauf an, ob diese Philosophie dann auch in der Realität umgesetzt wird. Daher wird auch im Zuge der Umweltverträglichkeitsprüfung, die ja in den nächsten Monaten zu erfolgen hat, genau auf diese Fragestellung sehr genau Bedacht zu nehmen sein. Es ist nämlich so, daß zwar die Einpendler nach Wien etwa viermal so viel ausmachen wie die Auspendler, aber es ist auch Tatsache, daß die Anzahl der Auspendler aus Wien leider stärker gestiegen ist als die der Einpendler, und es ist auch Tatsache und auch verständlich und logisch, daß das Auspendeln in größerem Umfang mit dem Auto erfolgt als das Einpendeln, weil ja Park-and-ride nur im Einpendeln wirklich funktionieren kann, aber nicht oder nur mit wenigen Ausnahmen beim Auspendeln, weil ja die Erschließung der Arbeitsplätze in Wien mit öffentlichen Verkehrsmitteln weitaus besser ist als die Erschließung der Arbeitsplätze in der Region, also insbesondere auch in Niederösterreich.

Der Verkehr ist es, der die Zukunft der Lebensqualität in dieser Region wesentlich entscheiden wird, und der Verkehr ist auch der wesentliche Ansatzpunkt einer Kooperation.

Nochmals sei es gesagt: Ich hoffe, daß sich an diesen konkreten Beispielen erweisen wird, daß auch die anderen Bundesländer gemeinsam daran interessiert sind, die Planungsgemeinschaft Ost zu einem tragfähigen Instrument zu machen, sonst müßte man eigentlich die Frage stellen, welchen Sinn es hat, eine Planungsgemeinschaft aufrechtzuerhalten, die ihre Arbeit in der Vergangenheit gut erledigt hat, aber, wie gesagt, für neue Aufgaben keine Bereitschaft bei den Partnerländern findet.

Ich darf bei dieser Gelegenheit auch erwähnen, daß wir, was die Frage des Flughafenverkehrs betrifft - weil das ja auch ein Element des Verkehrs ist, wenngleich ein übergeordnetes Element -, eine gemeinsame Kooperation vereinbart haben. Wien wird jetzt für die gesamte Region auch jener internationalen Vereinigung beitreten, die die Koordination im Flughafenverkehr in Europa im besonderen vornehmen wird, und es ist vereinbart worden, mit der Planungsgemeinschaft Ost die entsprechenden Detailabstimmungen vorzunehmen.

In der Summe sind das aber trotzdem kleine Schritte, die mir nicht genügen für das, was in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf uns zukommen wird.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke für die Beantwortung.

Wir kommen zur 5. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg. Günther Reiter, gerichtet an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr.

Ich bitte Sie, Herr Stadtrat, die Frage zu beantworten.

Amtsf. StR. Fritz Svihalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um aus der Diskussion, auch aus der formellen Form der Begutachtungsdiskussion einige Informationen darzustellen.

Wir haben im Zusammenhang mit der Vorlage dieses Gesetzes die grundsätzlichen Vereinbarungen getroffen, daß das, was hier seit Jahren passiert, auch im Zusammenhang mit der Forstwirtschaft entsprechend im Sinne der internationalen Anerkennung des Nationalparks weitergeführt werden soll. Es ist ein wesentlicher Schwerpunkt, daß die Frage der Information und auch der Steuerung der sogenannten Besucherströme ganz konkret organisiert wird. Weiters ist es notwendig, daß entsprechende Initiativen, die zur Stärkung der Region, zur Attraktivierung der Freizeit, zur Erholung und zu einer Form des sanften Tourismus führen, besonders im gesamten Bereich des Marchfeldes, erarbeitet werden.

Ganz wesentlich in den Vorbereitungen des Gesetzes ist die Frage der Landschaftspflege, insbesondere der Wiederherstellung der vielfältigen Strukturen im Zusammenhang mit der Bodensituation, der Sanierung des Grundwassers, des Bodenfeuchthaushaltes, der Belebung des Landschaftsbildes et cetera.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, zu erwähnen - und das ist eine, wie ich meine, notwendige Zwischeninformation, die auch politisch sehr entscheidend ist, weil wir ja im ständigen Kontakt mit den verantwortlichen Stellen in Niederösterreich und des Bundes sind -, daß ganz konkret die Überarbeitung und Detailierung der Zonierungen jetzt vorgesehen sind, daß die waldbaulichen und landschaftspflegerischen Jahrespläne entsprechend den Zonenzielen erstellt werden, daß es eine Festlegung von Dauerbeobachtungsflächen, Entwicklungs- und Untersuchungsprogramme gibt, daß die Frage der Besucherbetreuung, die vor allem im niederösterreichischen Bereich sehr sensibel ist, entsprechend organisiert wird, daß jetzt bereits die Planung und Errichtung von Informationseinrichtungen, wie zum Beispiel Orientierungstafeln, Beschilderung, Lehrpfade et cetera, in Arbeit ist, daß es auch die entsprechenden Grundsätze mit den Vertretern der Jagd gibt, daß die Frage der Fischerei, was Organisation betrifft, was Planung, Zielerreichung und Renaturierung der Gewässer betrifft, im Grundsatz geklärt ist, ebenso die Frage der Festlegung und Überwachung der Besatzplanung und Durchführung, daß jetzt auch die Frage der Nationalparkaufsicht entsprechend geklärt wird und Fragen der örtlichen Betreuung und Forschungsarbeiten, sprich die Frage der Dauerbeobachtungsflächen, entsprechend durchgeführt werden. Gar nicht zu sprechen natürlich von den so notwendigen Arbeiten im Zusammenhang mit den nationalparknahen Zentren und Einrichtungen hinsichtlich Lehrpfade, Wassererlebnisräume, Aussichtswarten et cetera und natürlich auch die ständig notwendige Tätigkeit im Zusammenhang mit den Forstrechtsangelegenheiten.

Ganz wichtig in diesem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Abgeordneter, ist natürlich die Zusammenarbeit mit den Nationalparkgemeinden in Niederösterreich. Hier ist ja in der Vergangenheit leider manches schiefgegangen,

was die Information betrifft, was die Motivation der Bevölkerung betrifft, und hier ist es daher bei der Gesetzwerdung sowohl des Wiener Gesetzes wie auch anderer gesetzlicher Grundlagen besonders wichtig, diese Frage der Zusammenarbeit mit den Gemeinden in Niederösterreich hervorzuheben, wenn es etwa um nationalparkspezifische Angelegenheit wie Landeskultur, Raumordnung, Fremdenverkehr und Tourismus geht.

Ich möchte zu der Frage abschließend noch bemerken, daß wir, so wie es vermerkt wurde, vom Datum her und vom Ablauf her im Rahmen der vorgegebenen Zeitabläufe sind und daß wir daher ordnungsgemäß die entsprechenden Beschlüsse fassen werden.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Günther Reiter (F): Herr Stadtrat, können Sie über das Gesagte hinaus Ihre konzeptiven Vorschläge noch näher erläutern?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat. Ich bitte auch die Damen und Herren, sich vielleicht wieder auf die Frage zu konzentrieren. (**Abg. Jean Margulies:** *Man hört ja nichts!*) Ja, es ist eben der Lärmpegel so, daß man stellenweise nichts hört. (**Abg. Jean Margulies:** *Nein, es liegt am Lautsprecher!*) Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Fritz Svhalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! (**Abg. Jean Margulies:** *Ich paß eh auf!*) Ja, du warst das, aber nicht nur du, ich habe auch andere gesehen, die aufpassen. Aber ich freue mich natürlich, daß du als Gesundheitssprecher besonders darauf achtest, daß die Lautstärke in diesem Raum stimmt. Ich werde mich daher bemühen, jetzt meine Stimme ein bißchen mehr zu heben, wenn schon die Technik offensichtlich dem nicht Rechnung trägt.

In diesem Zusammenhang, sehr geehrter Herr Abgeordneter, möchte ich sehr konkret die nächsten Schritte andeuten. Wir haben vor wenigen Wochen ein sehr ausführliches Gespräch mit dem Herrn Bundesminister Dr. Bartenstein geführt und auch mit den zuständigen Landesräten des Bundeslandes Niederösterreich Wagner und Blochberger, in dem sehr detaillierte Schritte festgelegt wurden.

Wir haben in diesem Zusammenhang ganz konkret davon gesprochen, jetzt die Nationalparkgeschäftsstelle einzurichten, vorzubereiten, da ja die bestehende Gesellschaft bekanntlich mit Jahresende ihre Tätigkeit nicht mehr fortsetzen wird, da es sich ja um eine Planungsgesellschaft handelt und die Stadt Wien, das Bundesland Wien, immer der Auffassung war, daß die Zeit der Planung vorbei ist und jetzt eine entsprechende Umsetzung erfolgen muß.

Meine Auflage dabei war, dafür zu sorgen, daß wir eine schlanke, effiziente Verwaltung haben, und dem wird auch im Entwurf Rechnung getragen.

Es wird daher der Bereich Wien, der Forstbereich Wien, personifiziert durch den Forstmeister der Lobau, abgedeckt, von den Bundesforsten durch den Forstmeister von Eckartsau, und letztendlich wird ein Le-

ter der Geschäftsstelle eingesetzt. Damit wird das dokumentiert, was gesagt wurde, nämlich eine schlanke und effiziente Verwaltung.

Es ist klargestellt, daß die Wiener Interessen absolut gewahrt bleiben im Sinne der bestehenden Gesetze, und es ist auch klargestellt, daß die Aufgabenstellung dieser Geschäftsführung so ist, daß es keine Planung ist, sondern eine Umsetzung, und das ist ja letztendlich das Entscheidende.

In dem Zusammenhang sind die notwendigen Vorarbeiten intensiv im Gange, zum Beispiel hinsichtlich der Aufarbeitung und der Übernahme der entsprechenden Planungsarbeiten, der Materialien, der Pläne, der EDV-Hard- und -Software. In diesem Zusammenhang gibt es ein ganz klares Konzept der Öffentlichkeitsarbeit, die Info-Planungskoordinierung wird vorgenommen, desgleichen werden bereits die Koordinierung der Festlegung der Zonen des Nationalparks und die Verordnungen vorbereitet.

Ebenfalls ist es so, daß alle vertretenen Behörden im Gesamtbereich des Nationalparks - egal, ob es die Frage der Gewässervernetzung, des Trinkwassers et cetera ist - eingebunden sind und auch bereits entsprechende Zusagen getroffen haben.

Ganz wichtig in diesem Zusammenhang - das ist eine neue Information, die von einer Initiative der Stadt Wien ausgeht - ist, daß wir zu den internationalen Organisationen, vor allem was die internationalen Richtlinien betrifft, nicht nur den Kontakt aufgenommen haben, sondern sie eingebunden haben und bereits die internationale Anerkennung dieses Nationalparks vorbereiten, sodaß auch hier keine Zeitverzögerung eintritt. Das ist ein sehr wesentlicher Punkt, um im Zeitplan zu bleiben. Jedenfalls ist das ein ganz wesentlicher Bereich.

Notwendig und sinnvoll, um auch diese Diskussion - die vor allem in Niederösterreich sehr gefährlich werden kann, weil es um die Motivation geht - in die richtige Richtung zu lenken, nämlich in die Richtung des Pro, des Motivierens, ist die Frage der Besucherkoordination und der Programmentwicklung. Nicht zuletzt wird die Administration vorbereitet im Umsetzen dieser Gesellschaft.

Ganz konkret ist auch die Budgeterstellung bereits in den Verhandlungen mit den zuständigen Stellen des Bundes. Ich darf nur darauf verweisen, daß die Stadt Wien in ihrem Budget die entsprechenden Mittel vorbereitet hat. Im Gegensatz - wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf - zu anderen Stellen, zu anderen Bundesländern und auch zum Bund hat Wien diese Budgetmittel bereits bereitgestellt, und sie sind in den letzten Tagen auch von Ihnen beschlossen worden.

Wir haben in diesem Zusammenhang ebenfalls bereits die ersten Vorarbeiten geleistet. Auch hier wird Wien die Vorreiterrolle übernehmen und die entsprechenden Räumlichkeiten für die Arbeit der nächsten Monate zur Verfügung stellen. Es sind Büroräumlichkeiten im Ausmaß von 100 bis 150 Quadratmeter, die die Stadt Wien sehr bewußt als Vorleistung hergibt,

damit hier keine Zeitverzögerung eintritt.

In dem Zusammenhang ist auch hervorzuheben, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Bundesforste entsprechend in alle Vorarbeiten eingebunden sind, und ich möchte an dieser Stelle die gute Kooperation mit den Bundesforsten erwähnen.

Abschließend kann gesagt werden, daß nicht nur die formelle gesetzliche Vorbereitung ausgesprochen gut läuft und natürlich auch die Begutachtung, sondern daß auch die Initiativen im Zusammenhang mit der Umsetzung die Handschrift Wiens tragen und daher an der Einhaltung des vorgenommenen Zeitplans kein Zweifel besteht.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke Ihnen, Herr Stadtrat, für die Beantwortung.

Es wurde keine zweite Zusatzfrage gewünscht.

Wir kommen zur 6. Anfrage, eingebracht von Herrn Abg. Jean Margulies, gerichtet an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich bitte Sie, die Frage zu beantworten.

LhptmStv. Dr. Sepp Rieder: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Zu Ihrer Anfrage teilt mir der Wiener Patientenanwalt, Herr Prof. Pickl, mit, daß der Tätigkeitsbericht der Wiener Patientenanwaltschaft für den Berichtszeitraum vom 1. Juli 1993 bis 31. Dezember 1994 Mitte Dezember 1995 von ihm an die Landesregierung erstattet werden wird.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich nehme an, es wird eine Zusatzfrage gewünscht. Bitte. (**Abg. Mag. Franz Karl:** Ich muß Herrn StR. Rieder heute ausdrücklich loben!) Ich lobe ihn ausdrücklich in Ihrem Namen. (Heiterkeit.)

Abg. Jean Margulies (GRÜNE): In der Frage hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter wahrscheinlich nicht sehr viel zu sagen. Nichtsdestotrotz möchte ich eine Zusatzfrage stellen.

Es gibt ein Landesgesetzblatt für Wien, in dem die Einführung der Patientenanwaltschaft und deren Agenden und Aufgaben festgehalten ist. Die Patientenanwaltschaft ist ja mit der Überlegung eingesetzt worden, wesentliche Initiativen, Impulse für den ganzen Bereich der Ausweitung der Patientenrechte zu ermöglichen, um auf der anderen Seite den Landtag beziehungsweise die Landesregierung und alle in diesem Bereich Tätigen in die Lage zu versetzen, aufgrund wirklicher Mißstände, aufgrund aber auch von Strukturproblemen und so weiter effizient eingreifen zu können.

In dem Gesetz ist als § 6 festgehalten: "Tätigkeitsbericht. Die Wiener Patientenanwaltschaft hat einen jährlichen Tätigkeitsbericht an die Landesregierung zu erstatten, welche diese dem Landtag vorzulegen hat."

Jetzt ist es mehr als zwei Jahre her seit dem Vorlegen dieses Patientenanwaltschaftsberichts. Welche konkreten Überlegungen haben Sie, daß garantiert wird, daß das Gesetz, wenn es schon beschlossen

worden ist, auch eingehalten wird. Immerhin sind Sie ja nicht nur auf dem Gesundheitsgebiet tätig, sondern auch Jurist.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, bitte.

LhptmStv. Dr. Sepp Rieder: Herr Abgeordneter, ich bin in einem Punkt grundlegend anderer Meinung als Sie. Ich glaube nicht, daß es die primäre Aufgabe des Patientenanwaltes ist, Berichte zu schreiben (*Abg. Jean Margulies - eine blau gebundene Broschüre in die Höhe haltend - Das ist ein gesetzlicher Auftrag!*), sondern primär ist es seine Aufgabe, den Patienten zu helfen. Dafür haben wir die Einrichtung geschaffen, daß es die Möglichkeit gibt, sich an ihn zu wenden, und daß er sich nicht nur im nachhinein mit Beschwerden beschäftigt, sondern daß er auch seine Aufgabe wahrnimmt, Konflikte zu vermeiden und Patienten zu helfen.

Ich erinnere an eine Reihe von - auch spektakulären - Initiativen, die Prof. Pickl auf diesem Gebiet gesetzt hat, und ich erinnere auch daran, daß es im allgemeinen hier - mit Ausnahme, glaube ich, Ihrer Person - eine breite Zustimmung zu seinem Vorgehen und der Art und Weise gibt, wie er unsere Initiative hier wahrnimmt und ausübt.

Also ich denke, daß man berücksichtigen muß - und er hat das ja auch wiederholt, ich glaube, auch Ihnen persönlich mitgeteilt -, daß es eher andere Tätigkeiten waren, die es einfach nicht möglich gemacht haben, den Bericht früher fertigzustellen. Ich erinnere an sein großes Engagement im Zusammenhang etwa mit den Vorfällen in zwei Pflegeheimen der Stadt Wien, wo eine Expertenpflegeheimkommission gebildet worden ist und wo unter seiner Mitwirkung und seiner Führung auch extra ein Bericht darüber erstattet worden ist, was natürlich sehr viel Zeit in Anspruch nimmt.

Also ich denke, daß es nicht den geringsten Anlaß gibt, die durchaus begründete Verzögerung - es ist eine Verzögerung - jetzt ihm zum Vorwurf zu machen und ihm womöglich einen Verweis zu erteilen von dieser Stelle aus.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Zusatzfrage? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Jean Margulies (GRÜNE): Erste Anmerkung dennoch zu Ihrer Antwort: Es ist von mir nicht ein Verweis an den Patientenanwalt verlangt worden, sondern von mir ist die Einhaltung der Gesetze verlangt worden. Und ich denke mir, daß auch ein Landeshauptmann-Stellvertreter alles daransetzen muß, daß Gesetze eingehalten werden. Das schon als Vorbemerkung. Es steht ja hier weder "kann" noch "soll", sondern es steht, "hat" zu machen, und immerhin ist es beschlossen worden, und Sie waren da sehr dafür.

Ihre Argumentation steht also auch im Zusammenhang mit dem § 7, der meines Erachtens ebenfalls nicht eingehalten worden ist, was die Ursache dafür ist, daß eben diese Tätigkeitsberichte nicht so aussehen beziehungsweise die Patientenanwaltschaft ihre

Tätigkeit nicht so ausüben kann, wie sie gesetzlich vorgeschrieben ist.

Da steht: "§ 7. Für die Bereitstellung der personellen und sachlichen Erfordernisse hat das Amt der Landesregierung zu sorgen."

Wenn der Arbeitsanfall wesentlich höher ist, was ich sicherlich nicht bestreite, weil ja eben die Mißstände beziehungsweise die Strukturmängel derart offensichtlich sind und man die Notwendigkeit dieser Patientenanwaltschaft unterschätzt hat, dann ist es aber auch erforderlich, die Patientenanwaltschaft personell derart aufzustocken, daß sehr wohl diese Möglichkeit einer ordnungsgemäßen Tätigkeit besteht.

Im Budget - und auch das ist bezeichnend - wird die Patientenanwaltschaft überhaupt nicht erwähnt. Kein Mensch kann erkennen, wieviel Geld sie bekommt, wie die Sachaufwände, die Personalaufwände sind, welche Tätigkeiten durchgeführt werden. Das ist irgendwo unter der Generaldirektion verbucht ohne wirklich genaue Zahlen.

Mich würde interessieren: Wie groß ist die Personalaufstockung, beziehungsweise welche Mittel haben Sie für die Patientenanwaltschaft zur Verfügung gestellt, damit sie ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen kann?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

LhptmStv. Dr. Sepp Rieder: Herr Abgeordneter! Zunächst möchte ich bezüglich Ihrer sehr freundlichen Bemerkung, daß auch ich sehr dafür gewesen sei, doch auch daran erinnern, daß es meine Initiative, mein Vorschlag war, der zur Schaffung dieses Gesetzes geführt hat. Das ist ein bißchen mehr als nur dafür gewesen zu sein.

Des weiteren haben wir im Gesetz zwei Dinge festgelegt, nämlich

1. die Weisungsfreiheit und Unabhängigkeit und
2. daß die Patientenanwaltschaft keine Organisationsseinheit jenes Bereiches sein soll, dem gegenüber sie ja auch eine gewisse Kontrollfunktion hat.

Daher ist der Patientenanwalt weder in personeller Hinsicht noch budgetmäßig der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen zugeordnet, sondern, wie Sie selbst zitiert haben, dem Amt der Landesregierung. Dafür bin ich nicht verantwortlich. Daher kann ich mich zwar sicher erkundigen, aber Sie werden sich vermutlich im direkten Gespräch mit dem Landesamtsdirektor die erforderlichen Auskünfte verschaffen können.

Aber nur um das Mißverständnis auszuräumen: Man muß davon ausgehen, daß es nicht sozusagen die Fehleinschätzung des laufenden Betriebes war, sondern wir haben den Patientenanwalt um die Übernahme zusätzlicher, besonderer Aufgaben ersucht, die über das hinausgehen, was zu seinem Routinebetrieb gehört. Er hat diese Aufgaben übernommen im gemeinsamen Interesse. Ich denke, daß es wichtig war, daß er diese Kommission geführt hat.

Daher glaube ich durchaus, daß die kurzzeitige Ver-

zögerung, die bei der Berichterstattung eingetreten ist, etwas ist, was genauso zu sehen ist, wie ein Volksanwaltschaftsbericht, der zu diesem oder jenem Zeitpunkt ins Haus kommt. (Abg. Jean Margulies: *Have ich noch eine dritte Zusatzfrage? - Heiterkeit.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Es gibt keine dritte Möglichkeit, Herr Abgeordneter.

Somit danke ich dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter für die Beantwortung.

Nach meiner Uhr würde ich sagen, die Fragestunde ist beendet. (Abg. Mag. Franz Karl: *Können wir, da der Herr Stadtrat schon da ist, noch drei Minuten verlängern?*) Sollen wir noch eine Frage anschließen? Kein Problem! Sie haben natürlich gedacht, daß der Herr Stadtrat nicht da sein würde. Ich wußte ja, daß er da ist. (LhptmStvin. Grete Laska: *Darf die Fragestunde eigentlich länger als eine Stunde dauern? - Abg. Ing. Karl Svoboda: Selbstverständlich!*)

Daher kommen wir zur 7. Anfrage des Herrn Abg. Georg Fuchs an den Herrn Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung.

Herr Stadtrat, ich bitte Sie um die Beantwortung.

Amtsf. StR. Werner Faymann: Werter Herr Kollege! Ich freue mich, auf Ihre Frage noch antworten zu dürfen.

Ihre Frage hat gelautet: "Was gedenken Sie gegen die verspätete Auszahlung von Wohnbauförderungsmiteln zu unternehmen, da dadurch Zwischenfinanzierungen notwendig sind, die zu einer Verteuerung der Wohnungen führen?"

Sie wissen, daß nach der neuen Aufteilung 50 Prozent des Baukostenzuschusses frühestens zwölf Monate nach Ausstellung der Förderungszusicherung gegeben werden, weitere 45 Prozent bei Fertigstellung und 5 Prozent bei Endabrechnung.

Die neue Regelung betrifft Bauträger sehr unterschiedlich. Es gibt viele Bauträger, die gar nicht in den ersten sechs Monaten zu bauen beginnen. Es wird auch immer wieder um Verlängerung angesucht. Das heißt, hier gibt es eine hohe Anzahl von Fällen, die schon vom Ablauf her überhaupt keine Probleme damit haben. Wieder andere Bauträger reagieren auf diese Art und Weise der Finanzierung, indem sie etwa mit Eigenmitteln die anfallenden Kosten selbst übernehmen. Wieder andere Bauträger haben hier sehr ordentliche Lösungen vorbereitet, indem sie aufgrund der günstigen Zinsentwicklung minimale zusätzliche Kosten auch über den Kapitalmarkt vereinbart haben.

Es gibt also für Bauträger - von Projekt zu Projekt sehr unterschiedlich - durchaus Wege, wodurch man bei wirtschaftlicher Bauführung, aber natürlich auch bei der Minimierung der Baukosten sogar Einsparungseffekte erreichen kann, obwohl wir diese neue Form der Auszahlung gewählt haben.

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine erste Zusatzfrage. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Georg Fuchs (ÖVP): Herr Stadtrat! Sie wissen, daß es natürlich nicht nur Bauträger gibt, sondern auch Ein- und Zweifamilienhausbauer, die die Förde-

rung eigentlich erst ausbezahlt bekommen, wenn das Haus komplett fertiggestellt ist. Das ist ein Novum in unserer Stadt. Das verteuert natürlich, weil die Leute auch einen Zwischenkredit aufnehmen müssen.

Aber meine zweite Frage lautet dahin gehend: Sind Sie bereit, die Wohnbauförderung zu ändern und den Vorschlag aufzunehmen, auf ein Darlehenssystem umzustellen, um künftigen Wohnungssuchenden auch in den nächsten Jahren Förderungsmittel zur Verfügung stellen zu können und dann auch eine Rückführung dem Einkommen nach zu beschleunigen oder herabzusetzen?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Werner Faymann: Sie wissen, daß unabhängig von dieser Auszahlungsmodalität, nach der Sie gefragt haben, eine grundsätzliche Wohnbauförderungsdebatte interessant ist. (Heiterkeit bei den GRÜNEN.) Ich habe bisher noch nie von Ihnen gehört, daß Sie für einkommensbezogene Rückzahlungen sind. (Neuerliche Heiterkeit bei den GRÜNEN.) Der Vorschlag scheint mir so interessant zu sein, daß ich Sie bitte, mir den kurzgefaßt schriftlich zur Verfügung zu stellen. Der ist von so großem Interesse, daß ich darauf gerne ausführlicher, als das in der Fragestunde möglich ist, antworten möchte. (Heiterkeit. - Abg. Günter Kenesei: *Wir werden ihm und dir unser Programm schicken!*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Eine zweite Anregung? - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Georg Fuchs (ÖVP): Herr Stadtrat! Es freut mich außerordentlich, daß Sie die Anträge nicht lesen, denn Sie haben das sowohl im Wiener Landtag als auch im Wiener Gemeinderat Übermittelt bekommen. Es tut mir nur leid, daß das Büro das noch nicht an Sie weitergeleitet hat.

Aber was hat Sie eigentlich dazu bewogen, nicht dem Baufortschritt nach auszubezahlen, sondern eben ein Jahr nach Zusicherung und dann die weiteren 45 Prozent erst nach Fertigstellung und den Passus einzufügen: nur solange Förderungsmittel vorhanden sind? Das heißt ja, daß es irgendwo eine Unsicherheit gibt, und davor fürchten sich die Leute natürlich schon, daß irgendwann die Auszahlung einmal nicht mehr erfolgt. Was hat Sie also dazu bewogen?

Präsidentin Ingrid Smejkal: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf. StR. Werner Faymann: Frau Präsidentin! Es hat nicht so geklappten, aber es war schon die Frage, und daher möchte ich auch noch einmal meine Antwort formulieren, die ja jetzt wieder zur ursprünglichen Fragestellung paßt.

Wir haben uns natürlich überlegt, wo wir sparen können. Sparen kann man natürlich auch dadurch, daß man nicht zu früh auszahlt. Nun liegt zwischen zu früh und zu spät immer die Verdächtigung, daß zu spät genauso schlecht ist wie zu früh. Daher ist diese Form der Vorgangsweise gewählt worden, daß man 50 Prozent frühestens zwölf Monate nach Ausstellung der Förderungszusicherung bezahlt, 45 Prozent bei Fertigstellung und die restlichen 5 Prozent dann bei der End-

abrechnung.

Ich weiß selbst und habe mit sehr vielen Baurägern Gespräche darüber geführt, daß einige Bauräger die Befürchtung hatten, daß etwa bei steigenden Zinsen Zwischenfinanzierungen problematisch werden. Wieder andere Bauräger haben von vornherein erklärt, sie verfügen über ausreichend Eigenmittel, um diese Zwischenfinanzierungen zu übernehmen. Das heißt, hier ist es wirklich sehr unterschiedlich, ohne das jetzt polemisch sagen zu wollen.

Insgesamt sind Befürchtungen, daß die Zinsen am Kapitalmarkt sehr steigen und daher diese Regelung zu einem Problem wird, oder daß etwa die derzeit aktiven Bauräger gerade jene sind, die überhaupt keine Eigenmittel haben, zwar theoretisch anstellbar, haben sich aber praktisch nicht als begründet herausgestellt.

Daher sehe ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Möglichkeit und auch keine Notwendigkeit, von dieser Regelung abzugehen.

Präsidentin Ingrid Smekal: Ich danke für die Beantwortung.

Somit ist die Fragestunde wirklich beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, daß an schriftlichen Anfragen von der Österreichischen Volkspartei zwei von den Freiheitlichen ebenfalls zwei vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn ist von den Landtagsabgeordneten der Freiheitlichen ein Antrag eingelangt. Dieser Antrag wurde den vier Fraktionen vor Sitzungsbeginn schriftlich bekanntgegeben, überdies wird er dem Sitzungsprotokoll im Wortlaut beigelegt. Die Zuweisung erfolgt wie beantragt.

Abg. Dr. Peter Pilz und FreundInnen haben gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem die Besoldungsordnung 1994 geändert wird, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuß für Bürgerdienst, Inneres und Personal zu.

Wir kommen nun zur Postnummer 1 der Tagesordnung. Sie betrifft den Jahresbericht 1994/95 der Kinder- und Jugendarbeitschaft in Wien.

Bevor ich die Berichterstatterin, Frau LhptmStvin. Laska, bitte, die Verhandlung einzuleiten, möchte ich die beiden Kinder- und Jugendarbeits, die im Saal anwesend sind, sehr herzlich begrüßen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Ich bitte nun die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter LhptmStvin. Grete Laska: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es liegt uns heute der erste Jahresbericht über die Tätigkeit der neuen Kinder- und Jugendarbeitschaft in Wien vor. Ich meine, daß wir mit Recht sagen können, daß wir stolz auf diesen Bericht sind, und ich möchte zuallererst den beiden Kollegen, Frau Dr. Marion Gebhart und Herrn Dr. Anton Schmid, in unser aller Namen ein Dankeschön sagen für ihre Tätigkeit, ein Danke-schön für ihre erfolgreiche Arbeit, aber auch für die

Berichterstattung. Herzlichen Dank! (*Allgemeiner Beifall.*)

Zu dem Bericht - ich gehe davon aus, daß Sie ihn alle gelesen haben - möchte ich nur noch einmal kurz in Erinnerung rufen, welche denn nun eigentlich die Aufgaben der Kinder- und Jugendarbeitschaft sind, und feststellen, daß es ein sehr breites Feld ist, daß sie zu beackern haben. Die Schwerpunkte der Arbeit sind in drei Bereichen zu sehen.

Der erste Bereich ist die sogenannte Einzelfallarbeit. Die Kinder- und Jugendarbeitschaft dient hier als direkte Anlaufstelle für jene, die ein Problem haben, mit dem sie meinen, bei Kinder- und Jugendarbeitslängen gut aufgehoben zu sein. Das können nun Kinder und Jugendliche, Erwachsene oder Behörden, Vereine und Institutionen sein, die sich in der sogenannten Einzelfallarbeit direkt an die Kinder- und Jugendarbeitschaft wenden. Die Frequenz zeigt, daß davon sehr häufig Gebrauch gemacht wird.

Die zweite sehr wichtige Arbeit liegt in der sogenannten Themenarbeit, die natürlich einen Zusammenhang mit der Einzelfallarbeit hat, denn aus den genannten Einzelfällen, aus den bearbeiteten Fällen ergeben sich Schwerpunktthemen, die in weiterer Folge dann mit anderen gemeinsam, aber als Initiative auch der Kinder- und Jugendarbeitschaft bearbeitet werden müssen, denn letztendlich ist es ja nur sinnvoll, wenn durch diese Arbeit tatsächlich auch eine Veränderung herbeigeführt werden kann.

Diese Veränderung kann zum einen in einer Veränderung der öffentlichen und beamteten Meinung bestehen, es kann aber zum anderen - und auch das ist sehr wichtig - eine gesetzliche Regelung sein, die aufgrund der Erkenntnisse aus der Einzelfallarbeit herbeigeführt werden muß.

Der dritte wichtige Punkt in der Arbeit der beiden Kollegen ist die Öffentlichkeitsarbeit, und zwar die Öffentlichkeitsarbeit sowohl nach innen als auch nach außen, wobei der schwierigste Bereich sicherlich die Öffentlichkeitsarbeit nach außen ist, denn hier gilt es nach zwei Prinzipien vorzugehen:

Das erste und für mich wichtigste Grundprinzip ist, daß die Kinder- und Jugendarbeitschaft de facto eine Lobby für Kinder und Jugendliche darzustellen hat. Sie stellt sich daher grundsätzlich immer auf die Seite der Kinder und Jugendlichen und vertritt vehement deren Rechte nach außen beziehungsweise überall dort, wo es notwendig ist.

Dazu ist es notwendig, ein zweites Grundprinzip einzuhalten, nämlich das der Kooperation und der Vernetzung mit anderen Einrichtungen, aber natürlich auch mit gesetzgebenden Körperschaften.

Und letztendlich bedarf es, um diesen Druck, dieses Engagement, diese Dynamik wirklich in Bewegung bringen zu können, einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit.

Wo liegen nun die thematischen Schwerpunkte im Berichtszeitraum, aber - aus dem Berichtszeitraum abgeleitet - natürlich auch in der Zukunft?

Da muß man als erstes - und das ist bedauerlich genug, daß man das 1995 noch immer tun muß - den ganzen Themenbereich der Gewalt gegen Kinder sehen. Und wenn man sagt, Gewalt gegen Kinder ist noch immer ein Thema, mit dem wir uns zu beschäftigen haben, dann beweisen die Zahlen, daß das nicht nur ein Thema ist, das man unter "Allfälliges" abhandeln kann, sondern ein Thema ist, das man eigentlich mit einer Intensität diskutieren müßte, die alles andere hintanstellt, denn es gibt nichts Schlimmeres als Gewalt gegen jene, die grundsätzlich kaum in der Lage sind, sich selbst dagegen zu wehren, weil sie abhängig sind, abhängig sind von uns Erwachsenen.

Und wenn man weiß, daß von den rund 1,3 Millionen Kindern in Österreich 25 Prozent tatsächlich mißhandelt werden, dann sind das schreckliche Zahlen. Ich würde eigentlich von Horrorzahlen sprechen. Das heißt nämlich, daß rund 300 000 Kinder österreichweit beziehungsweise 60 000 Kinder in Wien geschlagen werden, und wir wissen alle, daß geschlagene Kinder, mißhandelte Kinder, mißbrauchte Kinder sicherlich einen unendlich schlechten Start in ihre Zukunft haben.

Wir müssen dazu auch noch sehen, daß vor allem eine spezifische Form der Gewaltanwendung, nämlich der sexuelle Mißbrauch, ein Thema ist, über das die Gesellschaft zwar gerne schweigt, daß man aber tatsächlich eigentlich ins Licht der Öffentlichkeit zerren muß, um nämlich endlich wegzukommen von der Tatsache, daß manche Menschen noch immer glauben, mit Kindern könne man alles machen.

Allein das Schlagwort von der "gsunden Watschen, die noch keinem geschadet hat", ist eines, das eigentlich überhaupt nirgends mehr vorkommen dürfte, und trotzdem ist es noch immer möglich, daß in der Öffentlichkeit, in der Straßenbahn, im Supermarkt, ganz egal wo, Gewalthandlungen gegen Kinder andere Erwachsene nicht in Empörung versetzen, sondern unter Umständen noch zu der wohlmeinenden Aufforderung führen: Hau'n S' ihm gleich noch a zweite obe, er wird's verdient haben!

Das ist das Problem. Es ist das Problem, daß Nachbarn, Verwandte, ja selbst der zweite Elternteil oft nicht bereit sind, aufzustehen und Anzeige zu erstatten gegen Gewalttäter, die ihnen bekannt sind. Das ist das gesellschaftliche Problem, vor dem wir stehen. Es ist alles zu tun, um diese Tatsache zu verändern. Dazu ist es notwendig, daß auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft das Ihre dazu tut. Es geht dabei nicht nur darum, Kindern in Krisensituationen sofort zu helfen, gemeinsam auch mit den zuständigen Stellen der Stadt Wien, sondern auch dafür zu sorgen, daß dieses Thema österreichweit, ja auch international zu einem Thema wird, mit dem öffentlich umgegangen wird, mit dem Ziel letztendlich, daß wir in Zukunft vielleicht über dieses Thema nicht mehr reden müssen.

Ein zweiter Schwerpunkt, den ich anschneiden möchte, ist etwas, was in den letzten Monaten besonders akut geworden ist, ist ein Bereich, der mich

auch mit großer Sorge erfüllt, nämlich der Umgang mit Kindern und Jugendlichen in den Medien.

Wir leben in einer Zeit, wo es modern geworden ist, Einzelfälle als Paradebeispiele hochzuspielen und dazu sehr gerne - weil das gesellschaftlich wahrscheinlich die Zuseherquoten in die Höhe treibt - Kinder- und Jugendschicksale zum Thema von Fernsehsendungen beziehungsweise von öffentlicher Berichterstattung zu machen. Ich meine, daß man hier besonders sorgsam umgehen muß, weil es gerade in diesem Bereich auch unendlichen Schaden in der Psyche dieser Kinder anrichten kann, wenn ihr Schicksal mehr oder weniger der Öffentlichkeit preisgegeben wird. Das ist für Kinder besonders schlimm. Wir wissen, daß es gleichermaßen schlimm ist, wenn Erwachsene falsch, diffamierend und in einer verschrobenen Wahrnehmung und Darstellung an die Öffentlichkeit gezerrt werden. Es ist für Erwachsene schlimm genug. Die können sich aber wehren. Kinder können sich nicht wehren.

Ein dritter Bereich, den ich ansprechen möchte und der mir vor allem auch in der Kommunalpolitik sehr wichtig ist, ist die Frage: Wie gehen wir mit den Interessen, mit den Bedürfnissen und mit den Wünschen von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum um? Welche Rücksicht nehmen wir bei Planung, Gestaltung, beim Wohnbau, bei all dem, was in der Stadt passiert, auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen?

Ich meine, daß es die Herausforderung für die nächste Zeit sein wird, daß wir uns verstärkt überlegen, welche Kommunikationsmöglichkeiten wir mit dieser Gruppe Wienerinnen und Wienern haben, den jungen Wienerinnen und Wienern, damit sie sich hier einbringen können, welche Möglichkeit der Mitbestimmung wir ihnen geben müssen, damit ihre Bedürfnisse tatsächlich auch Eingang finden in die Umsetzung.

Ich meine weiters, daß es keine unberechtigte Forderung ist, wenn wir, da wir hier in diesem Haus sehr oft darüber diskutieren, wieviel Platz die Autos in dieser Stadt brauchen, uns auch einmal darüber unterhalten, wieviel Platz die Kinder in dieser Stadt brauchen. Ich würde mir wünschen, daß entsprechend viele Quadratmeter an Freiflächen für Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt werden, daß sie in demselben Prozentsatz zur Verfügung gestellt werden, wie es für parkende Autos geschieht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich meine daher, daß wir alles zu tun haben, um in Unterstützung und in Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wiens dafür zu sorgen, daß diese und andere Themen in dem zweiten Jahr tatsächlich aufgegriffen, behandelt und umgesetzt werden, denn letztendlich wäre die optimale Zielvorstellung, daß eure Arbeit in Zukunft tatsächlich nicht mehr gebraucht würde und man sagen könnte: Die Geschichte ist erledigt. Wir haben eine Stelle sinnvoll eingesetzt, und das hat dazu geführt, daß sich die öffentliche Meinung dermaßen gewandelt hat, daß sich die

gesellschaftliche Situation so verändert hat, daß eine Kinder- und Jugandanwaltschaft nicht mehr vonnöten ist.

Ich bin soweit Illusionist, daß ich mir Hoffnungen bewahre, und bin soweit Realist, daß ich meine, daß wir es noch lange nicht erreichen werden. Ich bitte Sie aber, mitzuhelpen, daß es zumindest ein bißchen schneller geht. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Ich danke und eröffne die Debatte.

Zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Jerusalem. Ich erteile es ihr.

Abg. Susanne Jerusalem (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Das war ein sehr schöner Bericht der Frau Stadträtin. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Kinder- und Jugandanwälte/anwältin kein Sprachrohr benötigen und so, wie sie einen Bericht geschrieben haben, diesen auch mündlich hier formulieren könnten.

Ich möchte daher einen Besluß- und Resolutionsantrag einbringen, der dahin gehend lautet, daß die Landesregierung ein Verfahren in die Wege leiten möge, das es, so wie das bei den Volksanwälten bereits der Fall ist, auch den Kinder- und Jugandanwälten ermöglicht, das Rederecht im Wiener Landtag selbst wahrzunehmen.

In formeller Hinsicht beantrage ich die Zuweisung an das zuständige Mitglied der Landesregierung.

Der vorgelegte Bericht der Kinder- und Jugandanwälte ist ein ausgezeichneter Bericht. Er ist mit Abstand der beste Bericht, der mir hier in diesem Haus bisher vorgelegt worden ist. Das ist ein Bericht, der mutig ist, der die Dinge beim Namen nennt und dem Leser klar vor Augen führt, worum es in dieser Stadt, wenn wir über Jugendpolitik sprechen, eigentlich geht: Es ist eine sehr detailgetreue Einzelfallbeschreibung in diesem Bericht enthalten, daraus abgeleitet aber auch die Fragestellung: Wo müssen die Prioritäten gesetzt werden? Wo bestehen die größten Probleme in dieser Stadt?

Ich möchte mich auch bei den Kinder- und Jugandanwälten für diesen Bericht bedanken und hoffe, daß sie in ihrer direkten Arbeit mit den Kindern, aber auch mit den Erziehungsberechtigten genauso erfolgreich sind wie bei der Darstellung ihrer Arbeit. Ich füge gleich hinzu, daß ich das annehme.

Ich denke, es ist auch die Vorgangsweise, die zur Bestellung der Jugandanwältin und des Jugandanwaltes geführt hat, beispielgebend gewesen, beispielgebend in bezug auf die Ausschreibung, in bezug auf das Hearing, zu dem alle Parteien eingeladen waren und sich ein Bild machen konnten von den Personen, die sich hier präsentierten und gesagt haben: Ich möchte Jugandanwalt werden, und ich glaube, ich kann das.

Auch das Auswahlverfahren war beispielgebend. Ich weise darauf hin, es war damals noch Frau StRin. Smejkal, und ich stehe nicht an, auch noch hinzuzufügen, daß Sie sich dann bei der Auswahl der Erstgereih-

ten an das gehalten haben, was die Ausschußmitglieder, die involviert waren, vorgeschlagen haben.

Das ist beispielgebend, und ich fordere Sie auf oder ich wünsche mir von der Sozialdemokratie, daß auch in anderen Bereichen ganz genauso vorgegangen wird, daß Sie weggehen von diesen Parteibuchbestellungen, daß Sie abgehen von der Freunderlwirtschaft und sich diese Bestellung der Kinder- und Jugandanwälte zum Vorbild nehmen für weitere Bestellungen.

Die Kinder- und Jugandanwälte - das geht eindeutig aus diesem Bericht hervor - legen großen Wert darauf, daß diejenigen, die da kommen und vorstellig werden, anonym bleiben; eine wunderbare Sache, die ich mir auch bei den Frauenberatungsstellen in derselben Form wünschen würde. Die Anonymität wird berücksichtigt. Ganz klar geht aus dem Bericht auch die Parteilichkeit, die Parteinahme für die Kinder, die Parteinahme für die Jugendlichen hervor.

Also meine Hochachtung noch einmal für diese mutige Arbeit. Sie sind weisungsungebunden, das ist eine wunderbare Sache und trägt wahrscheinlich viel dazu bei, daß man diesen Mut auch zeigen kann, aber da drinnen findet sich ja zum Beispiel ein Satz wie folgt: "Leider sind es ja immer die Kinder und Jugendlichen, die beim Sparen die Rechnung begleichen müssen." Und da muß man schon einen Mut haben und ein sehr gerades Rückgrat besitzen, um das in einen Bericht an den Gemeinderat hineinzuformulieren. (*Beifall bei den GRÜNEN sowie Beifall der Abg. Ilse-Maria Arié*.)

Das wäre eigentlich der richtige Eingangssatz gewesen für die Budgetdebatte, wo man sehr klar gesehen hat, auch 1996 wird dieser Satz stimmen: Leider sind es ja immer die Kinder und Jugendlichen, die beim Sparen die Rechnung begleichen müssen. - Und jetzt hoffe ich, daß, ausgehend von diesem Bericht, das Budget 1997 bereits den Forderungskatalog der Kinder- und Jugandanwälte respektieren und auch budgetär umsetzen wird.

Ich möchte jetzt zu einzelnen Punkten kurz Stellung nehmen. Natürlich ist das erste, was auffällt und was einen so schrecklich bedrückt, wenn man diesen Bericht liest, das Thema Gewalt. 349 Kontakte wegen Gewaltausübung an Minderjährigen hat es gegeben, davon 109 wegen Mißhandlungen und 240 wegen sexueller Gewalt.

Auch die Fallbeispiele sind bedrückend. Ich gehe jetzt einmal davon aus, daß Sie das alles gelesen haben und ohnehin wissen, welche Fälle da drinnen beschrieben sind.

Aber das, was die Kinder- und Jugandanwälte so gut machen und wozu man nur sagen kann: Bravo, so gehört es gemacht!, ist, daß dem sofort ein ganzer Katalog politischer Forderungen folgt, aus denen klar hervorgeht, welche Konsequenzen aus den Fallbeispielen zu ziehen sind, welche Konsequenzen diesem Ist-Zustand in der Stadt Wien folgen müssen.

Der Forderungskatalog bezieht sich vor allem auf den Opferschutz, und ich bin sehr dafür, daß die Opfer

in dieser Form, wie es hier gefordert wird, geschützt werden. Da geht es um den Status von Privatbeteiligten, den Kinder und Jugendliche haben müssen, um die Verfahrenshilfe, um die Vermeidung des Kostenrikos, um eine psychologische Opferbegleitung. - Wir alle wissen, da liegt es total im argen.

Auch die Art und Weise, wie Kinder und Jugendliche vernommen werden, die psychische Tretmühle, in die Kinder und Jugendliche auch durch Richter, die keine Ahnung davon haben, wie man das macht, hingeraten, ist anzuprangern, und auch das wird hier gemacht. Da gibt es aber auch jede Menge von Vorschlägen zur schonenden Einvernahme, zur Verlängerung der Verjährungsfristen und so weiter.

Ich möchte aber noch ein anderes anfügen, und zwar: Ich setze große Hoffnung - das ist auch der Punkt, bei dem ich Frau StRIn. Laska bereits Applaus gezollt habe, und ich möchte das hier wiederholen - in die Reorganisation und Umstrukturierung der MA 11. Denn auch damit kann Kindern und Jugendlichen geholfen werden, wenn sie in ihrem Lebensbereich bleiben können, wenn es gelingt, eine aufsuchende Arbeit auch in der Familienbetreuung durchzusetzen, und wenn man dafür sorgt, daß es multiprofessionelle Teams aus SozialarbeiterInnen und aus Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen gibt, die vor Ort handeln, kompetent sind und auch die notwendigen Mittel in die Hand bekommen, um vor Ort aktiv zu werden. Dazu gehört dann selbstverständlich auch - und auch das geht aus diesem Bericht sehr klar hervor -, daß es Notschlafstellen gibt, niederschwellige Einrichtungen, an die Kinder und Jugendliche sich hinwenden können.

Ich gehe politisch vollkommen d'accord mit allen diesen Forderungen und füge an: Ich erwarte mir jetzt, daß diese Reorganisation der MA 11 genauso wie die "Heimreform 2000", wo es darum geht, die Großheime zu schließen und regionale Wohngemeinschaften einzurichten, zügig und sofort über die Bühne geht. Daß nicht alles auf einmal möglich ist, ist mir klar, aber man muß einmal damit beginnen.

Ein anderer Punkt, der in dem Bericht angesprochen wurde und wozu ich mehrfach bereits ganz, ganz ähnliche Vorwürfe formuliert habe, ist der Punkt, in dem es darum geht, minderjährige Ausländerinnen zu schützen. Da brauchen wir uns gar nicht nur im Bereich der Gewalt in der Familie, im Bereich von Mißbrauch und Mißhandlungen aufzuhalten, sondern da geht es um etwas ganz anders, da geht es um strukturelle Gewalt, die von der MA 11 ausgeübt wird.

Jetzt möchte ich nicht alle in einen Topf werfen, aber ... (GR. Ing. Karl Svoboda: Das kann so nicht sein!) Das kann so nicht sein! - Gut, dann werden wir uns diesem Punkt etwas genauer widmen, ich hätte das sonst nicht getan, aber darüber können wir uns natürlich schon unterhalten.

Die strukturelle Gewalt der MA 11 auf die betroffenen minderjährigen AusländerInnen, die schauen wir uns jetzt ein bißchen genauer an. Dazu zitiere ich jetzt wörtlich aus dem Bericht:

"Besonders kraß ist die Situation von Kindern und Jugendlichen, die oder deren Sorgeberechtigte nicht die österreichische Staatsbürgschaft besitzen. Ihnen wird vom Amt für Jugend und Familie bei häuslicher Gewalt nur Hilfe durch kurzfristige Fremdunterbringung geleistet."

Und jetzt kommt es. Herr Klubobmann, wenn es Sie interessiert, was strukturelle Gewalt ist, aus diesem Bericht kann man es herauslesen:

"Mit Schaudern und großer Empörung haben wir erkennen müssen, daß die praktische Anwendung eines Erlasses aus dem Jahre 1983 dazu führt, daß Kinder und Jugendliche, die etwa durch ihre Eltern Gewalt erfahren haben, zwar diesen vom Jugendwohlfahrtsträger abgenommen werden, anschließend jedoch die Abschiebung dieser Kinder und Jugendlichen gemeinsam mit den gewalttätigen Eltern (II) betrieben wird, unter anderem auch in Gebiete, die von Kriegen betroffenen sind, wo noch viel schlimmere Gewalterfahrungen auf die betroffenen Minderjährigen warten."

Das heißt, zuerst werden die Kinder in der Familie geschlagen und/oder mißbraucht, dann werden diese ausländischen Kinder und Jugendlichen vom Jugendamt in einem Heim untergebracht, weil das dann aber sehr teuer ist, werden die Kinder den gewalttätigen Eltern wieder überantwortet, ausgewiesen, vielleicht sogar noch in Kriegsgebiete, wo die Gewalt kaum noch zu überbieten ist.

Und wenn das nicht strukturelle Gewalt ist, dann würde ich nicht, wie diese ausschauen soll. Das ist die strukturelle Gewalt der MA 11, und das kann man nicht besser anprangern als auf die Art und Weise, wie das hier in diesem Kinder- und Jugandanwaltbericht geschehen ist.

Die Kinder- und Jugandanwaltschaft war davon selbst betroffen. Sie hat nicht nur angeprangert, sie war selbst betroffen. Es geht nämlich weiter in diesem Bericht:

"Die Kinder- und JugandanwältInnen haben im vergangenen Jahr öfters verzweifelten ausländischen Mädchen, denen von ihrer Familie die zwangsweise Verschleppung ins Ausland und dortige Zwangsverheiratung drohte, geraten, sich um Hilfe beziehungsweise Aufnahme in ein Heim der Stadt Wien an ein Amt für Jugend und Familie zu wenden."

Und da fängt die ganze Geschichte erst an. Da haben nämlich dann die Kinder- und Jugandanwälte dafür gesorgt, daß die Mädchen zum Jugendamt gehen, und die Reihenfolge war Jugendamt, Heim, Abschiebung, und zwar wieder mit den Eltern. Dann waren die erst recht zu Hause. Das heißt, es ist genau das passiert, was eigentlich hätte vermieden werden sollen und was die Kinder- und Jugandanwälte da ganz zu Recht anprangern:

"Damit wurden sie jedoch genau der Gefahr ausgeliefert, vor der sie fliehen wollten! Und das steht im krassen Widerspruch zur UN-Konvention über die Rechte des Kindes."

Wir sollten das heute nicht einfach liegenlassen,

sondern uns das sehr genau merken und ein Augenmerk darauf legen, daß diese Fälle in Zukunft tatsächlich nicht mehr vorkommen, daß diese Praxis eingestellt wird.

Von seiten des Amtes für Jugend und Familie - und auch das ist interessant - hat man nicht sofort gesagt: Ja, um Gottes Willen, was ist uns denn da passiert? Das muß sofort aufhören! Weit gefehlt!

"Von seiten des Amtes für Jugend und Familie wurde an dieser Abschiebepraxis in einer Stellungnahme des stellvertretenden Abteilungsleiters jedoch prinzipiell festgehalten. Es wurde angeboten, daß vor einer Abschiebung sichergestellt werden soll" - und das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen -, daß es dem Kind im Herkunftsland besser ergeht als in Österreich, beziehungsweise soll nicht abgeschoben werden, wenn eine Gefährdung des Kindeswohles im Heimatstaat nicht auszuschließen ist."

Da sind Eltern gewalttätig in Österreich, und dann schiebt man sie ab, und dann sollen sie vielleicht im Herkunftsland nicht mehr gewalttätig sein. Ja bitte, aufgrund von was denn, aufgrund von was? Das ist ja denkunmöglich!

Ich füge hinzu - ich will das nicht verbergen, es gibt auch eine "Letzte Meldung" in diesem Bericht, und diese lautet:

"Letzte Meldung: Kurz vor Druckbeginn des Berichtes wurde im zuständigen Arbeitskreis der MA 11 eine Regelung erarbeitet, die ausschließt, daß das Amt für Jugend und Familie von sich aus eine Abschiebung in die Wege leitet."

Auf den ersten Blick hat mich das ja beruhigt, denn wenn ein Bericht der Kinder- und Jugendanwälte, der hier im Gemeinderat besprochen wird, dazu führt, daß doch noch die Unmenschlichkeit eingestellt wird, dann bin ich zufrieden. Aber ein kleiner Teil dieses Satzes beunruhigt mich auf das allertiefste, und zwar jener Teil des Satzes, wo es heißt, "von sich aus", denn da besteht noch immer die Möglichkeit, daß diese Arbeit an andere Stellen delegiert wird.

Ich bin aber sehr zuversichtlich, daß die Kinder- und Jugendanwälte darauf ein Augenmerk haben werden und daß es nicht dazu kommt, daß das so weitergeht.

Ein Hinweis noch auf die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes. Meiner Meinung nach ist Österreich und ist Wien nicht soweit, diese UNO-Konvention in allen oder auch nur in vielen Punkten zu erfüllen, denn da drinnen steht, Kinder und Jugendliche sollen in allen Dingen, die sie unmittelbar selbst betreffen, mitberaten, mitreden können, und das, was sie sagen, soll dann auch in die Entscheidung einfließen.

Bitte, das findet nicht einmal hier in diesem Gemeinderat statt. Das, was die Kinder wollen, fordern und uns mit auf den Weg geben, wird nicht einmal hier im Gemeinderat vollzogen. Bestes Beispiel: die Budgetdebatte. Bei all diesen Stadtplanungssachen, bei jugendpolitischer Infrastruktur, beim Wohnen, bei den Spielplätzen und bei allem, wovon Kinder unmittelbar betroffen sind, haben sie hier nichts zu sagen, aber

sie schon gar nichts zu sagen. Und wenn sie gefragt werden, dann ist es häufig kontraproduktiv, denn dann frage ich jemanden und dann auf Wiederschauen, und nie mehr wieder ist etwas über Maßnahmen zu hören, die sich aus diesen Forderungen ableiten lassen.

Meine Forderung lautet daher ganz klar: Die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes sollen auch in Wien in allen Maßnahmen sichtbar werden und umgesetzt werden.

Ein nächster Punkt - den hebe ich jetzt nur ganz kurz hervor -: Es gab auch Probleme bei den Mietverträgen hinsichtlich der Frage: Wer darf in einer Wohnung bleiben, wenn eine Beziehung auseinandergeht? Die Forderung war: Es bleibt immer der drinnen, der die Kinder hat. Das konnte unbürokratisch und rasch geregelt werden. StR. Faymann hat sofort gehandelt. Ich danke ihm dafür. Ich finde das super!

Die Kinder- und Jugendanwälte nehmen auch Stellung zu dem großen Bereich der Freizeit und weisen ganz richtig darauf hin, daß es so etwas gibt wie eine Umwegrentabilität. Wenn man heute dafür sorgt, daß Kinder und Jugendliche zu ihren Interessen kommen, daß diese Interessen Berücksichtigung finden und sich ausdrücken in dem Angebot, in dem Freizeitangebot der Stadt Wien, dann bekommt man das als Stadt und als Staat zurück. Das sind gesellschaftspolitische Maßnahmen, in die zu investieren sich lohnt. Es lohnt sich, ausgezeichnete Kindergärten zu haben; es lohnt sich, wenn dort die Qualität stimmt; es lohnt sich, wenn die Freizeit ein Angebot beinhaltet, bei dem es nicht darum geht, daß - einer Ihrer Gemeinderäte hat das so schön ausgedrückt - nur die Gstopften sich das leisten können, sondern das für alle leistbar bleibt; es lohnt sich, daß Kinderspielplätze den Interessen der Kinder entsprechend ausgestattet sind; es lohnt sich, wenn es Freiräume gibt, wenn es Gestaltungsmöglichkeiten gibt und wenn Kreativität sich umsetzen läßt. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Dem Bericht ist zu entnehmen, daß in Wien zurzeit sogar über die Fußballkäfige gestritten wird. Da gibt es eine Auseinandersetzung darum, ob ein Fußballkäfig zugesperrt wird, ob er zu bleibt, wann er aufgesperrt wird, und außerdem gibt es da noch die Wurzeln der Bäume. Über alles wird in dieser Stadt in dieser Form gestritten, und da denke ich mir, wenn man jetzt sogar schon das Aufsperrn eines Fußballkäfigs erkämpfen muß und dann quasi als Großtat feiert, dann liegt etwas total im argen in dieser Stadt, denn das sind Selbstverständlichkeiten. Das sind Selbstverständlichkeiten, daß die Fußballkäfige und daß diese Basketballstandorte offen sind, daß sie gewartet werden und daß dieses Angebot ausgedehnt und nicht eingeschränkt wird.

Eines noch: Die Begutachtungen sind auch erwähnt in diesem Bericht, und da geht es darum, daß von seiten der Stadt Wien her, also von seiten der magistratischen Abteilungen noch nicht ausreichenden eingeladen wird zu diesen Begutachtungen. Wird schon werden. Es wird sich schon herumsprechen, daß die

Stadt Wien Kinder- und Jugendanwälte hat, die aktiv sind und sich tatsächlich einmischen.

Und jetzt noch einmal mein Bravo für diese Parteilichkeit und für diese Art und Weise, sich in alles einzumischen und zu sagen: Ja, auch die Kinder und Jugendlichen spielen eine Rolle, haben etwas zu sagen, und wir greifen da ein.

Und jetzt zum letzten, weil ich es zusammenfassend doch noch erwähnen möchte: Diese Kinder- und Jugendanwälte haben in ihrem Bericht auch einen Forderungskatalog verfaßt, was alles zu verändern wäre. Und an diesem Forderungskatalog sieht man schon, daß sie sich einmischen, denn da geht es um die Bauordnung, da geht es um die Planungspraxis, da geht es um Freizeitmöglichkeiten - auch in Wohnhausanlagen. In den Wohnhausanlagen sieht man ja immer nur die Schilder, was alles verboten ist. Da darf man nicht radfahren, dort darf man nicht Fußball spielen, da darf man nicht lärmend und da darf man dies und jenes nicht. Da gibt es inzwischen Kinderspielplätze, die um 19 Uhr zugesperrt werden. - Überall da ist Handlungsbedarf im Interesse der Jugendlichen.

Weiters werden gefordert: regionale Jugendbüros, Grätzekontaktstellen, mobile Freizeitbetreuung, Jugendforen und - man höre und staune! - kein Bau von Tiefgaragen unter Parks, weil während der Bauzeit die Kinder dann dort nicht spielen können. Da geht es um die Kindheit, denn manchmal ist einer dann schon gar kein Kind mehr und braucht den Park nicht mehr, wenn der schlußendlich dann wieder auf so einer Tiefgarage entstanden ist.

Gefordert werden auch Maßnahmen hinsichtlich Notschlafstellen, Parteistellung, Opferschutzgesetz, Wohnrecht für Kinder.

Die Pragmatisierungsbestimmungen bei LehrerInnen werden sogar aufgegriffen, wenn es um die psychische Gewalt gegen SchülerInnen geht. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. In der Schule gibt es psychische Gewalt, und auch das ist strukturelle Gewalt. Es geht nicht immer nur um die Watschen, sondern es geht darum, daß die Entwicklung dieser Kinder maßgeblich beeinflußt wird, indem strukturelle Gewalt auf ihre Psyche ausgeübt wird. Und auch das wird hier aufgegriffen.

Jetzt komme ich noch zu meinen eigenen Forderungen, die ich dem anfügen möchte.

1. Ich denke, es lohnt sich, eine Kampagne zu starten, in der man sich noch einmal an die Kinder richtet und ihnen sagt: Ruft uns an! Ruft ihr selbst uns an! Denn jetzt sind es ja vornehmlich Erwachsene, die sich an diese Stelle wenden. Es wäre erforderlich, daß man noch einmal investiert und die Kinder direkt anspricht und ihnen sagt: Wenn ihr etwas braucht, dann ruft uns an. Ihr seid anonym und wir sind parteilich. Wir können helfen. - So eine Kampagne möchte ich anregen.

2. Es ist nicht einzusehen, daß diese gesamte Arbeit, die da zu bewältigen ist - und ich bin überzeugt, den Kinder- und Jugendanwälten fällt noch vieles ein,

was man tun könnte -, von fünf Personen bewältigt werden muß, während auf der anderen Seite beim Umweltanwalt und, ich glaube, auch beim Patientenanwalt durchaus mit der doppelten Belegschaft gearbeitet wird.

Ich bin dafür, daß nicht fünf Menschen dort arbeiten, sondern daß zehn Menschen dort arbeiten und daß man sich bereits im Jahr 1996 sukzessive dieser Zahl 10 nähern sollte und dort investiert, wo es sich lohnt.

3. Ich bin dafür, daß die Kinder- und Jugendanwälte an ganz prominenter Stelle aufgefordert werden, hereingeholt werden in das Erarbeiten eines Wiener Jugendkonzeptes. Jetzt weiß ich schon, ich habe gestern einen Antrag gestellt, daß ein derartiges Konzept erarbeitet werden soll, und bei der SPÖ gibt es sehr viele Abgeordnete, die sogar dagegen waren, daß dieser Antrag auch nur an den Ausschuß zugewiesen wird. Also das schlägt ja dem Faß wirklich den Boden aus meiner Meinung nach.

Ich will - und ich bleibe dabei - so ein Wiener Jugendkonzept haben, und ich will, daß die Kinder- und Jugendanwälte aufgefordert werden, daran mitzuarbeiten. Das sind Leute, die das zusammenbringen, die die Qualität dafür aufbringen, und zwar sowohl die fachliche Qualität, als auch die menschliche Qualität, um ein derartiges Wiener Jugendkonzept umzusetzen.

Abschließend möchte ich mich nur noch bei den Kinder- und Jugendanwälten ein letztes Mal bedanken und spreche die Hoffnung aus, daß das Budget im nächsten Jahr die Forderungen der Kinder- und Jugendanwälte bereits berücksichtigt. - Danke. (*Befall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau StRin. Hampel-Fuchs. Ich erteile es ihr.

StRin. Maria Hampel-Fuchs: Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Heute überrasche ich Sie einmal mit einer etwas rauchigeren Stimme, aber ich hoffe, man kann mich trotzdem verstehen.

Heute wird uns der Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien für die Zeit vom Juli 1994 bis Juni 1995 vorgelegt. Von den 3 060 Einzelfällen betrafen etwa zwei Drittel Mädchen und etwa ein Drittel männliche Ratsuchende.

Von der Schwerpunktsetzung und den Problemen her, die da aufgezeigt werden, haben sich, wie ich feststellen konnte, ungefähr 30 Prozent, also etwa 1 050 aller Interventionen, die da stattgefunden haben, mit Rechtsfragen, Obsorge, Besuchsrecht, Vaterschaft, Kindesabnahme, Pflegekind, Besuchsrecht, Wohnen befaßt. Also hier besteht ein ganz besonderer Bedarf an Beratung, Information und Hilfe.

An zweiter Stelle - 586 Fälle - stehen mit rund 20 Prozent Erziehungsprobleme und Fragen der Verstüdigung.

An dritter Stelle stehen - und das ist traurig genug,

weil es vom Problem her natürlich eine ganz arge Sache ist - mit rund 11 Prozent aller Kontakte die Mißhandlungen und der Mißbrauch.

Ich möchte vorausschicken, daß wir es jahrelang, muß ich dazusagen, betrieben haben und es dann zu diesem neuen Gesetz gekommen ist, daß die Kinder- und Jugendanwälte unabhängig agieren können. Waren sie nach dem ersten Gesetz praktisch noch der Magistrat, eine Ausformung des Magistrats, so ist jetzt im Gesetz verankert, daß sie unabhängig und weisungsfrei sind.

Deshalb stimme ich mit der Forderung, die wir schon einige Male erhoben haben und die meine Vorednerin hier geäußert hat, daß nämlich die Kinder- und Jugendanwälte selbst ihren Bericht hier zu präsentieren haben, selbstverständlich überein. Wir erneuern diese Forderung auch.

Es gibt diese Forderung genauso für den Umweltanwalt und für den Patientenanwalt. Ich erinnere mich, daß wir das mit großem Engagement hier im Gemeinderat und im Landtag vor allem verlangt haben und ich eigentlich nirgends Gegenstimmen gehört habe, nur die dazugehörigen verfassungsrechtlichen Bestimmungen sind bis heute nicht geändert.

Ich möchte das in Erinnerung rufen und allen Anwälten, die wir haben, also dem Kinder- und Jugendanwalt, dem Umweltanwalt, der Umweltanwältin, dem Patientenanwalt hier wirklich das Rederecht ermöglichen. (*Beifall bei der ÖVP sowie Beifall der Abg. Ilse-Maria Arié.*)

Die Darlegung durch die Amtsführende Stadträtin kann ein interessanter Diskussionsbeitrag sein, weil natürlich die Forderungen, die die Kinder- und Jugendanwälte erheben, naturgemäß auch Forderungen an die Stadtverwaltung sein müssen und sie ja als Betroffene, die das umzusetzen hat, nicht gleichzeitig auch noch die Forderungen vertreten kann. Also hier ist, glaube ich, eine gewisse Klarheit für die Zukunft zu schaffen.

Ein zweiter Punkt, der mich sehr bewegt, ist, daß wir, glaube ich, schon Maßnahmen setzen sollten, um gerade im Hinblick auf Gewalt, Mißbrauch, aber auch im Hinblick auf verschiedene Erziehungsfragen Angebote zu machen. Es genügt nicht, mit Entsetzen festzustellen, daß das vorkommt - ich lehne das auch ab; es ist wirklich jeder einzelne Fall zuviel, es ist zu bedauern und ist dramatisch, weil wir wissen, wie die Langzeitfolgen hier ausschauen -, ich glaube aber, daß man von der Politik her strukturelle Maßnahmen setzen muß, um so etwas zu verhindern.

Ich glaube, am besten dazu geeignet sind Bildungsmaßnahmen. Ich kann zwar ein strenges Gesetz machen - das gibt es ja an sich -, aber das wird wahrscheinlich nur verschiedentlich nutzen und nicht alles abdecken können. Es ist vielfach auch eine Bildungsfrage. Deshalb glaube ich, daß die Vorarlberger - wieder einmal - ein ganz gutes Modell gefunden haben, in Fortsetzung des Mutter-Kind-Passes, wo es primär um die physische Gesundheit von Mutter und Kind geht,

einen sozialpsychologischen Ansatz zu setzen und eine Fortsetzung zu machen.

Das Land Vorarlberg bietet Vortragsserien mit einschlägigen und sehr guten Fachleuten an, während die Gemeinde die Organisation dieses Bildungsangebotes übernimmt. Für jene, die von fünf angebotenen Bildungsveranstaltungen drei besuchen, wird ein Bonus gegeben, und dieser Bonus wird - so ist das Modell derzeit konkret - in Geld abgegolten. Das sind 500 S, wenn jemand - Eltern, Elternteile, wer immer - drei von fünf Veranstaltungen besucht.

Hier ist, glaube ich, ein Versuch gestartet worden, eben diesen sozialpsychologischen Ansatz fortzusetzen, Bildungsangebote zu machen. Es ist ja manchmal schon auch so, daß nicht alles böse Absicht ist, sondern oft auch große Unwissenheit herrscht und einfach die Tatsache, sich eben mit diesen Fragen nicht beschäftigt zu haben, zu Fehlhandlungen führt.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr, sehr wichtig zu sein scheint, ist die Frage der Familienförderung generell und jener Maßnahmen, die eben rechtzeitig einsetzen sollen, damit Obdachlosigkeit, Delogierung, Kindesabnahme und so weiter erst gar nicht erfolgen müssen. Die Prävention muß, glaube ich, noch stärker ausgebaut werden, um eben dann in der - Anführungszeichen - "Reparatur" nicht so viel machen zu müssen, schon deshalb, weil man dann wahrscheinlich auch nicht mehr so viel machen kann oder viel höhere Kosten hat.

Dazu wird hier aus den Erfahrungen des ersten Jahres eine große Anzahl sehr brauchbarer Vorschläge gemacht.

Also zwei Punkte werden hier schon als Erfolg beschrieben oder zumindest teilweise. Und ich möchte das auch hervorheben, nämlich der Schutz des Wohnrechts für Kinder aus Lebensgemeinschaften - "bereits verwirklicht" steht dabei, und das ist sehr erfreulich.

Und der zweite Punkt: Keine Abschiebung von ausländischen Kindern, die aufgrund von Gewalt in der Familie aus der elterlichen Obsorge genommen wurden, gemeinsam mit den Eltern - "nahezu verwirklicht" steht dabei. Ich wünsche mir auch, daß das Wörtchen "nahezu" im nächsten Bericht dann fehlt.

Ein weiterer Punkt. Die Bauordnung, die hier schon skizziert wurde. Ein Dauerthema, glaube ich, aber es hängt eben damit zusammen, daß es eine kinder- und jugendfreundliche Stadt geben soll, kinder- und jugendfreundliche Lebensbedingungen. Ich möchte sogar sagen, eine menschengerechte und menschenfreundliche Stadt, denn wenn sie nicht kindgerecht ist, ist sie meistens auch nicht altengerecht. Es ist überhaupt nicht menschengerecht, weil eben Kinder und Jugendliche ein wesentlicher Teil unseres Lebens und dieser Stadt sind.

Die vielen Vorschläge für eine verbesserte Jugendpolitik sollten wir besonders ernst nehmen. Auch die Wiener Volkspartei hat ja bei der Diskussion um das Jugendbudget moniert, daß es ein neues Jugendkonzept nicht gibt - noch nicht gibt - und daß es hoch an

der Zeit ist, ein solches zu erarbeiten und sehr bald zu beschließen. Ich glaube, daß wir hier von allen Seiten unterstützt werden, auch von den Kinder- und Jugendanwälten und daß das unbedingt erforderlich ist, weil ich auch wirklich glaube, daß da ein ganz großes Manko besteht.

Die Notschlafstellen. Hier kann ich mir gar nicht vorstellen, daß das ein unlösbares Problem darstellt, wo wir doch verschiedentlich große Häuser haben, die unter Umständen in kleinere Einheiten unterteilt werden könnten und wo auch so etwas vorgesehen sein könnte. Ich glaube schon, daß das von besonderer Bedeutung ist, Kinder in Krisensituationen zumindest kurze Zeit von ihrem Umfeld abschirmen zu können und hier eine Form der Notschlafstelle zu finden.

Die Rechtsfragen, die hier mit der Parteistellung in dem Opferschutzgesetz zusammenhängen, sind natürlich Bundesangelegenheiten und müssen dort eingebracht werden. Ich erwarte mir, daß der Wiener Landtag diesbezüglich eine Initiative ergreift.

Daß unsere Kinder- und Jugendanwälte wirklich unabhängig und weisungsfrei sind, entnehme ich der Offenheit, die Sie im Bericht zum Ausdruck bringen, daß Sie mit der Bürokratie allergrößte Schwierigkeiten haben.

Die Wiener Volkspartei hat sich nie erwartet, daß sie auch auf dieser Ebene für ihre Kampagne "Abbau von Bürokratie" Unterstützung erhält, aber es geht scheinbar an niemandem diese Bürokratie vorbei. Und deshalb kann ich auch hier die Kinder- und Jugendanwälte nur unterstützen in ihrem Bemühen um mehr Flexibilität und weniger Bürokratie. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Besonders betonen möchte ich, daß Öffentlichkeitsarbeit in Zukunft für die Kinder- und Jugendanwälte von besonderer Bedeutung ist, daß jene Gruppen, die diese Einrichtungen besonders brauchen, davon auch wissen. Mit diesen paar hunderttausend Schilling, die jetzt zur Verfügung stehen, wird das allerdings nicht möglich sein. Das muß man ganz offen sagen. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit ist teuer und deshalb müßte man diese Öffentlichkeitsarbeit speziell dotieren.

Ich möchte aber, bevor ich schließe, ganz besonders auch der Kinder- und Jugendanwältin und dem Kinder- und Jugendanwalt für ihre hervorragende Arbeit danken und sie stärken und stützen, in dieser Form fortzusetzen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Arié. Ich erteile es ihr.

Abg. Ilse-Maria Arié (F): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

In den vergangenen Tagen habe ich von PEZZ für Kinder gesprochen - Platz, Erziehung, Zeit und Zuwendung. Und ich habe von der Balance der unterschiedlichen Bedürfnisse gesprochen, die für kleine, große, junge, alte Menschen in dieser Stadt notwendig ist.

Aufgabe der Kinder- und Jugendarbeitschaft ist es auch, für die Einforderung dieser Bedürfnisse einzutreten. Das "P" von PEZZ, Platz für Kinder und Jugendliche bedeutet nicht nur Platz in Kindergarten, Hort oder Schule, sondern es bedeutet Raum, geborgen in der Familie und schrittweises Hineinwachsen in die Freiheit des Erwachsenwerdens zur Eigenverantwortung. Und dieser Raum ist gefährdet und teilweise überhaupt nicht mehr vorhanden.

Aus dem Bericht ersehen wir alle, daß sich die Kinder- und Jugendarbeitschaft hier ganz vehement für die Rechte der Kinder und Jugendlichen einsetzt. Und ich denke, wir alle werden sie dabei voll und ganz unterstützen.

Das "E" von PEZZ bedeutet Erziehung. Und die Kinder- und Jugendarbeitschaft vermittelt bei Konflikten, die da auch sehr oft in Erziehungsfragen, in unterschiedlichen Vorstellungen auftreten.

Wir Freiheitlichen haben seinerzeit ganz bewußt in das Gesetz auch nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten der Kinder hineinreklamiert, weil es eben manchmal erforderlich ist, bei allem Parteiergreifen für die Kinder, darauf hinzuweisen, daß es eben nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gibt, und zwar auf beiden Seiten.

Das "Z" von PEZZ bedeutet Zeit und Zuwendung. Und ich denke, daß Kinder und Jugendliche bei der Kinder- und Jugendarbeitschaft diese Zeit und Zuwendung finden, die sie teilweise woanders leider vermissen müssen.

Und damit komme ich zur Balance der unterschiedlichen Bedürfnisse. Balance bedeutet Gleichgewicht. Wenn wir uns eine Waage vorstellen, dann soll die möglichst im Gleichgewicht sein und nicht die eine Seite so hinunter-, die andere so hinaufgehen. Und damit auf dieser Waage mehr Gewicht auf der Seite der Kinder ist, gibt es eben die Kinder- und Jugendarbeitschaft. Sie ist nötig, das hat sich gezeigt. Sie ist effizient, das hat sich gezeigt. Sie kann aufbauen, und das möchte ich auch dazu sagen: auf die Vorarbeit, die die Kinder- und Jugendarbeitschaft vor Ihnen bereits geleistet hat.

Ich denke, daß all das, was im Bericht aufgezeigt ist, angefangen von den Jugendforen, in den Bezirken nach und nach wirklich von uns in unserer täglichen Arbeit hier im Gemeinderat und Landtag umgesetzt werden muß.

Notwendig ist aber - denke ich - auch die Stärkung der Rechte der Kinder- und Jugendarbeitschaft, nämlich das explizite Rechte auf Akteneinsicht und Parteistellung und die Einladung zu Besprechungen und Angelegenheiten, bei denen die Interessen von Kindern und Jugendlichen massiv betroffen sind.

Und abschließend: Notwendig sind selbstverständlich auch, wenn ich die Kinder- und Jugendarbeitschaft ernst nehmen will, die personellen und finanziellen Ressourcen und auch eine gewisse finanzielle Autonomie. Wenn wir von Öffentlichkeitsarbeit sprechen, dann kann ich mir durchaus vorstellen, daß beispiels-

weise im Rahmen aller Dinge, die im Verein "Jugendzentren" oder Verein "Jugendkreis" publiziert werden, durchaus ein Hinweis auf die Rufnummer der Kinder- und Jugendanwaltschaft und eine Art Werbung untergebracht werden kann, ohne daß dadurch auch nur ein einziger Groschen mehr ausgegeben werden muß. Ich denke, daß auch die Kinder- und Jugendanwaltschaft in ihren ureigensten persönlichen Anliegen bestärkt und berücksichtigt werden muß.

Und wir Freiheitlichen danken sowohl der Kinder- und Jugendanwaltschaft als auch deren Team und wünschen weiterhin viel Erfolg. (*Beifall bei den F.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Mag. Lapp. Ich ertheile es ihr.

Abg. Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sehr geehrte Jugendanwälte! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Lobeshymnen, die die Vertreterinnen vor mir abgegeben haben, können ja durch meine Wenigkeit fast gar nicht mehr verstärkt werden, aber ich glaube, daß die Kinder- und Jugendanwälte heute hier von dieser Sitzung mit einem starken Gefühl und vor allem auch mit einer Unterstützung weiterhin an ihre Tätigkeit gehen. Wie sie auch in dem Bericht gezeigt haben, daß sie Kraft, Einsatz und Qualifikation haben.

Und Frau Jerusalem, wenn Sie meinen, wir haben Parteibuchwirtschaft oder Freunderwirtschaft, wie das so in den letzten Tagen angeklungen ist, dann weiß ich nicht, dann fällt mir eher der Satz ein, wie der Schelm denkt, so ist er. (*Abg. Susanne Jerusalem: Soll ich es Ihnen heute noch einmal erklären? Ich sage es gerne noch einmal.*)

Ich glaube, daß das Hearing (*Beifall bei der SPÖ*), als wir die Kinder- und Jugendanwälte vor eineinhalb Jahren bestellt haben, ein sehr interessantes Erlebnis war, weil wir verschiedene Persönlichkeiten aus unserer Stadt vor Augen hatten und weil wir nach gutem Gewissen, die Besten aus diesen verschiedenen Bewerbern ausgewählt haben und jetzt auch in diesem Bericht die Bestätigung sehen.

Eine Aufforderung möchte ich an die hier vertretenen Politikerinnen und Politiker richten. Es ist die Aufforderung, daß wir auch gemeinsam versuchen, die Stellung der Kinder in dieser Stadt mehr ins Augenmerk zu fassen. Was meine ich damit? Frau Jerusalem spricht davon, daß es zum Beispiel selbstverständlich sein sollte, daß Fußballkäfige erhalten bleiben. Mir ist ein Fall in Simmering bekannt, wo es einen Fußballkäfig in einer Wohnhausanlage gibt und wo sich die Mieter im Rahmen ihres Mitspracherechts - das ein sehr wichtiges ist - gegen diesen Fußballkäfig aussprechen. Ich glaube, daß es hier die Kraft und den Einsatz aller Politikerinnen und Politiker in dieser Stadt bedarf, um vor allem mit erwachsenen Menschen in dieser Stadt so zu sprechen, mit diesen Menschen, die die Kinder mehr oder weniger als Anhängsel betrachten oder als halbe Erwachsene oder als Stöpsel oder

wie auch immer, ein gesellschaftliches Klima schaffen zu können, wo Kinder als gleichberechtigte Partner und Partnerinnen anerkannt werden.

Ich richte da wirklich die Aufforderung an Sie alle, denn es ist sehr leicht hier von diesem Rednerpult aus zu sprechen: wir treten für die Kinder ein und das muß selbstverständlich sein, und dann vor Ort fehlt eine Auseinandersetzung mit den Menschen und die gesellschaftliche Einstellung sehr vieler Erwachsener in dieser Stadt bleibt die gleiche. Sonntagsreden vom Rednerpult sind sehr einfach, gehen wir auch zu den Erwachsenen und zu den Menschen auf den Straßen, damit wir auch hier in der Gesellschaft eine wirkliche Veränderung des Klimas herbeiführen, die uns glaube ich, allen in unserer Stadt hilft! (*Beifall bei der SPÖ*.)

Ich möchte mich recht herzlich für den Bericht bedanken, ist er doch eine kompakte Unterlage und Grundlage für mein politisches Handeln und sicher auch für das politische Handeln aller hier vertretenen Personen. Ich möchte zwei Punkte herausgreifen, die sich für mich unter neuen Aspekten dargestellt haben, und zwar war das der Begriff der gemeinsamen Obsorge. Bis jetzt ist ja immer in den Medien die gemeinsame Obsorge fast als ein Allheilmittel verkauft worden. Damit man Kindern helfen kann, wenn beide Elternteile das Sorgerecht und gemeinsame Obsorge haben, daß sie dabei nicht in einen Zwiespalt geraten. Zumindest habe ich das so in den Medien gelesen. Vielleicht meinen Sie, ich bin naiv, aber ich glaube, der Hinweis im Bericht der Kinderanwälte darauf, daß dann die Kinder unter einem doppelten bis dreifachen Druck stehen, den sie gar nicht aushalten können, weil sie dann noch mehr zum Spielball zwischen den Elternteilen werden, ist enorm wichtig. Dieser gemeinsame Druck muß irgendwie aufgelöst werden, und man kann sich nicht darüber hinwegsetzen, indem man sagt, das gilt für alle Leute, alle werden über einen Kamm geschoren, die gemeinsame Obsorge wäre das Allheilmittel.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß wir den Erwachsenen in dieser Stadt, den Eltern und auch jenen, die mit der Kindererziehung in dieser Stadt zu tun haben, daß wir ihnen auch Hilfe mit auf den Weg geben. Zum Beispiel bei der gemeinsamen Obsorge möchte ich nur auf die Familienberatungsstellen und Erziehungsberatungsstellen in unserer Stadt hinweisen, daß diese verstärkt angeboten, dargelegt werden, damit die Menschen nicht alleingelassen sind - manchmal in ihrer Unwissenheit, manchmal auch in ihrer Verbohrtheit, damit dann durch Gespräche eine andere Einstellung auch zustande kommen kann.

Der Bericht zeigt auch auf - und es ist eine "No na"- Frage -, daß Kinder Mitspracherecht brauchen, ein sehr vehementes Mitspracherecht. Ich denke, daß wir da jetzt - das ist wahrscheinlich auch ein doppelter Sinn der Worte - noch in den Kinderschuh stecken beim Mitspracherecht für Kinder. Aber ich glaube, daß die Schuhe mit den Kindern und mit der gesellschaftlichen Einstellung wachsen werden. Meine

Vision ist - vielleicht kann ich das noch erleben -, daß Kinder ganz bestimmt mitsprechen, mitgestalten können in dieser Stadt.

Wenn die Frau Kollegin Jerusalem meint, Kinder haben überhaupt nichts zu sagen in dieser Stadt, dann möchte ich ihr nur zwei Beispiele nennen. Es ist natürlich so, daß ich jetzt nicht den Standpunkt oder die Polarisierung herstellen will, Kinder können mitsprechen und haben jegliche Mitspracherechte. Soweit ich informiert bin, gibt es zum Beispiel einen Spielplatz im 9. Bezirk, wo Kinder, Eltern, Frauen, Mütter, Anrainer an der Gestaltung des Spielplatzes teilnehmen konnten, vielleicht gibt es das auch in anderen Bezirken, vom 9. Bezirk weiß ich es.

Eine sehr wichtige Forderung beim Jungen Gemeinderat war die Verlängerung des Nachtautobusses. Seit Ende Oktober haben wir den Nachtautobus in dieser Stadt. Also daß Kinder in unserer Stadt nichts zu sagen haben, ist meiner Meinung nach ein sehr leichtfertiges Anprangern und ein Schlechtmachen der Errungenschaften, die wir für die Kinder in unserer Stadt durchsetzen konnten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ein sehr heikles Thema, das auch großes Hauptaugenmerk in der Arbeit der Kinder- und Jugendanwälte dargestellt hat, war die Frage von Gewalt und Mißbrauch. In der vergangenen Zeit wurden die Kinder- und Jugendanwälte von Wien als Experten zu verschiedenen Sendungen, vor allem "Ö3-Freizeichen", aber auch noch zu einer anderen Radiosendung, zugezogen, wofür ich mich wirklich recht herzlich bedanken will. Anfangs habe ich mir gedacht, das ist ein sehr zweischneidiges Schwert und wie wird das ausschauen, wie kommen da die Kinder weg, aber im Gegen teil, sie haben bewiesen, daß Einfühlungskraft zu ihren Stärken gehört und daß dadurch auch die Kinder gestärkt werden, die solchen Übergriffen ausgesetzt sind, und dafür bedanke ich mich recht herzlich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Frau StRin. Hampel-Fuchs hat gemeint - aber vielleicht war das nur ein Aspekt - ich sehe das eher als einen Aspekt -, daß die Anwendung von Gewalt und der Mißbrauch von Kindern eine Bildungsfrage ist. Jetzt verstehe ich das nicht ganz, denn soweit mir bekannt ist, zieht sich das quer durch alle soziale Schichten. Ich habe auch ein Buch gelesen, das heißt "Im Kinderzimmer" von Frances Fyfield, wo ein Kind einer yuppiemäßigen Familie verwahrlost ist und psychisch mißbraucht wird.

Ich glaube, daß man sich nicht nur auf die Bildungsfrage und auf einen Gutscheinerwerb oder auf das Sammeln von Bons zurückziehen kann, sondern daß wir da auf verschiedenen Ebenen in der Gesellschaft ansetzen müssen. Zum Beispiel die sogenannten Multiplikatoren, also jene Leute, die mit der Kindererziehung, die mit den Kindern hauptberuflich zu tun haben, stärken und versuchen, ihnen ein sensibles Ge spür zu geben, wenn bei einem Kind etwas anders ausschaut oder wenn ein Kind auf einmal auffällig wird, wo da die Gründe liegen.

Bei dieser Arbeit ist man einem Tabuthema ausgesetzt, das bei vielen Leuten eher dazu führt, darüber hinwegzusehen, zu verschweigen und zu vertuschen. Nachher sagt man dann, na ja das haben wir ohnehin gewußt, aber getan hat niemand etwas. Wir müssen versuchen, allen in unserer Stadt, die mit Kindern zu tun haben, aber auch all jenen, die sensibel bei Kindern reagieren, Handlungsanleitungen zur Verfügung zu stellen, sie zu unterstützen und vor allem zu Zivilcourage zu ermutigen. Auch daß man Anlaufstellen wie die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat, sind meiner Meinung nach sehr wichtige Ansätze, die aber erst im Laufe einiger Zeit greifen werden und wo wir wirklich - glaube ich - effizient und effektiv, wie das Frau Jerusalem immer so schön formuliert, diese Mißbildungen in unserer Gesellschaft bekämpfen müssen.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft sieht sich als Vertreterin einer Querschnittspolitik, die quer durch alle Lebensbereiche und die auch quer durch den gesamten Magistrat geht. Bei dieser Querschnittspolitik möchte ich Sie gerne unterstützen und Ihnen auch weiterhin die Kraft wünschen, weil ich mir vorstellen kann, daß das manchmal das Bohren sehr dicker Bretter ist, aber ich glaube, daß wir auch auf Erfolge hinweisen können. Zum Beispiel, daß die Mietverträge für Ehe- und Lebensgemeinschaften so geändert wurden, daß eben jener Elternteil in der Wohnung bleiben kann, der die Kinder hat. Das ist meiner Meinung nach ein sehr wichtiger Beitrag. Aber auch - das wäre wieder ein Beispiel dafür, daß Jugendliche sehr wohl etwas zu reden haben in unserer Stadt -, daß die Vormerkungen für Gemeindewohnungen schon ab dem 17. Lebensjahr angenommen werden.

Ich bedanke mich recht herzlich bei den Kinder- und Jugendanwälten und bei den Vertreterinnen der Oppositionsparteien und wünsche, daß wir alle gemeinsam die Kraft haben, ein solches gesellschaftliches Klima zu schaffen, indem Kinder mitreden und sich einmischen können. Ich bedanke mich auch bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft, daß sie sich derzeit für die Kinder in unserer Stadt einmischt und mitredet, und ich wünsche Ihnen, hören Sie nicht auf mitzumischen, denn das ist eine gute Mischung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Es gibt kein Schlußwort bei der Vorlage dieses Berichts.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Bericht zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Beschuß- und Resolutionsantrag der Frau Abg. Jerusalem. Es wurde die Zuweisung dieses Antrags, betreffend das Rederecht für die Kinder- und Jugendanwälte, an das zuständige Mitglied der Landesregierung beantragt.

Wer mit dieser Zuweisung einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Postnummer 2 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird.

Der Berichterstatter hiezu ist Herr Amtsf. StR. Dr. Swoboda. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf Ihnen heute eine Novellierung der Wiener Bauordnung vorschlagen und zur Kenntnis bringen und bitte um Ihre Zustimmung.

Diese Novellierung der Wiener Bauordnung ist durch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes notwendig geworden, und es ist erforderlich, dieses Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes jetzt und rasch umzusetzen und nicht zu warten, bis die große Bauordnungsreform im Frühjahr des nächsten Jahres kommt, und zwar vor allem deshalb, weil ja klar ist, daß aufgrund des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes alle Plandokumente, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten entschieden worden sind - das sind etwa 2 500 bis 3 000 Dokumente -, auf ihre Gesetzeskonformität zu überprüfen sind. Diese Überprüfung hat im wesentlichen bis zum 1. September 1996 zu erfolgen, sonst würde über alle nicht überprüften Bereiche automatisch die Bausperre in Kraft treten und die Bautätigkeit ab dem 1. September des nächsten Jahres müßte praktisch in Wien eingestellt werden.

In diesem Sinn ist daher Eile geboten. Ich möchte aber hinzufügen, daß diese Entscheidung - und ich hoffe, daß aufgrund des vorzubringenden Abänderungsantrages die Entscheidung möglichst breit gefaßt werden kann - natürlich nur einen Prozeß einleitet, wo insgesamt die Wiener Bauordnung zu einem Wiener Stadtentwicklungs- und Baugesetz erweitert werden soll, weil in Zukunft wesentliche stadtplanerische Überlegungen in die Bauordnung einfließen müssen.

Das ist ja auch der Gesamtsinn und die Gesamtauffassung des Verfassungsgerichtshofes, und in diesem Sinn bitte ich um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf, und in diesem Sinn darf ich nochmals hier eindeutig klarstellen, daß die Änderung der Wiener Bauordnung nicht im formellen, aber im materiellen Sinn, im Sinne einer Neufassung, die von mir ja schon mehrmals angesprochen worden ist, im Frühjahr nächsten Jahres erfolgen wird. Ich darf hier auch nochmals alle Fraktionen bitten, in den vorbereitenden Gesprächen und natürlich dann auch im Bereich der Kommission oder des Unterausschusses, des Planungsausschusses mitzuarbeiten.

In diesem Sinn bitte ich um Annahme des vorliegenden Gesetzesentwurfes.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen

diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall, ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Kenesei. Ich ertheile es ihm.

Abg. Günter Kenesei (*GRÜNE*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr StR. Swoboda hat in der Einleitung oder in der Begründung bereits klargelegt, worum es geht. Aufgrund eines höchstgerichtlichen Urteils besteht, um überhaupt Planungsaufgaben, die durchaus der Gemeinderat wahrnehmen sollte, ordnungsgemäß fortzuführen, die Notwendigkeit, den § 1 der Bauordnung für Wien dahin gehend abzuändern oder neu zu fassen, daß eben diese Planungsaufgaben auch wahrgenommen werden können.

Ich möchte nur ganz kurz in diesem Zusammenhang auf die Diskussion hinweisen, die im Arbeitsausschuß, oder im Arbeitskreis stattgefunden hat, weil man dort gesehen hat, daß - und das ist ein Thema, das wir ja schon oft diskutiert und angerissen haben -, wenn man versucht, im Gespräch und in der Diskussion zu einer Konsenslösung zu kommen, es im Normalfall durchaus auch gelingt, diesen Konsens und diese Lösungen zustande zu bringen.

Wir werden noch sehr viel diskutieren hinsichtlich der gesamten Paragraphen und des Paragraphenwerks der Wiener Bauordnung, aber im Bereich dieses § 1, der das Wesen und die Grundlagen für die Wiener Bauordnung klarlegt, hat es aufgrund dieser Diskussion doch Konsens gegeben, und man ist gemeinsam auch noch zu Ergänzungen und Erläuterungen gekommen, die ja, glaube ich, dann auch Herr Kollege Riedler im Zuge eines Abänderungsantrages hier einbringen wird.

Für uns ist es auch wichtig, daß hier klar und deutlich festgehalten wird, daß die Stadtplanung ein wesentliches Kriterium darstellt, die Stadt auch ökologisch verträglich zu gestalten beziehungsweise mit den Ressourcen der Stadt dementsprechend schonend umzugehen. Auch das wurde hier - zumindest in der Texierung und in der Formulierung - so festgehalten. Man wird dann in der Praxis sehen, inwieweit tatsächlich der eine oder andere Flächenwidmungsplan oder die Planungsgrundlagen sich an diese Ideen, die hier formuliert sind, halten.

Aufgrund der Diskussion wurde auch für eine angemessene Land- und Forstwirtschaft Vorsorge getroffen. Denn es gehört zum Wesen der Stadt, und gerade zu Wien, daß wir eine funktionierende Landwirtschaft haben.

Weiters trachten wir in einem Bereich, der direkt mit der Demokratisierung und Verbesserung des Umgangs mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern zusammenhängt, Möglichkeiten zu schaffen, die Mitwirkung bei der Gestaltung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes zu intensivieren.

Auch hier ergeht die Aufforderung mehr oder weniger aufgrund der Gesetzeslage und aufgrund der Be-

schlußlage, intensiver auch an die Öffentlichkeit heranzugehen und diese einzuladen, an der Gestaltung und an der Entstehung eines Flächenwidmungsplans mitzuwirken.

Ich glaube - und das wird in einem Beschuß- und Resolutionsantrag dann auch noch zum Ausdruck kommen, daß es notwendig ist, hier die Bezirke intensiver einzubinden als bis jetzt, in vielen Gesprächen, die sicherlich notwendig sind, wirklich auch die Weite der Bezirksvertretung einzubinden und nicht nur die einzelnen Bezirksvorsteher, denn hier wird die Diskussion über alle Fraktionen hinweg sicherlich nur guttun können, um zu einer meist, wenn es notwendig ist, Konsenslösung, aber dann auch zu einer in der Diskussion gefundenen Lösung zu kommen.

Ich glaube, daß wir uns zumindest mit den Grundlagen dieses § 1 und deren Neufassung auf dem richtigen Weg befinden, zu einer Bauordnung in Wien zu kommen, mit der sowohl umgegangen werden kann, die Planungsgrundlagen erarbeitet werden können und gleichzeitig - und das ist das Wesentliche - im Bereich der Demokratisierung, der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und der Bezirke ein wesentlicher Schritt gemacht wird.

Wir werden selbstverständlich dieser Novellierung zustimmen. Ich hoffe aber - und das ist eine Bitte, die ich in dieser Richtung habe -, daß die Gespräche so weiterlaufen, wie wir sie gehabt haben bei der Diskussion zum § 1, in diesem Arbeitskreis, daß wir wirklich konzentriert und mit den notwendigen Unterlagen versorgt, in die Diskussion gehen können. Ich glaube, daß wir dann, auch wenn Zeitdruck ist und wir uns einen straffen Zeitplan vorgenommen haben, Möglichkeiten haben, eine ordnungsgemäße, eine funktionierende und für alle Seiten befriedigende Lösung bei der Wiener Bauordnung zustande zu bringen.

Ich danke vorerst einmal den Beamten, die das jetzt ausgearbeitet haben gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Arbeitskreis. Ich glaube, daß wir hier durchaus eine sinnvolle und klar Maßnahme setzen, wenn wir das heute beschließen.
(Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Dipl.-Ing. Dr. Rothauer. Ich erteile es ihr.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Herlinde Rothauer (ÖVP): Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch wir stimmen heute dieser Novellierung der §§ 1 und 2 zu, wenngleich es nach unserer ersten Ablehnung des Entwurfes eine riesige Aufregung gegeben hat. Wir haben das allerdings dann in der Debatte im Ausschuß und dann in der inhaltlichen Diskussion im Unterausschuß ausräumen können, einerseits durch Aufklärung eines Mißverständnisses und andererseits durch inhaltliche Veränderungen gegenüber dem Erstentwurf.

Zuerst zum Mißverständnis: Ich meine, wir betrachten die heute vorliegende Novelle quasi als eine

Vorausnovellierung, als einen formal notwendigen Schritt, ungeachtet dessen, daß wir uns natürlich von unseren Parteiengesprächen zur Neufassung der Bauordnung darüber hinaus mehr erwarten.

Es ist bekannt, daß wir die Erwartung an die neue Bauordnung verknüpfen mit einer Deregulierung, daß daraus ein bürgerfreundliches Instrument wird, auch geeignet zum Bürokratieabbau, und daß es benutzerfreundlich gestaltet wird.

Wir haben schon in einer Anfragebeantwortung heute früh festgestellt, daß viele Bürger mit der Neufassung oder mit der Flut der Gesetze, die wir jetzt haben, nicht viel anzufangen wissen. Da bin ich sehr zuversichtlich, weil Sie, Herr StR. Swoboda, in der Zeitung angekündigt haben, daß Sie auch eine kleine Broschüre herausgeben werden, betreffend die neue Bauordnung, und einen Leitfaden den Bürgern mitgeben für unbürokratische Behördenwege. Das geht meiner Meinung nach genau in die Richtung, die wir meinen.

Wir haben auch noch ein Anliegen an dieses Instrument, nämlich daß es keine Einschränkung für die Bezirksvertretungsrechte gibt, im Sinne des Kampfes der ÖVP für mehr Bezirksautonomie und für mehr Bezirkskompetenzen.

Das war auch einer der inhaltlichen Konfliktpunkte, die wir bei diesem Entwurf ausgetragen haben. Es ist jetzt ein vorläufiger gemeinsamer Nenner gefunden worden, daher auch unsere Zustimmung heute. Wenngleich ich schon dazusagen muß, daß mit der Formulierung, die wir hier gefunden haben, diese "Bezirkskonflikte", wie ich sie jetzt einmal bezeichnen möchte, einstweilen nur vertagt sind. Denn es ist die Formulierung so gewählt, daß der Magistrat beauftragt wird, dazu Vorschläge auszuarbeiten.

So, worauf kommt es der ÖVP nun an? Wir betrachten diese Novellierung unter dem Zwang der Umstände als ersten Schritt oder als notwendigen vorläufigen Schritt und meinen, daß wir in diesem Unterausschuß, wo wir die Gesamtneovellierung der Bauordnung behandeln, schon noch sehr eingehend über den Abschnitt 1, Stadtplanung insgesamt, zu diskutieren haben, von dem wir uns vielleicht etwas mehr erwarten als das jetzt unter dem Zeitdruck Entstandene.

Wir haben uns vorgenommen, dies in der Unterausschusssitzung am 6. Dezember, also in wenigen Tagen zu behandeln, und ich will die Gelegenheit hier am Podium nicht vorübergehen lassen, um zu appellieren, daß wir für diese Sitzung die Unterlagen rechtzeitig bekommen. Wir haben nur mehr wenige Tage Zeit und es ist äußerst bedauerlich, wenn wir einen Diskussionsgegenstand in einer Sitzung haben, über eine Materie, die wir noch nicht kennen. Denn da kann man sich vorstellen, wie das Ergebnis aussieht beziehungsweise daß das noch einmal vertagt werden muß.

Das zweite Wesentliche ist für uns die Frage des Umganges mit den Bezirksrechten. Es war zunächst der Diskussionsgegenstand: Kann man verfassungs-

rechtlich einwandfrei "wesentlich", "unwesentlich" determinieren? Daher hat man sich jetzt einmal geeinigt, daß die Beschußfassung über unwesentliche Flächenwidmungsplanänderungen in der Bezirksvertretung aus dem § 1 ausgeklammert wird.

Wir erwarten uns aber und wir verlangen auch von der Neufassung der Bauordnung, daß damit keine Schlechterstellung der Bezirke mit der Neugestaltung einhergeht und daß wir zudem eine Möglichkeit finden, daß die Verfahrensabläufe beschleunigt werden. Abgesehen von dem Vorteil der Bezirkautonomie bei den unwesentlichen Abänderungen sind diese gegenüber allen anderen Plandokumentbeschlüssen wesentlich rascher über die Bühne gegangen.

Ich erwarte mir, daß wir hier eine Möglichkeit finden, daß nicht nur die Unwesentlichen künftig ebenso rasch gehen, wie sie bisher gegangen sind, sondern insgesamt beim Verfahrensablauf zur Flächenwidmungsplanänderung oder zur Neufassung ein rascherer Ablauf gefunden wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir hatten noch einen zweiten Konfliktpunkt in dem vorliegenden Entwurf, wo wir eine Möglichkeit gefunden haben, uns auf einen gemeinsamen Nenner zu einigen, und zwar hinsichtlich der Veröffentlichung in bürgerfreundlicher Art und Weise. Formalrechtlich teile ich den Standpunkt, daß wir jetzt bei einem Mindeststandard, nämlich Veröffentlichung und Kundmachung in den offiziellen Organen des Amtesblattes, verbleiben. Wir haben dazu die Formulierung gefunden, daß das formalrechtlich notwendig und ausreichend ist. Darüber hinaus soll die Bevölkerung des betroffenen Plangebietes in geeigneter Weise über die Auflegung informiert werden.

Ich hoffe, daß wir alle darunter auch bürgerfreundlich verstehen, und zwar so, daß der Bürger auch selbst damit etwas anfangen kann. Wir haben im Unterausschuß darüber diskutiert: Soll man das per Post an die Haushalte schicken oder wie könnte das sein?

Ich meine, daß man darüber noch diskutieren muß. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß man das in Form einer Kurzinformation an die Haushalte schickt oder austrägt. (*Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Sie bekommen es jetzt geschickt!*) Ja, Herr Stadtrat, nicht in allen Fällen, aber ich darf auch auf das Beispiel der Kammer verweisen. (*Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Was ist das?*)

Wir machen auch Informationsblätter mit einem Planabdruck und schicken das per Post an die gemeldeten Mitglieder, man könnte es eventuell auch in den betroffenen Häusern anschlagen. Aber nachdem ich sehe, Herr Stadtrat, daß Sie in dieser Richtung auch schon arbeiten, glaube und hoffe ich, daß wir uns hier einigen können. - So weit zur Bauordnung, meine Damen und Herren.

Gestatten Sie mir abschließend nur noch ein Wort zu dem Beschuß- und Resolutionsantrag, der heute von den Abgen. Riedler, Svoboda, Honay und Genossinnen eingebbracht wird, betreffend Regionalkonferenz für Wien, Niederösterreich und Burgenland.

Selbstverständlich sind wir dafür, es freut uns, denn ich glaube, aus meinem Debattenbeitrag zur Geschäftsgruppe Stadtplanung ist eindeutig hervorgegangen, daß wir in diese Richtung plädiert haben. Ich habe mich nur ein wenig - das kann ich schon offen sagen - darüber belustigt, daß, obwohl Sie, Herr StR. Svoboda, die Urheberschaft über dieses Gedankengut anlässlich meines Debattenbeitrages für sich reklamiert haben, Sie jetzt quasi von den eigenen Genossen aufgefordert, nein, ersucht werden, in diese Richtung tätig zu werden. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Ingrid Smajkal: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Prinz. Ich erteile es ihm.

Abg. Walter Prinz (F): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Es ist immer sehr bezeichnend für die Vorgangsweise, wenn man einen Antrag, der eingebracht wird, knapp vor der Wortmeldung, noch dazu von fremder Seite, präsentiert bekommt, aber es geht jetzt nicht um diesen 4-Parteien-Antrag, der dann vom Kollegen Riedler eingebracht wird.

Es ist schon davon gesprochen worden, daß im Unterausschuß, aus dem dieser 4-Parteien-Antrag letztendlich resultiert, ein gutes Arbeitsklima herrscht und die Fraktionsbeschimpfung, wie sie ja immer wieder da in diesem Hause stattfindet, nicht vorkommt, und ich hoffe, daß es dabei bleibt.

Was etwas zu Kritik Anlaß gibt - Frau Kollegin Rothauer hat es auch schon angesprochen -, ist die Vorlage der notwendigen Unterlagen, die verspätet oder nicht immer zum erforderlichen Zeitpunkt kommen, aber das kann sich auch ändern, wir stehen ja praktisch erst am Beginn der Beratungen. Und es hat mich auch gefreut, daß Herr StR. Svoboda eine Vorgangsweise nicht akzeptiert und darüber eindeutig im Planungsausschuß seine Äußerung gemacht hat, nämlich daß an diesem Unterausschuß, der die Bauordnungsnovelle vorbereiten soll, irgendwelche Gesetzesvorlagen vorbeigeändert werden.

Das ist aber in einem Fall passiert, es gibt ja, ich habe das auch schon angesprochen, hier im Gemeinderat eine Novelle zum Garagengesetz, gehört ja auch zur Bauordnung, die sich in Begutachtung befindet und sich damit auseinandersetzt oder Änderungen vorschlägt, wonach in Zukunft die Errichtung von Bauvorhaben ohne Schaffung von Stellplätzen möglich sein soll.

Ich glaube, daß diese Gesetzesvorlage in dieser Form, wie sie derzeit im Umlauf ist, äußerst problematisch ist, denn was soll da passieren? Es soll bei Neubauten eine Möglichkeit geschaffen werden, daß in Fällen, wo zwei Drittel der zukünftigen Bewohner erklären, auf ihr Auto verzichten zu wollen, die Schaffung der Stellplätze nachgesehen wird und auch keine Ausgleichsabgabe vorgeschrieben werden soll.

Auf der anderen Seite wird aber in diesem Gesetz oder Gesetzesvorschlag in Zukunft die Ausgleichsab-

gabe in Fällen, wo man Stellplätze nicht errichtet, von 80 000 auf 250 000 Schilling angehoben. Ich sehe das schon ein, daß es viele Bauherren gibt oder es jedem Bauherrn recht ist, wenn er dem Zwang der Stellplatzschaffung entkommen kann, aber wir dürfen nicht übersehen, welche Probleme ein derartiges Gesetz mit sich bringen würde. Denn wer kann vor Baubeginn dann tatsächlich auf Dauer garantieren, daß dieser Autoverzicht auch eingehalten wird? Wer kann den Mieter oder Wohnungsinhaber die Anschaffung eines PKW verbieten? Wer soll die Verzichtserklärungen auf Dauer überprüfen, und schlußendlich welche Sanktionen gibt es, wenn diese Vorgaben nicht eingehalten werden? Das sind viele Fragen, die eigentlich mit dem Gleichheitsgrundsatz überhaupt nicht vereinbar sind, und ich glaube, diese Novelle zum Garagen gesetz muß wirklich aus dem Verkehr gezogen werden, denn in dieser Form kann sie sicher nicht zum Gesetz werden.

Wir haben aber heute die Beschußfassung des § 1 abzuwickeln. Das ist schon angesprochen worden, Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof. Der § 1 ist sozusagen der Katalog der Planungsziele für die Stadtplanung. Es hat einige Änderungen zum Amtsvorschlag im Ausschuß gegeben, die ich sehr begrüße. Dieses Thema ist auch schon angesprochen worden. Der Gewässerschutz, der jetzt fortgeschrieben wird, scheint mir sehr wichtig.

Damit ist die Alte Donau endgültig sozusagen sichergestellt, es sind aber auch die anderen Gewässer gesichert, wo es dort oder da in der Vergangenheit Schwierigkeiten gegeben hat. Das soll mit diesem Gesetz nunmehr nicht mehr vorkommen. Es wird auch die Information der Anrainer im Flächenwidmungsverfahren angesprochen und verbessert und einiges anderes mehr.

Besonders wichtig ist der 4-Parteien-Antrag, der die Stellung der Bezirke in Zukunft im Flächenwidmungsverfahren bedeutend stärken soll. Dieser Punkt ist heute auch schon von den Vorrednern genannt worden.

Einerseits wird die Kompetenz der Bezirke im Flächenwidmungsverfahren bei unwesentlichen Änderungen in Zukunft nicht mehr gegeben sein, aber auf der anderen Seite, sagen wir jetzt, in diesem 4-Parteien-Antrag ganz eindeutig - und da verstehe ich eigentlich Frau Kollegin Rothauer nicht -, daß wir wollen, daß die Bauordnung so festgeschrieben wird, daß in Zukunft den Bezirksvertretungen mehr Mitspracherechte und Mitgestaltungsmöglichkeiten als bisher im Flächenwidmungsverfahren eingeräumt werden.

Ich glaube, das ist wirklich ein historischer Akt, daß tatsächlich die Bezirksvertretungen in ihrem Selbstbestimmungsrecht, wenn ich so sagen darf, wesentlich gestärkt werden. Dabei fällt mir bitte eines schon auf: daß diese Entwicklung - unwesentliche Flächenwidmungsänderungen können in den Bezirksvertretungen nicht mehr beschlossen werden, andererseits besteht hier von uns jetzt im Unterausschuß und

im Gemeinderat Übereinstimmung, die Wichtigkeit und die Wertigkeit der Bezirksvertretungen im Flächenwidmungsverfahren zu verbessern -, daß diese Initiativen an den Bezirkvorstehern spurlos vorübergehen. Ich meine, ich verstehe das schon, daß die sozialdemokratischen Bezirkvorsteher sich da verlassen auf ihre Kollegen im Gemeinderat, die werden das schon so machen, daß die Bezirkvorsteher in Zukunft eben ihre Möglichkeiten haben, wie bisher und auf einer Linie mit dem Rathaus liegen.

Nur ein einziger übrigens aus dem SPÖ-Lager, ein einziger Bezirkvorsteher hat sich zu Wort gemeldet und gesagt, es ist wirklich nicht möglich, daß man die Rechte der Bezirke beschränkt, und er besteht darauf, daß Verbesserungen kommen.

Von der ÖVP-Seite bitte und das ist das Erstaunliche ... (Abg. Ing. Karl Svoboda: Das stimmt nicht!) Warum schütteln Sie den Kopf, Herr Kollege? (Abg. Ing. Karl Svoboda: Weil es nicht einer ist, sondern insgesamt in der Gruppe Überlegungen waren!) Ja, aber das ist nicht schriftlich dargestellt worden. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Es mag schon so sein, aber ich möchte das nicht so im Raum stehenlassen!) Also damit es keine Mißverständnisse gibt: Im Akt sind alle schriftlichen Stellungnahmen. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Das ist richtig!) Der Herr Bezirkvorsteher Hohenberger vom 3. Bezirk hat sich eindeutig gegen diese von uns jetzt veränderte Vorgangsweise, gegen die ursprüngliche Vorgangsweise ausgesprochen.

Wir geben ihm jetzt sozusagen Hilfestellung. Von den Bezirkvorstehern der ÖVP haben sich zwei gemeldet. Das verstehe ich gar nicht. Die dürften anscheinend überhaupt die Entwicklung verschlafen haben. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Herlinde Rothauer: Sie haben mit uns Kontakt gehabt. Sie haben uns vertraut!)

Aber ich habe einen dieser beiden Bezirkvorsteher, die sich gemeldet haben gefragt, wieso da eigentlich kein Echo aus ihrem Lager kommt. Darauf hat er geantwortet: "Ich habe mich ohnehin gemeldet, was die Kollegen machen, weiß ich nicht, aber mich hat es auch gewundert." Kurz und gut, es ist halt so. Die einen nehmen das alles sehr ernst, andere wieder weniger. Aber es wird ja der Gemeinderat dafür sorgen, daß die Bezirksvertretungen mit diesem Beschuß heute wirklich einmal in eine wichtige Position bei den Flächenwidmungsverfahren kommen.

Und ich habe jetzt auch ein Anliegen, das in Zukunft sicher auch in diesem Unterausschuß noch zu besprechen sein wird, daß die von StR. Swoboda nunmehr angekündigten Freiraumplanungsüberlegungen im Zuge der Flächenwidmungsänderungen auch in der Bauordnung festgeschrieben und auch bei den Flächenwidmungsverfahren sozusagen verbindlich gemacht werden.

Ich weise immer wieder darauf hin, auch bei den Grünwidmungen in Zukunft eine Kategorie einzuführen, wonach Hofüberplattungen in einzelnen Fällen, wo die Höfe nicht grün gestaltet sind, mit einer Widmung zu versehen sind, die derartiges zuläßt oder vorgibt.

Das wird auch im Unterausschuß zu behandeln sein, und ich hoffe, daß wir da auch zu einer einvernehmlichen Lösung kommen.

Ich komme schon zum Schluß. Selbstverständlich wird es nicht genügen, bei den zukünftigen Verhandlungen nur bei den Verfahrensfragen der Bauordnung Reformen und Vereinfachungen vorzunehmen. Es wird unbedingt notwendig sein, die sonstigen technischen und rechtlichen Bestimmungen der Bauordnung gründlich zu durchforsten und folgende Ziele zu verfolgen - ich darf das noch einmal stichwortartig anführen -:

Sicherheit von Personen und Sachen,
Wahrung der Lebensqualität,
Gestaltungsfreiheit und
Wahrung der Anrainerrechte.

Bei allen anderen Bereichen der Wiener Bauordnung sind unserer Meinung nach die Rotstifte rigoros anzusetzen. (*Beifall bei den F.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Ing. Riedler. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Horst Georg Riedler (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Landtags!

Was bleibt mir nach so viel Einigkeit noch übrig zu sagen? (*Amstf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Dagegenstimmen! - Abg. Walter Prinz: Die Anträge stellen!*) Der Herr Stadtrat meint, ich soll der einzige sein, der dagegenstimmt. Dazu haben wir aber glaube ich viel zuviel Zeit und Mühe aufgewendet, um zu einer Einigung zu kommen.

Es hat zwei Fälle gegeben, da ist es leider zu keiner Einigung gekommen, nämlich beim Verkehrskonzept und beim Maßnahmenkatalog zum Verkehrskonzept. Aber hier haben wir zumindest einmal im ersten Schritt zur Reform der Bauordnung eine Einigung erzielen können.

Nur kurz zu meinen Vorrätern, Frau Dr. Rothauer und Herr Prinz, Herr Kenesei - wir haben praktisch, glaube ich, ohnehin in allem übereingestimmt. Die Bezirkskonflikte sind vertagt, meint Frau Dr. Rothauer. Eigentlich nicht, weil es ja unabhängig von der Bauordnungsreform bereits Gespräche gibt auf der Ebene der Bezirksvorsteher bezüglich einer Änderung der Geschäftsordnung. Und das müssen wir, glaube ich, auch zusammenführen. Wenn mehr Rechte für die Bezirke bei der Ausarbeitung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen kommen sollen, das vielleicht auch von der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen her manifestiert wird, dann müssen wir das mit der Bauordnung selbst auch zusammenführen.

Was die Unterlagen anlangt, die leider - das gebe ich zu - das letzte Mal ganz spät eingetroffen sind, nämlich erst auf dem Tisch, an dem wir gesessen sind bei der letzten Besprechung, so darf ich Ihnen doch mitteilen, daß diese Vorlage heute ausgeschickt wurde und, ich hoffe, morgen bei Ihnen einlangt. Ich weiß, daß auch nicht sehr viel Zeit bleibt, um das durchzusehen, aber ich hoffe, Sie können das akzeptieren, aus

folgendem Grund nämlich auch:

Wir betreten mit dieser Arbeitskommission da wirklich auch Neuland. Und es muß zuerst einmal auf Ebene der beamteten Mitarbeiter einiges vorbereitet werden. Das geht auch nicht so schnell. Daher oft erst wirklich relativ spät eine Vorlage. Ich bitte, das zu entschuldigen und so zu akzeptieren.

Was das Garagengesetz bezüglich autofreie Siedlungen anlangt, so bin ich der Meinung, daß, obwohl es bereits im Begutachtungsverfahren war, auch diese Novelle zum Garagengesetz in dieser Kommission behandelt werden sollte. Es gibt da sicher viele Probleme. Andererseits soll der Gedanken, daß es ein Siedlungsgebiet in Wien gibt, wo die Bewohner sagen, wir verzichten freiwillig auf das Auto, durchaus weiterverfolgt werden, und wir werden ja sehen, ob wir da zu einer akzeptablen Lösung kommen können.

Die Vorräder haben ja schon angekündigt, daß wir nach den Verhandlungen - es war der 14. November - zu einem Abänderungsantrag zum § 1 gekommen sind, einem Abänderungsantrag, der die ursprüngliche Fassung, die in die Begutachtung gegangen ist, betrifft. Es sind hier verschiedene Verbesserungen in den Formulierungen vorgenommen worden, aber auch inhaltlicher Art. Es wurde darauf hingewiesen, daß in Hinkunft zu den - würde ich sagen - amtlichen Veröffentlichungen bezüglich Auflage von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen auch die indirekte Aufforderung erfolgte - soweit man das in dem Gesetz formulieren konnte -, daß vom Magistrat her mehr zu tun sei bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit und der Information der Bevölkerung. Ich darf daher diesen Abänderungsantrag nun einmal einbringen.

Es wurde ja auch bereits gesagt, daß bezüglich der Rechte der Bezirke, die jetzt scheinbar gekürzt wurden dadurch, daß diese unwesentlichen Flächenwidmungsänderungen nicht mehr ins Gesetz aufgenommen werden, daß diese Rechte scheinbar beschnitten wurden. Aber andererseits meine ich, daß erstens einmal ohnehin nicht viel Gebrauch davon gemacht wurde, in ganz wenigen Fällen nur, andererseits aber vom Verfassungsgerichtshof her gerade dieser Passus anfechtbar wäre. Es wurde zwar nicht dezidiert im Entscheid zum § 1 angeführt, aber es wäre durchaus möglich. Daher der Beschuß- und Resolutionsantrag:

"Der Magistrat der Stadt Wien wird beauftragt, Vorschläge auszuarbeiten, die den Gemeindebezirken bei der Vorberatung und Ausarbeitung von Flächenwidmungsplänen und Bebauungsplänen mehr Mitspracherechte und Mitgestaltungsmöglichkeiten als bisher einräumen, ohne daß das letztendliche Planungsrecht des Wiener Gemeinderats für das gesamte Stadtgebiet eingeschränkt wird und bei Verfahrensabläufen Verzögerungen eintreten." - Das ist der 4-Parteien-Antrag, auf den wir uns geeinigt haben.

Das ist der 4-Parteien-Antrag, auf den wir uns geeinigt haben, um eben einerseits die unwesentlichen Änderungen - die fragwürdigen unwesentlichen Änderungen - nicht mehr in den § 1 aufnehmen zu müssen,

andererseits aber die Rechte der Bezirke sogar - ich hoffe es - etwas ausweiten zu können.

Meine Damen und Herren! Der Herr Stadtrat hat heute in der Beantwortung einer Anfrage bereits darauf hingewiesen, daß die Planungsgemeinschaft Ost sicherlich die Aufgaben, die ihr von den drei Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland gestellt wurden, erfüllt hat, daß es aber in der heutigen Zeit durchaus notwendig erscheint, daß neue Instrumentarien in bezug auf regionale Planung - und damit ist die "Vienna region" gemeint, also die Region Wien - gefunden werden.

Nun, die PGO hat bisher - und ich muß das wirklich anerkennend und lobend sagen, weil in der Öffentlichkeit vielleicht manchmal der Eindruck entstanden ist, daß wir mit der PGO nicht zufrieden sind - bei der Erarbeitung von Unterlagen, bei der Darstellung von Entwicklungsabläufen, bei der Ausarbeitung von Konzepten wirklich sehr verdienstvolle Arbeit geleistet. Daß die politische Umsetzung dann letztendlich nicht immer zu dem geführt hat, was wir uns als Wiener vor allem vorgestellt haben, ist eine zweite Sache. Und ich erinnere in diesem Zusammenhang nur daran, daß es ja schon eine Vereinbarung über eine Raumverträglichkeitsprüfung für Einkaufszentren gegeben hat, es aber - und zwar nicht aus Verschulden von uns Wienern, sondern aus Verschulden anderer - dann nicht zur Umsetzung dieser Vereinbarung gekommen ist.

Andererseits wird das siedlungspolitische Konzept für die Ostregion meines Erachtens doch von allen drei Bundesländern ernst genommen, und ich hoffe, daß es hier doch zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit in der Zukunft kommt. Letztlich wird von Wien und Niederösterreich bereits an einem Landschaftsrahmenplan gearbeitet. Und in diesem Zusammenhang hat ja der Herr Stadtrat darauf hingewiesen, daß für eine künftige Konstruktion die B 301 sozusagen die Nagelprobe sein wird, weil es gerade bei der B 301 darauf ankommen wird, daß der Siedlungsdruck, vor allem was die Ansiedlung von Betrieben im Bereich der B 301 anlangt, verhindert werden kann.

Meine Damen und Herren! Auch dieser Beschuß- und Resolutionsantrag wurde bereits angekündigt. Es ist wirklich nichts übriggeblieben, was ich noch dazu sagen könnte.

Ich bringe daher, ohne weiter auf die Thematik einzugehen - ich habe mir da zwar noch einiges notiert - , den Beschuß- und Resolutionsantrag ein, und zwar zusammen mit Herrn Klubobmann Ing. Karl Svoboda und Herrn Klubsekretär Abg. Andreas Honay. Ich verlese kurz die Antragsformel und komme dann noch einmal auf Frau Dr. Rothauer zurück:

"Der zuständige Stadtrat wird ersucht, nach entsprechend vorbereitenden Gesprächen mit den Landesregierungen Niederösterreich und Burgenland dem Wiener Landtag eine entsprechende Initiative" - gemeint ist Initiative für eine Regionalkonferenz, für Fachausschüsse et cetera - "zuzuleiten."

Und wenn Frau Dr. Rothauer schmunzelnd gemeint hat, sie hätte nachgesehen, ob der Herr Stadtrat wirklich in der Vergangenheit bereits so eine Konstruktion oder so ein Gremium vorgeschlagen hat und das auch tatsächlich gefunden, möchte ich sagen: Wir beschäftigen uns, glaube ich, seit 1991 fraktionell mit dieser Frage. Wir haben bei unserer Fraktion in Niederösterreich Gehör und gute Zusammenarbeit vorgefunden, bei anderen Fraktionen aber kein Signal gesehen, daß so etwas gewünscht wird. Nun hat aber der niederösterreichische Landtag zwar ohne die Stimmen der Freiheitlichen - mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP - eine ähnliche Resolution beschlossen. Das heißt, wir haben jetzt die Hoffnung, daß es doch zu einer gemeinsamen Arbeit in dieser Hinsicht kommt.

Wenn da steht, der zuständige Stadtrat wird ersucht, so ist das zum einen eine Formalfrage - wen sollen wir sonst ersuchen als den zuständigen Stadtrat? -, und andererseits wird es nötig sein, gewisse Vorschläge zu unterbreiten, die einer parlamentarischen Behandlung zugeführt werden müssen. Und da ist eben auch wieder der Herr Stadtrat der Zuständige dafür. Das heißt aber, daß wir uns in der nächsten Zeit - ich hoffe, sehr bald - mit solchen Initiativen, Gesetzesinitiativen oder in welcher Form das auch immer sein wird, beschäftigen werden.

Ich bringe somit formal diesen Beschuß- und Resolutionsantrag ein und bitte um die sofortige Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend: Ich wünsche mir für den Arbeitskreis, der sich jetzt mit der Bauordnung beschäftigt, nichts anderes, als was meine Vorredner sich wünschen, nämlich daß wir bei einer gedeihlichen Zusammenarbeit bleiben, daß wir Erfolg haben. Ich glaube, wenn es wirklich gelingt, ein Wiener Stadtentwicklungs- und Baugesetz einstimmig zu beschließen, dann wird dieses Gesetz auch Grundlage sein für das, was wir uns alle wünschen: für schnellere Verfahren, für effizientere Bau durchführungen, für eine Stadtentwicklung, die dem entspricht, was das kommende, ich sage nicht Jahrhundert, denn das ist ein bißchen weit gegriffen, aber das kommende Jahrzehnt erfordert.

Meine Damen und Herren! In diesem Sinne wünsche ich mir weiterhin gute Zusammenarbeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Amtsf. StR. Dr. Hannes Svoboda: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich freue mich natürlich auch über den breiten Konsens und die gemeinsame Zustimmung. Ich freue mich besonders, daß auch der Vorsitzende des Planungsausschusses zustimmt.

Ich habe nur vier Punkte, die ich noch anschließen möchte an das, was gesagt worden ist.

Der erste bezieht sich auf die Information, auf die mehrere Redner, vor allem auch Frau Dr. Rothauer, hingewiesen haben. Es ist selbstverständlich, daß wir über das Minimum hinaus Information leisten, denn es gehört zur Basis einer Demokratie, daß man die Betroffenen informiert. Und wir tun das in fast allen Fällen. Wir können das vielleicht noch etwas verstärken, vor allem durch direkte Zusendungen über den Presse- und Informationsdienst, auch mit einer Basisinformation über das, was beabsichtigt ist - also nicht nur der formelle Plan, sondern einige inhaltliche Aussagen.

Ich habe immer, obwohl ich selbst Jus studiert habe, Schwierigkeiten mit den Juristen, die in ein Gesetz natürlich - ich verstehe das - nur das hineinschreiben können, was rechtlich relevant ist, und nicht das, was wir in der Praxis tun. Aber ich glaube, da gibt es überhaupt keine Differenz. Wo es natürlich Probleme geben kann, ist die Frage der Bezirkskompetenzen. Denn wenn hier einerseits gesagt worden ist - und ich unterstreiche das -, mehr Möglichkeiten für die Bezirke, und andererseits Sie, Frau Dr. Rothauer sagen, aber das Verfahren muß beschleunigt werden, dann sehe ich da schon ein Konfliktpotential.

Also erstens einmal frage ich mich: Wie schnell soll es noch gehen? Ich kenne keine deutsche Stadt beziehungsweise kein deutsches Land, um vergleichbare Rechtsbereiche zu nehmen, wo es nur annähernd so schnell geht, einen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zu ändern, wie in Wien. Wenn das heute in vielen Fällen innerhalb eines halben Jahres - sechs, sieben Monaten - möglich ist, dann frage ich mich: Was soll man hier noch beschleunigen?

Wenn aber hier Ideen gewählt worden sind, wie mir auch mitgeteilt wurde, daß das Verfahren, wenn ein Bezirk dagegen ist, länger dauern, aufgeschoben und noch einmal neu verhandelt werden soll, dann braucht das mehr Zeit. Da muß man sich darüber im klaren sein, was jetzt das Entscheidende ist: daß wir rasch zu einer Entscheidung kommen oder daß dieser Prozeß der Begutachtung, des Besprechens verlängert wird. Ich habe ohnedies gerade auch durch ein Zusammenlegen von Fristen erreicht, daß wir sowohl dem Bürger mehr Möglichkeiten geben, als auch dem Bezirk, weil ja die Gesamtfrist ausgedehnt worden ist, ohne allerdings - das muß ich dazu sagen - die gesamte Frist der Erarbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne zu verlängern. Diese ist wirklich radikal gekürzt worden, und zwar dort, wo alle Unterlagen da waren und wo es notwendig gewesen ist, daß man vorher informiert, daß der Gründruck in weitere Bereiche geht, daß das den Fraktionen zugesendet wird et cetera. Also da ist viel drin an Information, aber ich glaube nicht, daß es zu Verzögerungen kommen wird, sondern daß jene Elemente eingebaut werden, die den Bezirken zwar mehr Rechte geben, aber auf der anderen Seite das ganze Verfahren wieder verzögern.

Zweitens: Die ganze Debatte über die Herausnahme der unwesentlichen Änderungen ist ja natürlich auch eine Debatte über die Mitbestimmung der Bevöl-

kerung. Es ist schon darauf verwiesen worden - ich glaube, von GR. Kenesei -, daß Dezentralisierung nicht automatisch mehr Mitwirkung heißt. In der bestehenden Form bedeutet die Tatsache, daß unwesentliche Änderungen durch den Bezirk gemacht werden können oder gemacht werden müssen, eigentlich eine Ausschaltung der Mitwirkung der Bevölkerung, da jeder öffentlich aufgelegte Plan im Zuge eines vorbereiteten Verfahrens für den Gemeinderatsbeschuß dem Bürger die Möglichkeit gibt, Einwände zu erheben. Wenn das aber im Bezirk beschlossen wird, ist der Bürger eigentlich ausgeschlossen.

Ich empfinde das als unbefriedigend, und auch da wird man eine andere Form finden müssen. Entweder man verlegt alles zum Gemeinderat, mit der entsprechenden Mitsprache, oder man muß in irgendeiner Form auch auf der Ebene der Bezirke eine kurze Frist et cetera finden, um die Mitwirkung zu ermöglichen.

Drittens zur Regionalfrage. Es geht darum, Frau Dr. Rothauer, zu dokumentieren, daß der Beschußantrag, den Ing. Riedler eingebracht hat, auch von allen anderen Fraktionen hier gutgeheißen wird, was ich hoffe, damit nicht nur mit dem Rückhalt einer Fraktion - ich weiß, daß Sie das auch immer geäußert haben - oder zwei Fraktionen die Gespräche geführt werden, sondern mit dem Rückhalt des gesamten Gemeinderats beziehungsweise des gesamten Landtags.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen - Sie waren dann ja später bei der Anfragebeantwortung, glaube ich, herinnen, aber nicht am Anfang -, was ich gesagt habe, und zwar mit einem konkreten Motiv. Ich bin es nämlich mit der Zeit leid, Ihnen gegenüber die niederösterreichische ÖVP zu verteidigen, indem ich darauf hinweise, daß die PGO doch nicht so schlecht sei, und die anderen wollen ja doch ein bißchen etwas haben. Das soll sich die niederösterreichische ÖVP mit Ihnen selbst ausmachen. Ich habe daher auch heute deutlich gesagt: Die PGO ist an einem Scheideweg. Sie beziehungsweise die Partner in der PGO müssen sich entscheiden - und Wien ist da durchaus bereit -, entweder ein schlagkräftiges Instrument zu entwickeln oder zu sagen, es ist nur mehr eine lose Kooperation, und man braucht gar keine zentrale Stelle, keinen zentralen Aufwand. Denn um einige Studien zu machen, können sich die Länder ad hoc einigen, da braucht man nicht einmal eine eigene Organisation dazu.

Ich sage das aber deshalb, weil ich eine stärkere PGO möchte als derzeit und nicht, weil ich eine schwächere möchte. Und gestärkt wird sie unter anderem auch durch mehr Mitwirkung und Mitbestimmung zumindest der politischen Repräsentanten der Landtage, aber auch der Gemeinden und der Bezirke.

Letzter Punkt, zu dem, was Kollege Prinz angeprochen hat, zum Garagengesetz. Dazu sind zwei Anmerkungen zu machen.

Erstens: Die von Ihnen und zum Teil auch in den Medien erwähnten 250 000 S sind Obergrenzen. Das heißt, bis zu diesen Obergrenzen könnte eine Festlegung erfolgen, aber nicht darüber hinaus. Und ich er-

achte es für selbstverständlich, daß nicht innerhalb einer kurzen Frist von einem aufs andere Mal von 80 000 S auf 250 000 S angehoben wird, sondern auf einen zu besprechenden Betrag dazwischen.

Nur, ganz gerecht finde ich es nicht, daß jemand, der keine Garage baut, obwohl er das vielleicht müßte oder sollte, billiger davonkommt, weil die 80 000 S - und das werden Sie wissen - nicht einmal die Kosten für eine Hochgarage einigermaßen decken, geschweige denn für eine Tiefgarage. Und es soll ja jemand grundsätzlich nicht günstiger gestellt werden, der nur deshalb keine Garage baut, weil es vielleicht technisch dort nicht möglich ist.

Ein anderer Fall ist die Frage des sogenannten autofreien Bauens oder autofreien Wohnens. Da geht es um Modellprojekte, und ich glaube, es muß doch die Möglichkeit bestehen, anhand einzelner Modelle eine Situation herzustellen, um zu überprüfen, ob so ein autofreies Wohnen mit Car-Sharing - also dem, was gerade auch vom ÖAMTC jetzt propagiert wird - zu vertreten ist. Ich kann Ihnen auch noch andere Fälle erzählen, denken Sie zum Beispiel an den Kleingartebereich. Es geschehen permanent Wohnwidmungen im Kleingarten, ohne daß ausreichend Vorsorge getroffen wird, daß für jeden, der ein Auto hat - und dort hat fast jeder ein Auto -, auch ein Stellplatz geschaffen wird. Also ich glaube, daß das durchaus eine sinnvolle Konzeption ist.

In diesem Sinn noch einmal herzlichen Dank für die Diskussion und für Ihre Zustimmung. Ich würde bitten, daß wir die Beschuß- und Resolutionsanträge sofort abstimmen, und zwar, daß für beide die sofortige Abstimmung erfolgt. - Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Erika Stubenvoll: Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung über den 4-Parteien-Abänderungsantrag.

Ich bitte jene Damen und Herren des Wiener Landtags, die diesem Abänderungsantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist somit einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist daher in erster Lesung mit diesem Abänderungsantrag so angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschuß- und Resolutionsanträge. Hier ist eine sofortige Abstimmung beantragt.

Ich ersuche jene Damen und Herren die dem 4-Parteien-Beschluß- und Resolutionsantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Beschuß- und Resolutionsantrag der Abgen. Riedler, Svoboda und Honay die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist einstimmig so angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher die Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung beschlossen.

Postnummer 3 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Gasgesetz geändert wird.

Berichterstatter hierzu ist Herr Amtsf. StR. Dr. Svoboda. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf. StR. Dr. Hannes Svoboda: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich darf Sie ersuchen, den ja auch im Ausschuß breit diskutierten Initiativantrag mit heutigem Tage zum Beschuß zu erheben. - Ich danke schön.

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz auch in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Postnummer 4 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Schaffung von Kleingärten (Wiener Kleingartengesetz) geändert wird.

Berichterstatter dazu ist Herr Amtsf. StR. Dr. Svoboda. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf. StR. Dr. Hannes Svoboda: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wie Sie wissen, hat der Magistrat eine Gesetzesnovelle zum Wiener Kleingartengesetz mit wesentlichen Erleichterungen ausgearbeitet. Diese Novelle ist bis Ende Oktober zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Wie daraus ersichtlich ist, kann diese Novellierung heute noch nicht beschlossen werden.

Ich bitte daher um eine Verlängerung der Frist für jene Flächen, die seit 27. Jänner 1979 ohne entsprechende Nutzungsbewilligung kleingärtnerisch genutzt wurden. Es ist ja ohnedies zu überlegen, inwieweit nicht im Rahmen der Gesamtreform der Wiener Bauordnung auch hier die entsprechenden Veränderungen eingearbeitet werden sollen. Jedenfalls soll die besagte Frist bis 31. Dezember 1996 verlängert werden, und ich bitte um Annahme dieser Fristverlängerung.

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen

die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Effenberg. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Franz-Karl Effenberg (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Sie brauchen keine Angst zu haben, daß mein Redebitrag allzulange dauert. Ich glaube, es handelt sich da um einen sehr wichtigen Gesetzesantrag, weil ja gewisse Baubewilligungen auslaufen würden. Und da heute sehr gute klimatische Bedingungen in diesem Hause herrschen, da wir uns sozusagen voll im Erholungsgebiet Grünland befinden, erlauben Sie mir eine kurze Überleitung zum Klimabündnis - gute klimatische Bedingungen, gutes Klima.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Stadt Wien hat einen sehr wesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß der Beitritt zum Klimabündnis auch den entsprechenden Effekt hat. Sie wissen alle, werte Kolleginnen und Kollegen, wir Wiener sind für ganz Österreich wegbereitend, auch für andere Länder. Es liegt in Wien ein Gesamtkonzept für den Klimaschutz vor, das sich im wesentlichen aus drei Reduktionsplänen zusammensetzt: dem für Energie, jenem für den Bereich Verkehr und dem hinsichtlich Ausstieg aus der Verwendung halogenisierter Kohlenwasserstoffe.

Darüber hinaus wird es notwendig sein, im Hinblick darauf, daß - und das möchte ich nicht verheimlichen - Niederösterreich hier eine gewisse Vorreiterrolle gehabt hat, daß auch wir in Wien die künftigen Gesetzesvorlagen auf die jeweiligen Auswirkungen im Hinblick auf die Erreichung der Ziele des Klimabündnisses untersuchen, was den jeweiligen Gesetzesvorlagen beizuschließen ist und auch in die Wiener Umweltberichte mit hineingenommen werden soll. Und ich erlaube mir, im Sinne meiner Ausführungen gemeinsam mit Kollegen Ing. Karl Svoboda und Mag. Ruth Becher einen entsprechenden Beschuß- und Resolutionsantrag einzubringen. Ich ersuche um sofortige Abstimmung.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hinsichtlich dieser drei Reduktionspläne sind wir gerade im Bereich Energie an und für sich sehr weit, und ich glaube, wir werden in Wien in den künftigen Entwicklungen bezüglich Kleingartenanlagen gerade im Bereich der Energie wegbereitend sein. Uns ist ja im Wohnbau in der Vergangenheit einiges gelungen, aber noch ist nicht alles so, wie es sich manche in unseren Reihen vorstellen. Wir werden gerade im Kleingartengebiet einiges tun, und Sie dürfen sich, so hoffen wir, im Laufe der kommenden Monate noch einiges erwarten.

Zum Verkehr: Wir haben ja das Verkehrskonzept, die Leitlinien, den Maßnahmenkatalog, was in permanenter Entwicklung ist.

Was nun den Austritt aus der Verwendung teilhalogenisierter Kohlenwasserstoffe anlangt, so können wir künftig diesen Punkt - Kollege Hawlik, da können wir wirklich stolz sein - komplett abhaken. Es werden

auf Wiener Boden keine Anlagen mehr errichtet, die FCKW-hältige Geräte und so weiter herstellen. Es hat noch Diskussionen darüber gegeben, wie es im Hoch- und Tiefbau weitergehen soll, was die Ausschreibungen und so weiter anlangt. Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin unheimlich - ich darf das jetzt auf gut wienerisch sagen - happy darüber, ich bin stolz darauf, ich bin stolz auf Wien, daß es uns gelungen ist, eine totale ... (*Heiterkeit des Abg. Gert Wolfram.*) Lachen Sie nicht, Sie können auch mit stolz sein. Da gibt es nichts mieszumachen.

Wir können alle stolz darauf sein, daß uns der endgültige Ausstieg gelungen ist. Es gibt die entsprechenden Weisungen. Es dauert noch ein bißchen, bis die entsprechenden ÖNORMEN und das alles nachgezogen ist. Seien wir froh darüber, freuen wir uns darüber. Ich glaube, das ist vorbildlich für Österreich. Ich stelle daher gemeinsam mit den Kollegen Ing. Svoboda, Mag. Ruth Becher, Ing. Riedler - hat seinen Grund, Hoch-Tiefbau, Planung und so weiter - den Antrag, der Herr Landeshauptmann möge den Bundesminister für Umwelt auffordern, aus dem Verzicht der Stadt auf die Beschaffung HFCKW- und HFKW-hältiger Produkte, Geräte, Anlagen und Materialien die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und analog der Vorgangsweise der Stadt eine für alle Bundesländer verbindliche Verordnung zu erlassen.

Ich ersuche auch diesbezüglich um sofortige Abstimmung.

Im übrigen ersuche ich um Zustimmung zur vorliegenden Gesetzesvorlage. - Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Zum Wort gemeldet hat sich noch Herr StR. Mag. Chorherr. Ich erteile ihm das Wort.

StR. Mag. Christoph Chorherr: Mit Überraschung und Erstaunen, Herr Abg. Effenberg, habe ich Ihren Ausführungen zugehört, und mit Überraschung und Erstaunen habe ich gehört, daß Wien bereits führend in der Klimaschutzpolitik ist und ein konkretes Paket zur Erreichung des Klimabündnisses hat. Ich würde Sie eines bitten: Kommen Sie heraus und zeigen Sie mir das! (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Da braucht er es nicht herzeigen!*) Zeigen Sie mir das! Ich halte diese Behauptung für eine Unverfrorenheit, da ich das ziemlich genau kenne.

Ich habe mich jetzt wirklich spontan gemeldet, weil ich das gar nicht für möglich gehalten habe. Der Antrag steht unter dem Motto "Nutzt's nix, so schad's nix", was durchaus interessant ist; ich warte jedoch dringend darauf, daß von Seiten der Sozialdemokraten einmal konkrete Vorschläge auf den Tisch kommen, zum Beispiel zum Uralthema - leider Neuthema - Häuser im Einflußbereich der Gemeinde Wien, die mit Öl, mit Gas oder mit Strom geheizt sind, die Fernwärme aber sozusagen vor der Tür liegt und Sie unfähig sind, diese zu nutzen. Ich nenne Ihnen Adressen, jedesmal kommen neue Adressen von mir: In der Zirkusgasse, Herr Effenberg, wird eine Elektroheizung erneuert, neu

installiert, obwohl die Fernwärme vor der Tür liegt.

Und nun geht jemand hier heraus und erklärt: Wien ist führend in der Klimaschutzpolitik, weil wir im Verkehrskonzept so ein hervorragendes Reduktionsziel und Reduktionsprogramm hinsichtlich CO₂ haben. In keinem Bereich steigen die CO₂-Werte stärker, Herr Abg. Effenberg, als im Verkehrsbereich. Sie stiegen in den letzten Jahren dramatisch an, und nichts deutet darauf hin, daß wir zu einer deutlichen Reduktion der CO₂-Emissionen kommen. Wo ist ein entsprechendes Nachrüstprogramm, zu dem Vorschläge nicht nur von mir kommen, sondern von Institutionen, die von der Gemeinde Wien beauftragt wurden?

Vom Mai dieses Jahres liegt ein Brainstorming-Programm vor. Kollege Hawlik war am Anfang auch dabei, er kennt die Vorschläge, die teilweise interessant und richtig sind. Aber wo werden sie konkret umgesetzt? Also, wenn Sie zerknirscht herauskommen und sagen würden (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Zerknirscht brauchen wir nicht kommen!*): Ich gebe zu, wir müssen jetzt einmal wirklich was tun!, würden Sie einen Applaus von mir bekommen. Da würde ich sagen, okay, es ist nie zu spät, Herr Kollege Effenberg. Aber hier herauszukommen und zu sagen, die große Lösung heißt, in Zukunft soll die Landesregierung bei jedem Gesetz sinngemäß dazuschreiben, welche Klimaauswirkungen das hat, das ist lächerlich. Das zeigt nur, wie ernst Sie diese Dinge letztlich nehmen, wie ernst Sie eines der wichtigsten umwelt- und wirtschaftspolitischen Themen nehmen, nämlich die Reduktion der CO₂-Emissionen und die damit verbundene notwendige Modernisierung eines gesamten Wirtschaftssystems, was Wien sicherlich nicht allein lösen kann.

Aber wenn wir wirklich im Zuge der ökologischen Modernisierung Vorreiter sein wollen, dann erwarte ich mir konkrete Vorgaben - konkrete Vorgaben für die Fernwärme, konkrete Vorgaben für die Nachrüstung im Gebäudebestand, wo wir wirklich - Kollege Huber kennt die Zahlen - im Durchschnitt 160 Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr haben und nach wie vor "Emmentalerhäuser" in Wien herumstehen, für die kein Geld da ist und wo wir bisher nicht imstande waren, über die Bauordnung entsprechende Dinge vorzuschreiben.

Ich könnte eine Stunde über die Dinge referieren, die seit Jahren in Diskussion sind, die gefordert werden und wo nichts passiert. Sie haben wirklich die Chuzpe ... (*Abg. Franz-Karl Effenberg: Sie haben mir nicht zugehört!*) Ich habe Ihnen genau zugehört! Ich wollte mich gar nicht melden, aber in meiner Überraschung, um nicht zu sagen, meinem Entsetzen hat es mich zum Rednerpult getrieben. Ich hätte mich gar nicht gemeldet, wenn ich Ihnen nicht zugehört hätte, Herr Kollege Effenberg.

Sie haben die Chuzpe, uns hier zu erklären: Wir haben ein Wiener Klimaschutzzpaket. - Bitte wo? Bitte welches? Bitte wann? Bitte wer? Das gibt es nicht! Es gibt Brainstorming in durchaus netter Natur und durchaus richtige Ideen. Auch im Bereich der Wiener Stadt-

werke, die ich kenne, gibt es ein paar Ideen, und es wird auch etwas getan in eine richtige Richtung, aber es gibt kein Programm zur Sicherstellung des Klimabündnisziels, nämlich 50 Prozent CO₂-Reduktion. Ich sage nochmals, jene, die das beschlossen haben, haben CO₂ und SO₂ verwechselt, weil das ist nämlich ein ziemlich anstrengendes Ziel. 50 Prozent CO₂-Reduktion mit Ihrer Verkehrspolitik ist unerreichbar, ist völlig unerreichbar!

Der Umweltminister der Bundesregierung, bei der die Sozialdemokraten eine ganze Weile, wenn ich das so sagen darf, dabei waren, sagte gestern: Die Energiepolitik ist gescheitert, nicht einmal das Torontoziel ist zu erreichen - und das sind nur 20 Prozent CO₂-Reduktion. Sie gehen da heraus und sagen, 50 Prozent CO₂-Reduktion, das ist das Programm, das gibt es. Im Verkehr gibt es das, bei der Energie gibt es das, und im Wohnbaubereich gibt es das.

Wo gibt es das? Träumen Sie, Herr Kollege? (*Abg. Franz-Karl Effenberg: Träumen tun Sie!*) Oder halten Sie uns alle für derart ahnungslos, daß Sie da herauskommen und von etwas reden, wovon Sie wirklich keine Ahnung haben? Das ist eine Zumutung, Herr Kollege Effenberg! (*Beifall bei den GRÜNEN und bei der ÖVP.*)

Präsident Abg. Dr. Erwin Hirnschall: Als weiterer Redner hat sich Herr Abg. Dr. Hawlik zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Johannes Hawlik (*ÖVP*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zwei Punkte: Ich brauche die Dinge, die Kollege Chorherr gesagt hat, nicht zu wiederholen, aber ich möchte etwas einmahnen. Der CO₂-Plan war ja schon in Verhandlung, aufgrund der Brainstormings beziehungsweise aufgrund jener drei Pläne, die Sie heute quasi als Neuerung als Antrag eingebracht haben. Das waren eigentlich die Grundlagen für die Erstellung eines solchen CO₂-Plans.

Jetzt wäre es eigentlich sinnvoll gewesen, einen Antrag einzubringen, der einen solchen CO₂-Plan vorsieht, einen Zeit- und Maßnahmenplan. Das wäre sinnvoll gewesen. Das andere ist vielleicht eine gute Schlagzeile in einer Bezirkszeitung. Aber für die Stadt Wien wäre das eigentlich der nächste Schritt gewesen (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Kollege Hawlik! Auf diese Ebene begeben wir uns nicht!*), denn die drei Dinge, die Sie genannt haben, sind längere Zeit bekannt und werden schon längere Zeit diskutiert.

Ich möchte folgendes auch hier erwähnen: Ich habe im Auftrag des Umweltministeriums eine Klimatour durch alle Landeshauptstädte gemacht (*Abg. Franz-Karl Effenberg: Das haben wir eh in der Presse gelesen!*) - warten Sie ein bissel -, und ich habe festgestellt, daß im Vergleich mit den anderen Landeshauptstädten das Torontoziel in Wien erreichbar ist. Ich habe aber auch bei der Pressekonferenz gesagt, für das Klimabündnisziel, um 50 Prozent zu reduzieren, sind wir beileibe nicht auf dem richtigen Weg, im Gegen teil. Die Prognose sagt nicht, daß wir verringern,

sondern daß es mehr wird. Das Torontoziel ist für uns derzeit leichter erreichbar, weil wir in der glücklichen Lage sind, ein Fernwärmennetz zu haben, worauf die anderen Landeshauptstädte nicht so stolz sein können wie wir.

Zweiter Punkt: Es liegt ein Antrag vor, der den Landeshauptmann auffordert, den Bundesminister zu ersuchen, eine Verordnung zu erlassen, daß die anderen Bundesländer auch Abstand nehmen von den teilhalogenisierten Kohlenwasserstoffen. Wahrscheinlich dürfte es nicht bekannt sein, daß es eine Verordnung gibt, und zwar vom 16. November 1995 - wahrscheinlich ist sie noch nicht in die Archive eingegangen (*Abg. Franz-Karl Effenberg: Das steht ja im Antrag drinnen!*) -, und diese Verordnung sieht eigentlich das Verbot bereits vor und auch den Zeitrahmen, innerhalb dessen das einzuhalten ist. Und auch da ist Österreich eigentlich vorbildgebend im Vergleich zum übrigen Europa oder im Vergleich zur Montrealer Konvention. Wir sehen das nämlich bis zum Jahre 2000 vor, während die EU bis zum Jahre 2025 und die Montrealer Konvention erst bis zum Jahre 2030 diese Dinge vorsehen. Daher ist auch das eigentlich Makulatur, die Verordnung ist längst erlassen. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg. Franz-Karl Effenberg: Wir machen es sofort!*)

Präsident Dr. Erwin Hinradschall: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Huber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Rolf Huber (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe eigentlich über viele Jahre mit Herrn StR. Chorherr einen sehr konstruktiven Dialog über die Fragen der Energiepolitik führen können. Ich habe nicht verstanden, daß er in dieser überzogenen Form gerade jene Stadt kritisiert, die eine Vorbildrolle in Europa einnimmt.

Ich möchte jetzt einmal die Beurteilung sogar weglassen, ob das vorbildlich ist oder nicht. Wir sind in der glücklichen Situation, Zahlen - auch von Ihnen anerkannte Zahlen - vorweisen zu können, die Sie da einfach wegschieben, die Sie keiner Erwähnung wert finden. Meinetwegen können wir auch das machen, aber wenn wir konkret die einzelnen Maßnahmen anschauen, die Wien getroffen hat, dann möchte ich einmal ganz sachlich und ohne politische Brille als Fachmann von Ihnen wissen, ob Sie denn mit den 3,5 Milliarden Schilling Wohnhaussanierung nicht einverstanden sind?

Für mich ist es eine beeindruckende Summe. Sie wissen, daß im Zuge dieser Wohnhaussanierung jedesmal die Wärmedämmung verbessert wurde und daß alle renovierten Gemeindebauten auch energetisch saniert wurden. Ich gebe zu, man würde beim Durchgehen tausend Fehler finden, wo man noch etwas besser machen könnte, wo eine Wärmebrücke übersehen wurde, wo wir aus einer Sanierung gelernt haben. Aber es war nicht nur die Absicht oder das Lippenbekennen da, sondern die konkrete Maßnahme, die sich in Milliarden Schilling für das Energiesparen ausge-

drückt hat, daß von dieser Fraktion ausgehend, noch lange, bevor Sie politisch tätig waren, an die Stadtwerke der Auftrag ergangen ist, einen hohen Mittelaufwand für die Sanierung der Kraftwerke aufzuwenden, daß wir die Kraft-Wärme-Kopplung mit sehr viel Geldaufwand eingebaut haben - eine deutsche Entwicklung, die in Deutschland lange Zeit nicht angewendet wurde, weil man besser Geld verdienen konnte auf eine andere Art, nämlich mit der Fernheizung, etwa in Bremen, das Sie uns als Musterstadt immer vorgeworfen haben, ein höchst unseriöser Vorwurf, wie Sie wissen, weil Bremen einen mehr als doppelt so hohen CO₂-Ausstoß als Wien hat.

Niemand spricht aus, daß das Torontoziel beziehungsweise dieses Klimabündnis in Wirklichkeit von der Definition her ein Unsinn ist. Das wissen auch Sie. Wenn man nämlich sagt, 50 Prozent Einsparung, dann darf ich einmal die Frage stellen: 50 Prozent wovon? Wenn das der jeweilige Ist-Zustand ist, wird jede Stadt in die Situation kommen, irgendwann von irgend etwas nicht 50 Prozent einsparen zu können.

Ich gebe zu, daß es daher ein Fehler war, dieses Abkommen in dieser Form zu unterschreiben. (*StR. Mag. Christoph Chorherr: Hört, hört!*) Nicht hört, hört! Es hat nicht der Rolf Huber das Torontoziel und das Klimabündnis erfunden. Das ist eine Form einer Vereinbarung, die für ... (*Zwischenruf des StR. Mag. Christoph Chorherr:* Ich höre ja zull) Nein, Sie hören nicht zu, Sie hören immer am Redner vorbei und machen eine politische Show, die zu dem Thema nicht paßt. Wir haben doch beide einen sehr seriösen Zugang zu diesem Thema. Lassen Sie die Show! Das paßt nicht, denn wir haben eine Menge Geld und Anstrengung hineingesteckt, und die Geschichte ist gar nicht so einfach.

Das Torontoziel, wie der Name schon sagt, ist in der Stadt Toronto und aus der Sicht amerikanischer Städte eingerichtet und ausgesprochen worden. Wenn wir uns an diesen amerikanischen Städten orientieren müßten, dann brauchten wir in Wien überhaupt nichts zu tun. Wir könnten die Fenster aufmachen und weiter heizen, um die 50 Prozent von den Amerikanern zu erreichen, weil wir weit darunter liegen. Wenn Sie hier herausgehen und sagen, da ist nichts geschehen auf dem Sektor, und nicht anerkennen, daß die Energiekennzahl der Wiener Wohnhäuser den halben Energieverbrauch anzeigt als der durchschnittlichen Berliner Wohnhäuser, dann ist auch in der Vergangenheit, etwa bei den politischen Vätern dieser Stadt, eine Menge geschehen, nämlich ein besserer Bau.

Wenn Sie nicht anerkennen, daß wir in Wien die strengste Bauordnung aller Bundesländer haben, daß wir in die Bauordnung die Energiekennzahl eingebaut haben, daß es für die Baumeister - und da wird mir Herr Prinz vielleicht recht geben - gar nicht so einfach ist, diese strengen Auflagen der Wiener Bauordnung zu erfüllen, etwa bei den Übergängen auf Terrassen, auf Flachdächern, wo eine sehr hohe Auflage aus der

Wärmedämmung zu erfüllen ist, die sozusagen schon fast die Grenzen der Geometrie überschreitet und aus dem Titel gewisse Schwierigkeiten bringt, dann meine ich, daß Sie doch sehr ungerecht vorgehen.

Wenn wir weiters betrachten, daß Österreich zur Gesamtproblematik 0,3 Prozent mit seinen Emissionen beiträgt, dann wären eigentlich die Milliardenbeträge, die wir einsetzen müßten, sinnvollerweise nicht in Österreich einzusetzen, sondern im Ausland. Wir müßten das in Form von Entwicklungshilfe machen, damit dort CO₂-Einsparungen durchgeführt werden, wenn wir unser Geld wirklich global einsetzen wollten. Wir wissen, daß wir damit auch nur einen Tropfen auf den heißen Stein geben würden und in Wirklichkeit das Problem nicht lösen könnten, denn die Emissionen aus der Reisproduktion in China und die Emissionen aus den Rinderzuchten in Nord- und Südamerika können wir in Wirklichkeit nicht beeinflussen. Es gibt noch nicht einmal eine gescheite Lösung, wie man das überhaupt verändern könnte, solange die Menschen Rindfleisch und Reis essen, und wir wissen auch nicht, welche möglichen Ersatznahrungsmittel keine CO₂-Emissionen hätten.

Das heißt, der Vorwurf, den ich von Ihnen zur Kenntnis nehmen würde, wäre dort anzubringen, wo wir diese Maßnahmen nicht durchführen. Bezuglich Wärmedämmung gibt es keinen Grund. Bei der Heizung gebe ich Ihnen recht. Mir ist es auch nicht recht, wenn in der Zirkusgasse ein Haus mit Elektroheizung modernisiert und nicht auf Fernwärme umgestellt wird. Wir haben nur ein Problem dabei. Wir haben uns nicht zu Zwangsmaßnahmen entschließen können, und ich sage Ihnen auch den Grund: Weil wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, daß wir gegen die sozialen Möglichkeiten der Mieter vorgehen und deren Leistungsfähigkeit hinsichtlich Betriebskosten überfordern. Das ist ein Problem, das können wir nicht überspringen, da sind wir wirklich in einer zwiespältigen Situation. Wir gehen hier mit sozialem Augenmaß vor, und ich gebe zu, daß uns zu Recht ein Vorwurf trifft, da das in der Größenordnung von einem Tausendstel Prozent oder Millionstel Prozent der gesamten CO₂-Emissionen eine Auswirkung hat. Aber im großen, im Rahmen der 3,5 Milliarden-Schilling-Sanierung, führen wir diese Maßnahmen rigoros durch, über eine Kraft-Wärme-Kopplung, die den entscheidensten Beitrag zur CO₂-Reduktion in Wien geleistet hat.

All diese Maßnahmen zusammengezählt und durchgeführt führen zu einer Reduktion von etwa 20 Prozent CO₂-Ausstoßes. Trotzdem wird die CO₂-Emission in Wien nicht wesentlich sinken, weil wir eine Reihe von Bürgern haben, die im Augenblick sehr schlecht wohnen, eine sehr schwierige Wohnsituation haben und auch gar keinen hohen Energieverbrauch haben können, aus Einkommensgründen, aus sonstigen Gründen, das sind etwa unsere Zuwanderer nach Wien. Wir erwarten uns doch, daß diese in einer Form in die Stadt integriert werden, daß sie am Lebensstandard des Durchschnittsbürgers den gleichen

Anteil bekommen und eine gerechte und faire Behandlung erfahren. Und mit dieser fairen und gerechten Behandlung wird auch deren Energieverbrauch steigen, und daraus resultierend wird es auch zu einem gewissen Anstieg der CO₂-Emission kommen.

Bleibt das Sorgenkind Verkehr. Egal, ob Sie das mit Elektroautos im Individualverkehr lösen oder mit öffentlichem Verkehr: In dem Maß, wie sich die Verkehrsrelationen verbessern, wird es nicht zu einer Reduktion des Verkehrsaufkommens, sondern zu einem Anstieg kommen, und damit auch zu einem Anstieg der spezifischen Emissionen aus dem jeweiligen Verkehrsmittel. Das ist leider ein Problem, und es wäre unseriös, zu behaupten, daß der CO₂-Ausstoß aus dem Titel Verkehr in absehbarer Zeit sinken wird. - Auch wenn Sie den Kopf schütteln: Die Entwicklungen weltweit sind andere, weil eben auch die Verkehrsentwicklung, daß man irgendwo eine Straßenbahnenlinie neu baut, bewirkt, daß Energie verbraucht wird von der Straßenbahn, wenn das auch hundertmal besser ist als Autos. Sie wissen, daß wir heute mehr Fahrgäste im öffentlichen Verkehr haben als etwa 1945. Da gibt es eben auch einen Anstieg, und auf den sind wir sogar stolz und finden das in Ordnung, aber es ist ein Anstieg und ein Mehrverbrauch.

Es gibt noch das Energiesparen im Bereich der Industrie und im Bereich der Elektrogeräte im Haushalt. Es sind eine Reihe von Maßnahmen gesetzt worden, die zu einer gewissen marginalen Reduktion geführt haben. Die Industrie hat sogar ganz entscheidend zum Energiesparen beigetragen, aus Kostengründen. Sie hat ihr Potential mehr oder minder ausgeschöpft. Das ist weit weg von Torontoziel, das sind Prozentanteile im Gesamt-CO₂-Ausstoß. Aber jedenfalls haben wir alle sachlichen und alle von uns aus machbaren Maßnahmen, die wirklich teuer waren für die Stadt, wo wir darauf geschaut haben, daß nicht die Energiekosten das Minimum, sondern die Maßnahmen das Maximum sind, voll ausgeschöpft, und für jede Verbesserung, die sinnvoll und machbar ist, werden Sie in uns einen Partner finden. Aber die Vorgangsweise, daß Sie das so wegwischen und sagen, das ist nichts, während alle anderen Städte sagen, Wien hat diesbezüglich Vorbildcharakter, das finde ich zumindest nicht fair. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident. Dr. Erwin Hirnschall: Ein zweites Mal zum Wort gemeldet hat sich Herr StR. Chorherr. Ich erteile ihm das Wort.

StR. Mag. Christoph Chorherr: Meine Damen und Herren!

Müssen wir das grundsätzlich diskutieren? - Gerne. Was mich erstaunt und geärgert hat, war nicht, daß zuwenig passiert, sondern daß Herr Abg. Effenberg hier herausgeht und so tut, als wären ohnehin nur einige wenige Dinge notwendig und das Klimabündnisziel - wörtlich - wäre ohnehin mit dem Antrag, der eingebracht worden ist und zu dem ich noch einiges sagen möchte, fast erreicht. (Abg. Franz-Karl Effenberg: Das habe ich nie gesagt!)

Und es entsetzt mich noch etwas, was Sie, Herr Kollege Huber, gesagt haben: Ohne schmälern zu wollen, daß einiges in der Stadt passiert ist (*Amtsf. StR. Dr. Sepp Rieder: Vieles!*) - vieles -, aber das war halt schon interessant, und darum habe ich den Kopf geschüttelt, mit Verlaub. Wenn ich herausgehe und mich zu Wort melde - das nehme ich mir schon heraus -, kann ich trotzdem zuhören. Ich habe ja auch zwei Ohren.

Sie sagen, was ist denn eigentlich das Torontoziel und was ist denn eigentlich das Klimabündnis? Das Torontoziel, das war ja in Toronto, und da wird es ja völlig wîr: Nordamerikanische Städte und kanadische Städte verbrauchen eh viel mehr, das haben wir eh schon.

Nein, nein! Das ist eine ziemlich exakte Geschichte, was da als Torontoziel unterzeichnet wurde. Jeder der Unterzeichner hat sich verpflichtet, in bezug auf seine eigenen Werte bis zum Jahr 2005 die CO₂-Emissionen um 20 Prozent zu reduzieren. Das war das Torontoziel (*Abg. Franz-Karl Effenberg: Das ist das Torontoziel!*), das ist das Torontoziel, und dazu hat der Umweltminister erklärt, mit der derzeitigen Energiepolitik ist das nicht zu machen, wir haben schwere Fehler in der Energiepolitik gemacht. Das Ziel des Klimabündnisses ist noch viel schwieriger zu erreichen, denn da geht es um 50 Prozent. - War das jetzt eine stille Verabschiedung von diesen Zielen, daß man das eigentlich ja so gar nicht gemeint hat? (*Amtsf. StR. Dr. Hannes Svoboda: Sie wissen doch, daß die Debatte inzwischen weitergegangen ist!*) Ich möchte wissen, was das heißt, was er sagt. (*Abg. Ing. Rolf Huber: Was sagt er schon?*) Er hat so ungefähr gesagt, wir haben eh schon so viel erreicht, aber da und dort muß man jetzt noch einiges weiter machen - ich habe ganz genau zugehört -, 50 Prozent oder 20 Prozent, man muß reden, auf welcher Basis. (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Mit Fanatismus erreichen Sie nichts!*) - Man muß überhaupt nicht reden über die Basis! Die Basis ist ziemlich exakt definiert.

Und noch etwas hat mich ziemlich entsetzt bei Ihnen, Herr Kollege Huber. Sie haben wörtlich gesagt, selbst dann, wenn man jetzt diese und jene Maßnahme hinsichtlich Verkehr setzt, werden die CO₂-Emission dort nicht wirklich zurückgehen. Schauen Sie sich einmal an, haben Sie zu mir gesagt, was international passiert. - Ja, genau weil ich mir anschau, was international passiert, behaupte ich, daß wir derart unter Druck sind. Und jetzt verweise ich auf einen Autor, der vielleicht aufgrund der parteipolitischen Orientierung Ihnen näher steht als ich Ihnen. Lesen Sie die zwei Bücher von Hermann Scheer, der in manchen Bereichen viel radikaler ist als ich. Er sagt, in 20 bis 30 Jahren müssen wir überhaupt generell aussteigen aus der gesamten Fossilwirtschaft, und das ist möglich. Und er kritisiert mit einer ungeheueren Vehemenz dieses System, von dem Sie beschwichtigend sagen: Na eigentlich können wir hinsichtlich der CO₂-Emissionen beim

Verkehr das und das tun, aber zurückgehen wird es nicht.

Das muß zurückgehen, und da unterscheiden sich offensichtlich die sozialdemokratische Politik und die grüne Politik, die ein wirklich fundamental anderes Ziel hat, ganz stark. Wir halten die 50 Prozent CO₂-Reduktion nämlich für möglich, da braucht man nur ein bißchen mehr Vehemenz in der Umsetzung.

Stellen Sie sich eines vor, Herr Kollege Huber, und ich finde es dramatisch, daß ich Ihnen das erklären muß. (*Abg. Ing. Rolf Huber: Sie sagen das ja nur, weil Sie mich ärgern wollen!*) Derzeit sind 1,2 Milliarden Chinesen und bald 900 Millionen India dabei, unseren Wirtschaftsstil zu kopieren, mit Hilfe unserer Konzerne, und die CO₂-Emissionen dort werden ja nur ein Abbild der Umweltbelastung bei uns sein. Sie wissen genau: Der Wiener Stil, CO₂ zu emittieren, ist nicht weltweit multiplizierbar. Das wissen Sie genau. Und wir haben die Aufgabe - wir hier in Wien, wenn Sie so wollen -, als reiche Stadt, als umweltorientierte Stadt vorzuzeigen, wie Mobilität mit mindestens dem halben CO₂-Input gewährleistet werden kann - und der ist noch zuviel, auf einen Zeitraum gerechnet, wo Sie und auch ich noch in der Politik tätig sein werden. Darum erschreckt es mich, wenn Sie sagen: Na ja, man kann da und dort etwas machen, aber die CO₂-Emissionen können wir letztlich überhaupt nicht reduzieren.

Und ein weiterer absurder Vergleich: 0,3 Prozent tragen die Österreicher oder die Wiener nur bei. Wir sind ja auch nur 8 Millionen von 5,5 Milliarden Weltbevölkerung! Was ist denn das bitte für ein Argument, daß wir nur 0,3 Prozent Anteil haben? Ich könnte sagen, ich, Christoph Chorherr, leiste überhaupt nur einen Beitrag von 0,0000 Promille. Das heißt doch gar nichts! Wir sind halt nur 8 Millionen Österreicher und nicht mehr. Das wird sich nicht so bald ändern. Und der Punkt ist, was wir spezifisch an Emissionen haben, Herr Abg. Huber! Und spezifisch haben wir sechsmal soviel wie ein durchschnittlicher Chinese und fünf- bis achtmal soviel wie ein durchschnittlicher India. (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Das ist die Hälfte von Berlin! Was ist denn?*)

Das ist noch viel zu wenig, Herr Klubobmann! Das ist noch viel zu wenig, und Sie haben offenbar nichts begriffen. Laden Sie einmal Kollegen Scheer ein! Da nützt Herumschreien überhaupt nichts. (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Ihre Vorstellung heißt zurück zum Lebensstandard von China! So kann man das nämlich auch interpretieren!*) Das ist ja interessant! Ich freue mich über die Debatte, weil sie Denkwelten transparent macht. Ich wiederhole den Zwischenruf von Klubobmann Svoboda: Chorherr will zurück auf den Standard von China. - Sie haben wirklich nichts begriffen. Sie haben nichts begriffen! Aber ich versuche gerne, es Ihnen zu erklären. (*Beifall bei den GRÜNEN. - Abg. Ing. Karl Svoboda: Sie sagen, was Sie wollen, und jemand anderer soll es zahlen! Das haben Sie ja gestern auch bewiesen! - Beifall bei der SPÖ.*)

Schreien Sie nicht, hören Sie einmal zu, Herr Klubobmann. Also es geht darum ... (Abg. Ing. Karl Svoboda: Jetzt sind Sie sprachlos!) Ich bin sprachlos wegen dieses derartig absurden Einwandes. Ich bemühe mich ja, zu verstehen, was da kommt. Ich will darauf gerne eine Antwort geben. Ich halte Menschen generell für lernfähig. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Sie unterscheiden sich nicht von den Fl!) Ich unterscheide mich nicht von den F? Schauen Sie, Herr Kollege Klubobmann Svoboda! Ich halte es für möglich, daß auch Sie das noch lernen. (Abg. Ing. Rolf Huber: Wenn ich gewußt hätte, wie Sie reagieren, hätte ich gar nichts gesagt!) Ich bin prinzipiell ein optimistischer Mensch, darum versuche ich Ihnen zu erklären, worum es geht. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Mir braucht niemand erklären, worum es geht, weil so gescheit sind Sie auch nicht!) Es ist ganz einfach. Ich bin gar nicht so gescheit. Man muß auch gar nicht so gescheit sein, um die moderne Klimapolitik zu verstehen.

Das schlechte Gewissen treibt Klubobmann Svoboda zu immer vehementeren Zwischenrufen, die leider immer falscher werden und immer mehr zeigen, daß Sie von der Klimapolitik nichts begriffen haben. Aber ich probiere es gerne noch einmal. Kommen Sie heraus, melden Sie sich zu Wort, sei es zu einer tatsächlichen Berichtigung oder einer Wortmeldung, und erklären Sie die sozialdemokratische Klimapolitik. Ich sage: Durch Produktivitätssteigerung, dadurch, daß wir moderne Technologien wirklich anwenden, ist es möglich, den Lebensstandard zu erhöhen und den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen um die Hälfte zu reduzieren. Amory Lovins und Weizsäcker sagen sogar Faktor 4. Es geht um Faktor 4. Und Sie gehen da heraus und sagen, es bleibt alles gleich. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Aber das haben wir ja schon eingeleitet! Das gibt es ja in Österreich schon!) Das gibt es in Österreich eben nicht! (Zwischenruf des Abg. Ing. Karl Svoboda.) Nein, das geht nicht, das versuche ich Ihnen näherzubringen, das versuche ich Ihnen zu erklären. Ich würde mich freuen, wenn der Klubobmann der sozialdemokratischen Fraktion in einer Stadt, die das Klimabündnisziel unterschrieben hat, das zur Kenntnis nehmen würde.

Der momentan anvisierte CO₂-Ausstoß pro Kopf ist weltweit gesehen ein extrem elitärer. Es ist undenkbar, daß mittelfristig Reichtum geschaffen wird, wo ein durchschnittlicher Erdenbürger, eine Erdenbürgerin auch nur halb so viel CO₂ emittiert wie wir. Dazu sind unglaublich vehemente Dinge notwendig. Es funktioniert ja schon in so einfachen Bereichen nicht, Beispiel Zirkusgasse oder Breitenfurter Straße. Wenn so einfache Dinge nicht funktionieren, wie daß die Fernwärme vor der Tür liegt und nicht in Anspruch genommen wird, dann wird klar: Es geht gar nicht um Geld, sondern nur um Politik hinsichtlich fossiler Energie oder gar Strom. Wir sind im Winter Stromnettoimporteure, wie Sie genau wissen, Herr Abg. Huber. Wenn nicht einmal so einfache Dinge funktionieren, dann, denke ich, ist die politische Vehemenz des Kli-

mabündnisziels nicht begriffen worden.

Daher sollte man mit Bescheidenheit und fast mit Demut hier herausgehen. Ich habe nie gesagt, daß das leicht zu erreichen ist. Das ist ja ein unfaßbar großes Vorhaben, vor dem alle Industrieländer und letztlich auch die Stadt Wien stehen, die CO₂-Emissionen um 50 Prozent zu reduzieren. Mit dem derzeitigen Tempo wird es nicht weitergehen.

Ich würde auch noch gerne auf den zweiten Antrag eingehen. Ich habe den ersten mitgenommen, der nämlich meine Wortmeldung motiviert hat. Sie gehen nicht heraus und sagen, was Sie vorhaben. Ich lese noch einmal wortwörtlich den Sensationsantrag der Kollegen Effenberg, Svoboda und Ruth Becher vor.

Welche konkrete Maßnahme wird da vorgeschlagen? Und Sie sind heute mit diesem Thema gekommen, nicht wir. Die Wiener Landesregierung wird aufgefordert, den relevanten künftigen Gesetzesvorlagen die jeweiligen Auswirkungen auf die Erreichung der im Klimabündnis vorgesehenen Ziele beizuschließen. (Abg. Franz-Karl Effenberg: Sie haben ja überhaupt nicht zugehört, was ich gesagt habe!) Ich habe doch Ihren Antrag vorgelesen, Herr Kollege Effenberg! Ein derart lächerlicher Antrag: Nutzt's nix, so schad's nix. Wir werden in Zukunft jedem Gesetz - zum Deutsch könnte man auch noch etwas sagen, aber das ist schon okay - die jeweiligen Auswirkungen auf die Erreichung des Klimabündnisziels beischließen. Wir sollten nicht nur Auswirkungen beischließen, sondern wir sollten konkrete Maßnahmen setzen, Maßnahmen, die von uns und zum Beispiel - ich nenne ihn jetzt als Person - von Kollegen Hawlik und in manchen Dingen, wenn er nicht da heraußen steht, auch von Kollegen Huber vehement gefordert werden.

Ich nenne Ihnen zum Beispiel ein paar Probleme, die der Kollege Huber auch kennt - jetzt verdreht er die Augen, wo es um Probleme geht. Ich sage es in Ihrer Sprache, Herr Kollege Effenberg: Es gibt ein paar Probleme in der Stadt halt auch noch. Sagen wir es einmal so. Können Sie mir da zustimmen? (Zwischenruf des Abg. Franz-Karl Effenberg.) Nein, das glaube ich nicht, daß Sie so gescheit sind, wenn Sie einen so blöden Zwischenruf machen, Herr Kollege Effenberg.

Ich sage Ihnen ein Problem, ein technisches Problem, das sehr wohl auch in Ihrem Bereich liegt. Vor zwei Tagen war in der Zeitung ein Artikel darüber, daß Wien nach wie vor absolut letztes Schlußlicht der neun Bundesländer hinsichtlich Sonnenkollektoren ist. (Abg. Ingrid Smejkal: Na und?) StR. Hatzl bringt es nicht einmal zusammen, das Schafbergbad von einer Ölheizung auf Solarwärme umzustellen. Da kann ich auch sagen, kein Wunder. Das würde ich aber nicht als Zwischenruf von Ihrer Seite machen. Ich sage, das ist kein Wunder, da Hatzl noch dazu argumentiert - im Stadtsenat vor einigen Wochen -, dazu hat er kein Geld, und im übrigen - Erklärung Hatzl, zwei Aussagen, die mich erschüttert haben, ich bringe sie hier gerne noch einmal - ist die Solarenergie noch nicht ganz technisch ausgereift und rechnet sich nicht. Der zu-

ständige Stadtrat 1995 dazul Und auf meine Frage - StR. Swoboda ist mein Zeuge, und ich glaube, der Kollege Klubobmann war auch dabei beim gemeinsamen Ausschuß - hinsichtlich Effizienzsteigerung sagt er, ja das kann man schon tun, Effizienzsteigerung hier und dort, aber wachsender Energieverbrauch sei eben auch ein Beweis einer prosperierenden Wirtschaft. 1995! Das steht im Protokoll, und ich mache, das kann ich noch während der Debatte tun, wenn es sein muß, eine tatsächliche Berichtigung, ich hole mir das Protokoll, wenn es sein muß. Ich habe mir noch extra aufgeschrieben: Wie kann 1995 - kein Wunderl - StR. Hatzl zu derartigen Aussagen kommen?

Wir sind also letzte. Man könnte einiges tun. Die 14 fossil beheizten Schwimmbäder sind nur ein Symbol dafür, worum es geht. Und Sie wissen genau, wo es überall möglich wäre, etwas zu tun. Ich sage Ihnen auch, was man da tun könnte. Man müßte zum Beispiel sich bei den sonst von mir durchaus geschätzten HBW hinsetzen und die verrückte Blockade auflösen, daß die HBW nur 30 oder 40 Groschen pro Kilowattstunde von solar erzeugtem Strom vergüten wollen. Das ist eine sehr technokratische Frage. Ich habe auch die Kollegen von der HBW, die ich sonst immer unterstütze, hierbei scharf kritisiert, da im Grunde momentan die HBW der Hauptbremsen der Durchsetzung der Solarenergie in Wien sind. Die HBW sind aber nicht irgendein böser Privatbetrieb, der halt private Gewinne auf Kosten der Umwelt machen will, sondern stehen im direkten Einflußbereich der Gemeinde Wien und sind erst jüngst mit unseren Stimmen direkt in die Stadtwerke, wo Sie auch tätig sind, Herr Abg. Huber, übergegangen. Da ist Handlungsbedarf. Da kann man etwas tun.

Da ist Handlungsbedarf gegeben, da kann man etwas tun.

Jetzt ein anderes Beispiel, wenn wir schon bei den HBW sind.

Ich erwarte mir von Ihnen konkrete Vorschläge für ein Tarifsystem, wonach die Fernwärme nicht nach dem tatsächlichen Verbrauch, sondern zumindest zur Hälfte nach der Fläche berechnet wird. Die derzeitigen Heiztarife führen dazu, daß sich Niedrigenergiehäuser - wenn ich nach den Quadratmetern zahle und nicht nach dem Verbrauch - oft betriebswirtschaftlich nicht rechnen. Also eine Forderung nach völliger Variabilität der Tarife. Sie wissen genau - weil auch bei Ihnen etliche Architekten, die Niedrigenergie bauen könnten, und Bauträger, die Niedrigenergie bauen wollen, waren -, daß diese sagen, mit der Tarifpolitik der HBW ist das unwirtschaftlich.

Wenn ich jetzt anfange, Ihnen all die Dinge zu erzählen, die Sie ja alle wissen - und das mache Ihnen ja zum Vorwurf - und (Abg. Ing. Karl Svoboda: Das sagen Sie!) auch lösen müßten, und dann nur einen Antrag stellen, dem Sie etwas beischließen wollen, dann denke ich mir, Sie sind nicht ganz am richtigen Dampfer! (Abg. Ing. Rolf Huber: Sie aber auch nicht! - Abg. Ing. Karl Svoboda: Das glaube ich auch!)

Nächste Geschichte: Ein Resolutionsantrag - dieselben drei Unterzeichner Franz-Karl Effenberg, Ing. Karl Svoboda, Mag. Ruth Becher -, bei dem auf HFCKW verwiesen wird. Da wird - unter anderem - auch auf eine durchaus interessante Weisung des Stadtbaudirektors verwiesen. Der Herr Stadtbaudirektor hat der Bundesstadt Wien eine Weisung erteilt, um in der Stadt Wien die klima- und umweltgerechte Beschaffung von Baustoffen auch weiterhin sicherzustellen.

Ich denke mir also, diese Weisung würde mich interessieren, und habe sie mir organisiert. Sie ist vom 27. November 1995 und besagt: Bei der Verwendung von Polystyrol und Extruder-Schaumstoff XPS ohne HFCKW als Treibgas sind die Ausschreibebedingungen - und so weiter - vorzusehen.

Anstatt hier einen mutigen Schritt zu setzen - der Herr Kollege Weber war ja vorhin da - und wirklich nicht nur HFCKWs, sondern sehr wohl auch FKWs, die das 1 200fache an Treibhausrelevanz in bezug auf CO₂ haben, entsprechend zu untersagen, bleibt es wieder nur beim ersten.

Jetzt könnte ich sagen, immerhin, wenigstens ein kleiner Schritt, wenigstens so viel sind wir weitergegangen. Wenn man da nur drei Buchstaben zusätzlich dazugeschrieben hätte, dann wäre ich hergegangen, hätte fest applaudiert und gesagt: Super, Herr Huber, super, Herr Effenberg, super, Herr Baudirektor Weber, jetzt haben wir zumindest einen wesentlichen Schritt gemacht. Aber ich werfe Ihnen vor, nicht, daß Sie nichts tun - das habe ich nie gesagt ... (Abg. Ing. Karl Svoboda: Oja, das haben Sie gesagt - Abg. Ing. Rolf Huber: Sie haben gesagt, daß nichts geschieht!)

Ich habe gesagt, der Effenberg macht nichts. Statt konkreter Maßnahmen geht er da hinaus und macht eine Verkündigung von Beischließungen. (Beifall bei den GRÜNEN.) Ich habe immer gesagt, ich begrüße viele Maßnahmen, aber angesichts des großen Ziels, das wir vor uns haben, sind das viel zu kleine und bescheidene Schritte. Man soll sich aber auch nicht mit etwas brüsten, wenn man weit weg vom Ziel ist, und wir - und das hat mich erschreckt - jetzt sogar davon abrücken, das Ziel als solches zu akzeptieren. (Abg. Ing. Rolf Huber: Das Ziel ist definiert! Reden Sie doch nicht, das wissen Sie ganz genau!) Wir leben nicht in Toronto, wir leben in Wien, Herr Abg. Huber! (Beifall bei den GRÜNEN.)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Amtsf. StR. Dr. Hannes Swoboda: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin immer überrascht, was in diesem Hohen Haus alles plötzlich entstehen kann und daß aus einem Antrag auf Fristverlängerung im Kleingartengesetz eine Debatte über das Toronto-Ziel und Klimabündnis entsteht. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Wer hat denn so protestiert? - Heiterkeit bei der SPÖ. - Abg. Jean Margu-

lies: Klima ist gut!.

Ich weiß nur jetzt nicht, ob der Kollege Chorherr für die Fristverlängerung ist oder nicht, denn er hat vergessen, darauf hinzuweisen. Aber ich hoffe doch, daß auch hier ein großes Einverständnis herrscht.

Darf ich nur ein paar wenige Bemerkungen, auch als Nichtfachexperte, dazu sagen:

Erstens: Kollege Chorherr, Sie haben auch das Thema Verkehr angeschnitten und es wird ja auch immer so unterschwellig gemeint, da geschieht nichts und auch das Maßnahmenprogramm und das Verkehrskonzept werden nicht durchgeführt. Allein wenn ich betrachte, was in den letzten Wochen oder Monaten hier geschehen ist - zum Beispiel in der Frage von Straßenbahnverlängerungen und neuen Buslinien, bei den Nachtbussen und bei der Vorbereitung von Sammeltaxis, die Sie ja selbst im konkreten auch begrüßt haben, oder bei der Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung -, dann frage ich mich, welche andere Stadt in so kurzer Zeit in den letzten Monaten so entscheidende Maßnahmen gesetzt hat, die natürlich nicht vollkommen und nicht vollständig sind, aber doch ... (*Abg. Jean Margulies: Weil Sie zu wenig Grüne haben, ganz einfach!*) Bitte? (*Abg. Jean Margulies: Weil Sie zu wenig Grüne haben!*)

Ich würde sagen, daß man trotz der Grünen diese Maßnahmen hier ganz entscheidend setzt. Unabhängig davon würde ich es vielleicht so sagen: Diese Maßnahmen setzt hier die Stadt und gerade auch die Verkehrspolitik leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, wie man ja auch - Kollege Huber hat es erwähnt - aus den steigenden Fahrgästen sieht. Trotzdem steigen leider viele zu oft ins Auto ein und fahren, aber das ist eine andere Sache. Die entscheidenden Maßnahmen der Stadt sind hier aber zu erwähnen.

Zweitens: Bei den Sonnenkollektoren ist der Vergleich natürlich ein bißchen hinfällig, weil Sie ja wissen, wie schwierig es ist, zum Beispiel im mehrgeschossigen Wohnbau Sonnenkollektoren auszubauen, welche Probleme es dabei gibt und ... (*StR. Mag. Christoph Chorherr: Aber bei den Einfamilienhäusern ist das doch kein Problem!*) Sicher ist das wieder ein anderes Problem, ob ich das im Einfamilienhausbereich selber entscheiden kann. Sie wissen aber auch, daß wir gerade eine Reihe von Erleichterungsmaßnahmen gemeinsam beschlossen haben!

Jetzt zu der - glaube ich - sehr entscheidenden Frage, die der Kollege Huber angeschnitten hat.

Im übrigen darf ich Ihnen nur mitteilen, daß der von Ihnen erwähnte Scheer am Montag nach Wien kommt und hier ein Referat hält. Da kann man ja dann auch diskutieren.

Aber nun zur entscheidenden Frage des Toronto-Ziels beziehungsweise des Ziels des Klimabündnisses.

Die Aussage - aber der mußt du doch zustimmen, Kollege Chorherr -, die der Kollege Huber getroffen hat, ist doch die, daß es eines sehr unterschiedlichen Kraft- und Finanzaufwandes bedarf, ob man von einer ohnedies guten Lage auf die Hälfte des jeweiligen Aussto-

ßes reduziert oder von einer schlechten Lage. Ein Land mit einem sehr hohen CO₂-Ausstoß kommt mit geringeren Mitteln auf die Hälfte dieses hohen Ausstoßes als ein Land oder eine Stadt, wo ohnedies der CO₂-Ausstoß schon relativ abgesenkt ist. Das ist einmal der Punkt eins. Insofern muß man deutlich sagen, daß die Ziele, wenn man sie überlegt hätte, nicht optimal - um es einmal so zu sagen - formuliert sind.

Zweitens: Es ist hier China erwähnt worden. Es ist auch ganz ... (*Abg. Ing. Rolf Huber: Die Amerikaner haben den fünffachen Ausstoß!*) Ja, das ist ... (*StR. Mag. Christoph Chorherr: Wir haben den achtfachen der Entwicklungsländer!*) Moment, ich komme gleich zu den Entwicklungsländern, weil du auch ganz genau weißt, daß die Debatte inzwischen ja schon viel weiter fortgeschritten ist - gerade auch bei den Umweltkonferenzen, zum Beispiel in Berlin.

Für den Austausch und die Belastung der Umwelt in unserer Welt - und das ist halt ein globales Problem - wird natürlich derselbe Aufwand, den wir in jene Industrieländer hineinstecken, wo wir schon relativ weit sind - insbesondere in Europa -, in China oder in anderen Ländern für die Entlastung der Umweltbelastungen ungleich effizienter sein. Aber auch das ist inzwischen bekannt, und wir sind natürlich jetzt schon in dieser Situation, daß jede Einheit, die in China produziert wird, mit ungeheuer - pro Einheit des Produktionsausstoßes - viel mehr Umweltbelastung verbunden ist als jede Einheit, die hier in Europa produziert wird. Daher ist es natürlich ganz wichtig, daß wir gerade in den Entwicklungs- und Industrieländern entsprechende Anstrengungen unternehmen. Nun heißt das nicht - und ich glaube, der Kollege Huber ist ein Garant dafür -, daß wir sagen, wir brauchen bei uns nichts zu machen, das sollen die Chinesen machen oder es soll woanders gemacht werden. Das heißt das nicht! Es heißt nur, daß diese simple und einfache Form, in der das Toronto-Ziel und das Ziel des Klimabündnisses nach dem damaligen Stand der Diskussion formuliert wurden ist, dem heutigen Stand des Wissens nicht mehr entspricht.

Ich weiß, daß es ungemein schwer sein würde, dem Wiener zu erklären: Wir nehmen jetzt dieses Steuergeld und investieren dasselbe vielleicht in der Slowakei oder letztendlich in China, weil dadurch stärker ... (*Abg. Gerhard Pfeiffer: Wollen Sie jetzt über China diskutieren oder über das Gesetz?*) Ja Moment, es übersteigt vielleicht Ihre Probleme, aber vielleicht wird dadurch auch die Belastung in unserem Land und in unserer Welt stärker reduziert.

Das ist die Debatte und das hat der Kollege Huber hier auch erwähnt. Nicht auf die Verabschiedung der Bemühungen, ob wir das Toronto-Ziel - und der Kollege Hawlik hat das ja auch ausgedrückt - oder das Klimabündnis-Ziel erreichen, sondern auf meine Feststellung, daß natürlich dort, wo ein schlechtes Energieverhältnis oder ein starker Ausstoß an CO₂ oder anderen Umweltbelastungen ist, wesentlich mehr mit zugleich geringerem finanziellen und organisatorischem Aufwand

zu reduzieren ist, als das hier bei uns in Wien oder in Österreich der Fall wäre, sollte ganz klar hingewiesen werden. Das war der Debattenbeitrag oder auch der Hintergrund des Debattenbeitrages, so wie ich es sehen würde und der Kollege Huber es hier gesagt hat.

Ansonsten stimmen wir überein, daß eine Reihe von Maßnahmen noch gesetzt und Anstrengungen forciert werden müssen, um das zu erreichen, was wir uns - glaube ich - gemeinsam vorgenommen haben. Diese Hinweise heißen aber nicht, daß wir in Wien nichts mehr zu machen brauchen. Aber auch der Hinweis, daß wir in Wien in einer viel besseren Position sind als viele andere Städte, heißt ebenfalls nicht, daß wir hier nichts machen müssen.

Damit aber das Klima auch bei den Kleingärtnern gut bleibt, bitte ich trotzdem und trotz dieser Debatte um eine Verlängerung der im Kleingartengesetz vorgesehenen Frist. Wir wollen allgemein keine Klimaverschlechterung, auch nicht bei den Kleingärtnern. - Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Danke, wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke, das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen. (*Abg. Dr. Friedrun Huemer: Nein, nein! - Abg. Jean Margulies: Die GRÜNEN stimmen doch nicht mit! - Aufregung bei den GRÜNEN.*)

Entschuldigung. Ich habe eine Postnummer übersehen! Wie gibt es das? (*Weitere Aufregung bei den GRÜNEN.*) Also, ich korrigiere - mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Behandlung der beiden Beschuß- und Resolutionsanträge. Hier haben wir zunächst zu befinden über den Antrag der Abgen. Effenberg, Ing. Svoboda, Mag. ... (*Abg. Gerhard Pfeiffer: Die zweite Lesung!*) Bitte? (*Abg. Gerhard Pfeiffer: Die zweite Lesung!*) Nein, zuerst kommen die Beschußanträge und dann die zweite Lesung, Herr Kollege! (*Abg. Ilse Forster: Im Landtag ist das etwas anders!*)

Ich wiederhole: Beschußantrag der Abgen. Effenberg, Ing. Svoboda, Mag. Becher, betreffend künftige Gesetzesvorlagen im Zusammenhang mit dem Klimabündnis. (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Geschäftsordnung!* - *Abg. Gerhard Pfeiffer: Auswirkungen beischießen!*) Ja, das ist dann hier im Antragstext vorgesehen: Künftigen Gesetzesvorlagen sind die jeweiligen Auswirkungen auf die Erreichung der im Klimabündnis vorgesehenen Ziele beizuschließen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Beschuß- und Resolutionsantrag - es wurde die sofortige Abstimmung verlangt - zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist also einstimmig angenommen. (*StR. Mag. Christoph Chorherr: Wir schließen uns bei! - Aufregung bei den GRÜNEN.*)

Mein Irrtum vorhin war, daß ich geglaubt habe, es gibt bei der grünen Fraktion gegen diesen Beschuß- und Resolutionsantrag einen Widerstand. Ich habe aber

nicht geglaubt, daß es diesen gegen die Gesetzesvorlage gibt. (*Abg. Günter Kenesei: Jetzt wird es argl - Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Aber bitte, so läßt man sich dann überraschen.

Wir kommen nun zum zweiten Beschuß- und Resolutionsantrag, wieder eingebracht von den Abgen. Effenberg, Svoboda und Becher. Es geht hier um den bereits vollzogenen Verzicht des Landes Wien auf die Beschaffung HFCKW- und FKWhältiger Produkte, Geräte und Anlagen, wo immer die technische und ökonomische Möglichkeit dazu gegeben ist. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist jetzt mit Mehrheit so beschlossen.

Nun kommen wir, wenn kein Widerspruch erfolgt - Kollege Karl, kein Widerspruch -, zur zweiten Lesung dieser Vorlage. Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz auch in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Postnummer 5 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 geändert wird.

Berichterstatter dazu ist Herr LhptmStv. Dr. Rieder und ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter LhptmStv. Dr. Sepp Rieder: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte über den Gesetzesentwurf betreffend eine Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes. Im wesentlichen geht es um Begleitmaßnahmen zur Verlängerung des KRAZAF und um eine Änderung der Gesetzesbestimmungen, die sich auf die Patienten der Sondergebührenklasse bezieht. Der Gesetzesentwurf ist vom Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen am 8. November beschlossen worden. Ich bitte, in die Debatte einzutreten und die Spezial- und Generaldebatte in einem abzuführen.

Präsident Dr. Erwin Hirnschall: Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen.

Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

Ich werde daher so vorgehen: Die Debatte ist eröffnet.

Zum Wort gemeldet ist als erster Redner Herr Abg. Margulies. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Jean Margulies (GRÜNE): Zuerst zur formellen Beantragung. In diesem Gesetz, beziehungsweise bei der Veränderung des Krankenanstaltengesetzes, geht es ja um zwei Punkte, und zwar um das gesetzliche Zur-Kenntnis-Nehmen eines verfassungsgerichtlichen Entscheids - das sind die Punkte 1 bis 3.

Wir nehmen das zur Kenntnis und wollen diesen Punkten 1 bis 3 inklusive Art. 3 Zif. 2 zustimmen. Daraus ersuchen wir um getrennte Abstimmung, zumindest in der ersten Lesung, weil wir den Punkten 4 und 5, die im Zusammenhang mit dem KRAZAF behandelt

werden, nicht zustimmen wollen.

Angesichts der Tatsache, daß ich dreieinhalb Tage intensive Beratungen hinter mir habe, erspare ich mir - obwohl es sicherlich nicht uninteressant wäre - eine inhaltlich ausführliche Diskussion über eine notwendige Gesundheitsreform in diesem Land beziehungsweise in dieser Stadt. (Abg. Ing. Karl Svoboda: *Das wäre aber interessant!*) Ja, es wäre interessant, und ich nehme an, daß gerade eine Reihe von sozialdemokratischen Abgeordneten, denen Gesundheit und Soziales noch am Herzen liegt, viele Impulse und Initiative mitnehmen könnten.

Nichtsdestotrotz möchte ich schon auf einige Punkte hinweisen, die mit dem KRAZAF im Zusammenhang stehen.

Erstens: Bereits im Ausschuß habe ich darauf hingewiesen - und ich nehme an, es kommt im Laufe der Debatte ein Änderungsantrag, weil wir ja auch das eine Jahr Verlängerung beschließen ... (Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch: *Sie hätten ja mitgehen können, ich habe Sie ja gefragt!*) Ja, ich bin dagegen.

In der jetzigen Situation wollte ich nicht bösartig sein, sondern nur die Feststellung treffen, daß ein Änderungsantrag kommen wird, dem wir in den Punkten 4 und 5 nicht zustimmen wollen. Ich hoffe, daß man das erkennt. (*Lautes Geräusch im Saal.*) Was war jetzt? Das ist das eine Ohr, wo ich Mittelohrentzündung habe. Ich habe das jetzt nicht so genau gehört. (Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch: *Ja wirklich, Sie hätten mitgehen können!*) Ihr wollt ja alle nach Hause! Mir ist das egal, wenn sie unterbrechen! (Abg. Ing. Karl Svoboda: *Also erstens einmal, wir gehören zu der Fraktion in diesem Haus, die arbeitet, im Gegensatz zu anderen, die nicht einmal anwesend sind!*) - Abg. Ilse Forster: *Wir arbeiten und die anderen sind nicht einmal da!* Also der Prozentsatz unserer Abgeordneten, die anwesend sind, ist mindestens so hoch wie der Prozentsatz der Sozialdemokraten. Ich möchte das schon einmal festhalten, wenn man schon darüber diskutiert! (*Aufregung bei der SPÖ.*) Also ich sehe da überhaupt kein sehr großes Problem. (Abg. Gerhard Oblässer: *Wo ist denn der fleißige Klubobmann Pilz?*) Er ist ... (Abg. Ilse Forster: *Das ist die Frage!*) Sie haben das schon öfters gefragt und ich möchte Ihnen das auch einmal eindeutig beantworten: Der Klubobmann der GRÜNEN ist derzeit im Interesse der Wiener Bevölkerung unterwegs, um die Interessen wirksam wahrzunehmen. (Abg. Ing. Karl Svoboda: *Das ist ja sehr interessant! Sehr interessant!* - Abg. Ilse Forster: *Das ist eine Mißachtung des Landtags!* Wie halten wir denn das? Schauen Sie sich doch die Geschäftsordnung an, die verpflichtet, anwesend zu sein! - *Große Aufregung bei der SPÖ und den F.J.*) Also ich bin gern bereit, über die Anwesenheit von Mandataren in diesem Haus zu diskutieren. Ich stelle fest, daß von 18 Mandataren der ÖVP 1, 2, 3, 4 (Abg. Ilse Forster: *Man sollte nachschauen, wer von Anfang an da war!*), 5 anwesend sind. (Abg. Gerhard Oblässer: *Der Dr. Pilz hat ja in der Zeitung gesagt, alle anderen sind faul, nur*

er ist fleißig! - Abg. Ing. Karl Svoboda: *Wo ist er denn wirklich? So fleißig!*) Er unterhält sich wahrscheinlich mit den anderen Klubobbleuten (Abg. Ing. Karl Svoboda: *Er unterhält sich!* - *Weitere Aufregung bei der SPÖ und den F.J.* der Opposition, anders kann ich mir das nicht erklären. (Abg. Ing. Karl Svoboda: *Nein, er unterhält sich nicht!*) - Abg. Ilse Forster: *Er muß Schadensbegrenzung machen, deshalb ist er nicht da!* - Abg. Dr. Rüdiger Stix: *Er sagt an der Petrovic ihrem Sessel - Große allgemeine Aufregung.*)

Wenn ich Sie, Herr Stix, ernst nehmen würde, würde ich einen Ordnungsruf verlangen! (Abg. Dr. Rüdiger Stix: *Danke!*) Aber an sich passen Sie ja wunderbar in die Riege und mich wundert es ja, daß Sie da im Gemeinderat verkommen und nicht bei der Buberlpartie, die ja die Politik der Freiheitlichen bestimmt, sind. Ich bin überzeugt, Sie könnten mindestens so gut wie der Herr Westenthaler das Aktentascherl tragen! Davon bin ich wirklich überzeugt! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Gut, gehen wir zurück zum KRAZAF. (*Weitere allgemeine Aufregung.*)

Präsident Dr. Erwin Himschall: Bitte am Wort ist der Kollege Margulies. Kehren wir wieder zurück zur Behandlung der Gesetzesvorlage.

Abg. Jean Margulies (GRÜNE): Bezüglich KRAZAF: Also erstens ist der Einwand, den ich bereits gebracht habe und nicht näher begründen will, formell.

Ich halte es nach wie vor für falsch, daß wir Ende November 1995 ein Gesetz beschließen, das mit 1. Jänner 1995 in Kraft tritt. Es wäre die Möglichkeit gewesen, sich im Jahr 1995 ausführlich mit der KRAZAF-Gültigkeit zu befassen, weil diese Angelegenheit schon im März beziehungsweise April in der Landesregierung war. Ich halte das demokratiepolitisch für bedenklich und will mich daher mit diesem Teil nicht näher befassen.

Das zweite ist die Verlängerung für 1996, also für ein Jahr.

Ich halte diese kontinuierlichen Kurzverlängerungen ohne Konzeption und ohne inhaltliche Vereinbarungen für derart problematisch, daß wir nach ausführlicher Diskussion zum Schluß gekommen sind, in dieser Frage keine Zustimmung zu geben. (Abg. Ing. Karl Svoboda: *3,5 Milliarden Schilling weniger für die Stadt ist besser?*) Auch das bin ich gerne bereit zu diskutieren. (Abg. Ing. Karl Svoboda: *3,5 Milliarden weniger ist besser? Ich sage es, wie es ist!*)

Herr Klubobmann Svoboda, ich habe mir an sich fest vorgenommen - angesichts der dreieinhalb Tage -, mich auf zehn Minuten zu beschränken. Wenn Sie das aber unbedingt so wollen - und mich freut dieses ungeheure Interesse an meinen Ausführungen -, so bin ich gerne bereit, Ihnen dieses näher zu erläutern.

Wir haben im Zusammenhang mit dem KRAZAF ganz konkrete und konsequente Forderungen gestellt. Wir haben in dieser Frage der Gesundheitspolitik ein Maß an Pragmatismus und Realpolitik an den Tag gelegt, daß ich mich selber über mich gewundert habe,

daß ich diese Art von Realpolitik und Pragmatismus zusammenbringe. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Es ist leider Gewißheit geworden! - Abg. Ilse Forster: Wir sind beeindruckt!)

Wir haben angesichts der Tatsache, daß im Gesundheitswesen radikale Reformen zwar notwendig sind, aber trotzdem behutsam durchgeführt werden müssen, um nicht das ganze Gesundheitssystem zu gefährden, folgende Überlegungen zur Diskussion gestellt:

Erstens: Eine behutsame Gesundheitsreform einzuleiten, die beinhaltet, daß der KRAZAF in seinem Grundwesen bei Akzeptanz einer Reihe von Grundüberlegungen auf fünf Jahre verlängert wird, wobei von uns zwei, drei ganz entscheidende Sachen verlangt worden sind. Mit dieser Verlängerung soll schon vor dem 1. Jänner 1996 konsequent - zumindest buchhalterisch - die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung eingeführt werden. Zumindest buchhalterisch aus dem Grund, weil natürlich auch wir wissen, daß derzeit die Voraussetzungen für eine echte LKF noch nicht gegeben sind. Gleichzeitig verlangen wir eine Deckelung der Beträge, damit zumindest garantiert ist, daß die Erhöhung der KRAZAF-Mittel in den Spitäler und Krankenanstalten nur dem Teuerungsausgleich entsprechend geschieht und diese nicht abgesenkt werden.

Gleichzeitig haben wir festgehalten, daß ein projektiertes Krankenanstaltenplan - der bundesweite Krankenanstaltenplan - für verbindlich erklärt werden soll. Wir haben signalisiert, daß wir diese Problematik ernst nehmen und anerkennen, daß sie kompliziert ist. Wir anerkennen aber nicht, daß jedesmal unverbindlich verlängert und gehofft wird: Der Papa - im konkreten Fall vielleicht die Mama, weil wir ja eine Gesundheitsministerin haben, und ich es eigentlich für sehr erfreulich halte, daß wir eine Frau an der Spitze des Gesundheitswesens haben - wird es schon richten.

Wir haben auch konkrete Maßnahmen, die jetzt und sofort in Wien gemacht werden könnten, verlangt. Die Salzburger beispielsweise - in Wien fehlen uns diese Unterlagen - haben eine Studie über Substitutionspotentiale durchgeführt. Es wurde also untersucht, um wieviel weniger Menschen in den Spitälern beziehungsweise Pflegeheimen untergebracht werden müßten, wenn dieses Gesundheitswesen wirklich vorrangig ambulante und extramurale soziale und gesundheitspolitische Einrichtungen - sei es von der Stadt oder von niedergelassenen Ärzten - ausgebaut hätte. Diese Studie hat gezeigt, daß es sehr hohe Potentiale gäbe, und ich frage mich, wieso gibt es in Wien solche Sachen nicht?

Eine zweite Sache, die wir auch sofort durchsetzen könnten, ist die Einführung einer echten Qualitätssicherung, aber nicht eines Qualitätsmanagements, wo dann der zuständige Mann im KAV einer Berufung nach Harvard folgt, weil die Berufung nach Wien halt doch nicht so interessant ist und viele Überlegungen, die mit Qualitätssicherungen in Einklang zu bringen

sind, in Wien eben nicht realisierbar sind. Dennoch wäre es möglich, hier diesen Schritt zu setzen.

Wir könnten aber auch die Frage der Operationsnotwendigkeiten durchforsten. So gäbe es also genug Wege, die jetzt und heute konkret realpolitisch und - ich behaupte das aufgrund der Kenntnisse aus dem Gesundheitsausschuß - auch einstimmig über die Bühne gehen könnten, weil alle Parteien und Menschen, die in diesem Ausschuß sind, doch der Meinung sind - und ich glaube Ihnen das auch allen und hoffe, daß man das auch mir glaubt -, daß sie die qualitativen Verbesserungen dieses Gesundheitssystems wirklich wollen.

Jetzt komme ich also zur Verwendung der KRAZAF-Strukturreformmittel, und da packt mich wirklich der Zorn. Also, ich habe den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes bezüglich KRAZAF gelesen. Ich will Ihnen den jetzt nicht ausführlich vorlesen, aber ich will dazu drei Anmerkungen machen.

Die erste Anmerkung ist, daß Wien - seit Jahren - immer wieder nur bereit ist, 10 Prozent der Strukturreformmittel für den extramuralen Bereich und zur Entlastung der Krankenanstalten zu verwenden. Wir dürfen aber - laut KRAZAF - bis zu 25 Prozent verwenden. Nein, wir verwenden nur 10 Prozent! 1994 waren das 300 Millionen, würden 25 Prozent verwendet werden, wären 750 Millionen in diesen Bereich gesteckt worden.

Die Niederösterreicher aber - und das ist eine der wenigen Ebenen, wo die ÖVP Niederösterreich oder das Land Niederösterreich, Vorbildwirkung hat, wobei ich glaube, daß der Gesundheitsreferent von der SPÖ ist, also braucht sich da niemand auf den Schlipps getreten fühlen - verwenden 14 Prozent für die (Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Sie müssen aber auch dazu sagen, was in den 14 Prozent drinnen ist!) Strukturreformmittel! Würden wir 14 Prozent - wie die Niederösterreicher verwenden - dann würden (Abg. Ing. Karl Svoboda: Wir haben ja auch die Patienten aus Niederösterreich in unseren Spitäler!) uns für den ambulanten extramuralen Bereich 120 Millionen Schilling mehr zur Verfügung stehen!

Ich kritisiere vehement die Reduzierung auf 10 Prozent. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Sie machen es sich sehr einfach! Wir haben ja auch die Patienten aus Niederösterreich und die Stadt muß zahlen! Was macht denn die Fremdpatientenregelung? Ich frage nur: Was machen die fremden Patienten aus Niederösterreich aus? Was zahlen die? Ich frage Sie!)

Herr Klubobmann! (Abg. Ing. Karl Svoboda: Ich frage Sie!) Was mich so an Ihnen fasziniert, ist (Abg. Ing. Karl Svoboda: Was macht denn eine Anerkennung der Leistungen der Stadt? Es wird nur immer geschimpft! Sie sind ein Wiener Vertreter! So schauen die Wiener Vertreter aus! Alles ist gut, was die anderen machen!), Sie sind einer der vehementesten Vertreter einer Auffassung, daß man sich inhaltlich und detailliert mit einem Tagesordnungspunkt, wenn er auf der Tagesordnung steht, befaßt. (Abg. Ing. Karl Svo-

boda: Aber nein! Sie erinnern mich an meine Jugend (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Aber!*), wenn ich - beispielsweise - gegen Demokratieverletzungen in Rußland protestiert habe, dann haben mir meine Genossen immer gesagt: Aber in Amerika verfolgen sie die Neger! Damit haben sie gemeint, ich soll endlich eine Ruhe geben.

Wenn ich die Verwendung der Strukturreformmittel kritisiere - diese 10 Prozent - und die Möglichkeit aufzeige, daß 25 Prozent - laut KRAZAF-Vereinbarung - verwendet werden dürfen, erzählen Sie mir irgend etwas von den niederösterreichischen Gastpatienten. Noch dazu, wo Sie immer nur erzählen, wieviele Gastpatienten wir aus den Bundesländern behandeln, aber ich habe noch nie eine Zahl gehört, wieviele Wiener in den Bundesländern behandelt werden! (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Sie wissen es doch selbst, Sie sind ja im Ausschuß!*) Es gibt Dutzende Freizeitunfälle - beispielsweise in Niederösterreich, im Burgenland und in der Schiszaison vor allem in Salzburg und in Tirol -, wo dann natürlich auch Wiener in Spitalsbehandlung sind.

Wir wenden uns mit Recht gegen die Ausländerfeindlichkeit bestimmter Organisationen, aber - so geht das doch nicht - kaum reden wir über das Spitalswesen, schreit jeder Provinzler: Raus aus Wien! Was soll das? Was soll diese Diskussion immer wieder? Egal, was wir reden, wenn unser Wiener Spitals- und Krankenanstaltenwesen kritisiert wird, kommt, wie das Amen im Gebet: Aber die Niederösterreicher, aber die ... und so weiter und so fort.

Es geht darum, daß ich festgestellt habe: In Niederösterreich werden 14 Prozent der Strukturreformmittel für Strukturreformen zur Verfügung gestellt, in Wien nur 10 Prozent. Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofs hält das fest und kritisiert das!

Das, was mich aber in diesem Bericht wirklich zornig macht, ist die Aufteilung der Wiener Landesgruppe 95 zwischen Krankenanstaltenfinanzierung und Strukturreformmittel durch die Landesregierung vom 7. November 1995. Ich schlage dann die zweite Seite, Punkt 2, auf und lese: Gemäß den - vom Fonds - erlassenen Richtlinien entscheidet das jeweilige Land über die Verteilung der Strukturreformmittel.

Es wird dann die MA 47 angeführt, und ich möchte festhalten, daß es bei diesen Strukturreformmitteln darum geht, Maßnahmen zu setzen, die den stationären Bereich entlasten. Da stimmen wir doch überein? Gut!

Dann wird darüber informiert, was die MA 47 mit diesen Strukturreformmitteln macht: Hauskrankenpflege, Heimhilfe, mobile Schwestern, städtische Pflegeheime, Kostenübernahme privater Heime, Essen auf Rädern und so weiter.

Außerdem wird dann noch der Gesamtaufwand dieser Maßnahmen - die Strukturmaßnahmen der MA 47 zur Entlastung des stationären Bereichs - mit 3,4 Milliarden Schilling angegeben. Da zucke ich aus, da ich weiß - und Sie wissen das genauso -, daß von

den 3,4 Milliarden 2,3 Milliarden ausschließlich die Pflegeheime - sowohl städtische, als auch private - bekommen und für den extramuralen Bereich - Heimhilfe und so weiter - nur 1,2 Milliarden bleiben.

Der überwiegende Teil der Strukturmaßnahmen geht also nicht in den ambulanten Bereich, geht nicht in den Bereich, der die stationären Einrichtungen entlasten sollte. Darum hat man die MA 47 wahrscheinlich "Betreuung zu Hause" genannt, damit man solche Beschlüsse machen kann. Die MA 47 gibt dreieinhalb Milliarden Schilling aus - das ist der ambulante extramurale Bereich -, denn außer uns schaut das niemand so genau an. (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Das ist aber nicht wahr!*) Nein, ich meine uns Gemeinderäte, nicht uns GRÜNE. Entschuldigung, das war ein Mißverständnis!

Die Öffentlichkeit versteht unter "Betreuung zu Hause" 3,5 Milliarden Schilling, die selbstverständlich Ausgaben für den extramuralen Bereich sind, und ist davon überzeugt, daß zwei Drittel nicht in die Pflegeheime gehen. Für das verwenden wir dann noch die Strukturreformmittel.

Schauen wir uns doch einmal an, wie diese 1,1 Milliarden Schilling im ambulanten Bereich verwendet werden - zum Beispiel die mobilen Schwestern. Die Hälfte der Kosten übernimmt dafür das ASVG - das sind 33 Millionen - und zirka 30 Millionen bezahlen wir von diesen KRAZAF-Mitteln. Wir erzählen aber immer, wir können die mobilen Schwestern nicht auf 300 ausbauen und haben deshalb nur 109, weil wir keine finanziellen Mittel haben.

Aber auch bei der Heimhilfe, bei der Hauskrankenpflege, beim Essen auf Rädern und so weiter erzählt man ganz stolz, man hat den Deckungsgrad von 10 Prozent auf 27 Prozent erhöht. Ich behaupte aber, man hat in diesem Bereich bereits einen Deckungsgrad - wenn man die KRAZAF-Mittel dazu zählt - von 80 bis 90 Prozent - und das ist inakzeptabel!

Daher werden wir diesem Tagesordnungspunkt nicht zustimmen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Ingrid Smekal: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Pfeiffer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gerhard Pfeiffer (ÖVP): Frau Präsidentin Herr Vizebürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtags!

Eine Änderung des Krankenanstaltengesetzes in diesem Bereich ist tatsächlich hoch an der Zeit. Bisher wurden jene Menschen, die sowieso bereit waren, zusätzlich zu dem, was sie für die Sozialversicherung einzuzahlen, auch noch eine private Versicherung zu bezahlen, um dadurch ihre persönliche Vorsorge beziehungsweise ihre medizinische Vorsorge stärker finanzieren zu können, zweimal zur Kasse gebeten.

Erst einmal über die normalen Steuermittel, mit deren Hilfe die Gemeinde Wien die Differenz zwischen dem Tagsatz und dem Pflegegebührensatz der Krankenkasse bezahlt. In Wien sind es bereits nur mehr 25 Prozent Deckung, das heißt, daß 75 Prozent aus

Steuermitteln zugeschossen werden. Das haben jene bezahlt, die zusätzlich dann noch diese 75 Prozent aus ihren Privatversicherungsmitteln zahlen mußten.

Also das ist wirklich eine erstaunliche Gegebenheit. Mich wundert das schon sehr, daß es eines Urteils des Obersten Gerichtshofs - im März dieses Jahres - bedurf hat, damit es hier endlich - nachdem die Privatversicherungen schon Sturm gerannt sind - zu einer Änderung kommt. Ich anerkenne aber auf der anderen Seite, daß die Gemeinde Wien das freiwillig tut, denn das Urteil galt natürlich nur im Zusammenhang mit Oberösterreich.

Wenn die Gemeinde Wien sich eine Rechtsmeinung aneignet, die der Oberste Gerichtshof schon hat, und das nicht erst wieder in einem eigenen Verfahren beziehungsweise in einem Prozeß klargestellt werden muß, dann ist das immerhin schon etwas.

Aber trotzdem - und das muß man festhalten - sind hunderte von Millionen Schilling, die natürlich über die Prämien der Privatversicherungen bezahlt wurden, eigentlich zusätzlich und ungerechterweise von jenen Menschen einkassiert worden, die bereit waren, mehr für ihre Gesundheitsvorsorge zu leisten. Ich glaube, daß das nicht in Ordnung war und es gut ist, daß sich das nunmehr ändert. Das ist der eine Bereich.

Vergessen wir dabei aber nicht, daß es gerade auch jene Privatversicherten sind, die nicht nur für sich selbst in diesem Falle etwas Gutes tun. Wir könnten uns nämlich die niedrigen Ärztegehälter, die zum Beispiel in den Krankenanstalten bezahlt werden, tatsächlich nicht leisten, würden nicht noch über die Privatversicherungen zusätzliche Privathonorare an die Ärzte, die in unseren Spitäler tätig sind, bezahlt werden. Denn dann wäre sicherlich auch die Allgemeinheit gefordert und müßte mehr bezahlen.

Es ist also nicht nur ein Beitrag für sich selbst und aus egoistischen Gründen, der hier bezahlt wurde, sondern diese Mehraufwendungen, die diese Menschen geleistet haben, haben sie auch dafür geleistet, daß es sich eine Stadtverwaltung - ein Krankenhausträger - leisten kann, so niedrige Löhne zu bezahlen. Das bringt mich auf etwas, was in diesem Zusammenhang ja jetzt geschehen ist.

Der Herr Vizebürgermeister, der sich sonst immer für inkompotent erklärt, wenn es darum geht, mit der Ärzteschaft gemeinsam etwas für unser Gesundheitswesen zu tun, hat jetzt sofort - im Zuge dieses Urteils - entdeckt, daß er da vielleicht auf die privaten Mittel dieser Ärzte Zugriff nehmen könnte. Im gestrigen "Standard" mußten wir lesen, daß er meint, diese Mittel vielleicht anders verteilen zu können - und anderes mehr -, obwohl er selbst ganz genau weiß - und das muß ich hier einmal klarstellen -, daß im § 45 des Krankenanstaltengesetzes drinnensteht, daß diese Mittel der Privatversicherung eindeutig nur aus einem Privatvertrag zwischen dem Arzt und dem jeweiligen Patienten bezahlt werden.

Der Absatz drei lautet: "Die Abteilungs- oder Institutsvorstände sind berechtigt, von Patienten der Son-

derklasse ein mit ihnen zu vereinbarendes Honorar zu verlangen." Honorar - Arzt- Patient, das hat einmal mit der Gemeinde oder mit dem Krankenanstaltenträger überhaupt nichts zu tun. Dasselbe gilt hinsichtlich anderer Honorare. Der auf den Vertreter und die anderen Ärzte des ärztlichen Dienstes entfallende Anteil des vereinbarten Honorars ist jährlich einvernehmlich zwischen den jeweiligen Abteilungs- oder Institutsvorständen und den anderen Ärzten des ärztlichen Dienstes festzulegen. Er muß jedoch mindestens 40 von 100 betragen.

Was das im Zusammenhang mit dem Herrn Gesundheitsstadtrat, der Gemeinde Wien und den Krankenanstaltenträgern oder dergleichen zu tun hat, ist überhaupt nicht zu erkennen und - interessanterweise - es war ja auch in der Stellungnahme des Stadtsenats zum Ergebnis der vom Rechnungshof durchgeföhrten Überprüfung des Allgemeinen Krankenhauses folgendes sehr schön zu lesen: "Hinsichtlich der Aufteilung wird darauf hingewiesen, daß es nicht Aufgabe des Rechtsträgers sein kann, die privatrechtlichen Ansprüche der Ärzte zu vertreten und zu überwachen." - Kassieren täte er es halt gerne, aber das werden sie wahrscheinlich nicht spielen!

Ich habe in der Zwischenzeit gelesen, daß hier gestern am Abend oder am Nachmittag ein Gespräch stattgefunden hat, und der Ärztekammerpräsident es begrüßt, daß der Herr StR. Rieder in der Zwischenzeit doch wieder weiß, wie diese Gelder vertraglich festgehalten sind, wer mit wem in bezug auf diese Gelder einen Vertrag hat und er in diesem Spiel nicht dabei ist.

Mir wäre lieber, er würde - so wie es zum Beispiel in Vorarlberg ist - als Mitglied der Wiener Landesregierung versuchen, mit der Ärzteschaft in Wien gemeinsame Programme zu entwickeln und diese auch zu finanzieren, denn dort ist eigentlich die Aufgabe des Gesundheitsstadtrats, nicht eines Gesundheitsamts- und Spitälerstadtrats. Er hätte die Aufgabe, mit unseren Ärzten in Wien gemeinsam dafür zu sorgen, daß wir die Gesundheitsversorgung in diesem Land billiger, zielorientierter und sinnvoller machen. Nicht ... *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das bringt mich auf etwas Zweites, das mich auch ärgert, das immer wieder passiert, und immer wieder (*Abg. Ing. Karl Svoboda: Was mich alles ärgert! Nicht nur zwei Sachen!*) kommt es dazu, daß die beiden Kinderspitäler, insbesonders aber jenes in Glanzing - ich komme aus dem 19. Bezirk -, ständig in eine Diskussion hineingezogen werden. Es ist eigentlich schon unerhört, das dort die Belegschaft ununterbrochen versichert wird, und ich halte das einfach für eine unmögliche Führungsmaßnahme.

Jetzt ist wieder im Gespräch, daß die Krankenpflegeschulen für die Kinderkrankenschwestern aufgelassen werden sollen, sowohl im Preyer'schen Spital, als auch in Glanzing. Ich halte das wirklich nicht für einen gängigen Zustand der Führung. (*Beifall bei der ÖVP.)* Die haben sich vorbereitet und laden für kommenden

Samstag ein, um im Zuge der offenen Tür zu zeigen, was sie alles tun, vermitteln, sind interessiert, engagiert - und müssen jetzt damit rechnen, daß die Schule aufgelöst wird, weil das gerade wieder in Diskussion ist!

So kann man Menschen nicht führen! Das ist wahrscheinlich einer der Gründe, warum die Sozialistische Partei gegründet wurde, weil man so verachtend mit Menschen nicht umgehen kann! (Abg. Ing. Karl Svoboda: *Da müssen Sie wahrscheinlich noch Geschichte lernen, das muß ich Ihnen wirklich sagen!*) Ich habe gesagt, wahrscheinlich einer der Gründe, wenn es nicht einer der Gründe war, warum sie gegründet wurde, dann tut es mir leid, dann hätten Sie sich das auch noch in Ihr ganzes sonstiges ... (Abg. Ing. Karl Svoboda: *Es könnte vielleicht doch noch andere Gründe geben!*) Ihre Gestion ... (Abg. Ing. Karl Svoboda: *Es gibt noch andere Gründe!*) Ich weiß schon, es wird alle möglichen Gründe geben, aber normalerweise kann man Menschen so nicht führen.

Es wird sicher notwendig sein, daß man darüber diskutiert, ob es irgendwo sinnfällige Ausbildungen gibt. (Abg. Ilse Forster: *Wir haben in diesem Bereich zu viel Personall!*) Ich weiß auch, daß im EU-Recht - zum Beispiel - eine Kinderkrankenpflegeausbildung gar nicht vorhanden ist. (Abg. Ilse Forster: *Es gibt dazu bereits Überlegungen!*) Stimmt, vielleicht gibt es dazu Überlegungen. (Abg. Ilse Forster: *Hätten Sie doch die Studie gelesen!*) Ich habe auch immer gesagt, gerade die Generaldirektion ist aufgerufen, ans Sparen zu denken und managementmäßige Überlegungen anzustellen. Alles gut und schön, das sollen sie machen und erst dann, wenn sie zu einem Ergebnis gekommen sind, sollen sie hinausgehen und Gerüchte in die Welt setzen. Aber erst dann, wenn das Ergebnis tatsächlich vorhanden ist.

Erzählen Sie mir nichts von der Ikam-Studie, die sagt nämlich ganz etwas anderes. Die Ikam-Studie sagt, daß eine dritte Pränatalklinik im Bereich des Wilhelminenspitals gemacht werden sollte, liebe Frau Kollegin! So schaut es nämlich aus. Das würde aber hunderte Millionen Schilling kosten. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Ilse Forster: *Wir reden ja von Kinderbetten! - Aufregung bei der SPÖ.*) Dann könnte man (Abg. Ilse Forster: *Geh!*) das Preyer'sche und auch Glanzing auflassen. Sagen Sie nicht "geh", Sie haben es vielleicht auch gelesen, dort steht es ganz genau so drinnen. Warum sagen Sie jetzt "geh"? Weil Sie mir die Studie am Kopf geworfen haben? Ich haben sie genau durchgelesen, also, so geht es nicht!

Der Rechnungshofbericht zum KRAZAF hat ja auch einiges aufgezeigt, einige Dinge, die ganz interessant sind. Der KRAZAF wurde 1978 gegründet, um eine Überbrückung der Finanzierung zu erreichen, eine Strukturreform vorzunehmen, und - vor allem - um eine leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung beziehungsweise betriebswirtschaftliche Maßnahmen in den Spitätern herbeizuführen. Der Rechnungshofbericht zeigt, daß auch dort - wie auch überall anders in die-

sem Bereich - die Probleme in der Führung liegen, und zwar sowohl in der politischen Führung - das ist ganz eindeutig -, als auch in der fachlichen Führung.

Es wurde dieser Geschäftsstelle des KRAZAF kein Zielsetzungs- und Führungsmandat übermittelt, sie durfte also gerade so nebenbei mitexistieren. Die Fondsgeschäftsstelle hatte keinen klaren Auftrag in dieser Richtung und hatte auch keine Führungsmöglichkeit. So ein Vertrag wurde das, ein typisch österreichischer!

Es wurden auch Unstimmigkeiten mittleren Umfangs zwischen den Sozialversicherungsträgern und dem Bund, den Ländern, Gemeinden und den Krankenanstaltenträgern ständig im Raum stehengelassen. Auch das war ein ständig floatender Bereich der Verhandlungen.

Man ist dann jeweils alle zwei bis vier Jahre in den Basar gegangen und hat dann dort vorwiegend mit allen Finanzreferenten, weil die ja ganz wichtige Kriterien für das Gesundheitswesen zu bestimmen haben, ausgemacht, wie diese Finanzierung funktionieren wird. Der einzige, der vielleicht tatsächlich die Chance gehabt hätte, eine § 15a-Vereinbarung durch Versachlichung und Objektivierung dahin gehend zu bringen, daß hier eine Koordination möglich gewesen wäre, oder die einzige, das war die Gesundheitsministerin oder der Gesundheitsminister der Sozialistischen Partei. Aber der hat sich immer vornehm im Hintergrund gehalten, und auch die Gesänge der Frau Kramer in der letzten Zeit sind eher Schwanengesänge einer Gesundheitspolitik der Sozialisten, als daß sie tatsächlich einen großen Wahrheitsgehalt beinhaltet hätten. Denn - in Wahrheit - den Ländern zu sagen: Macht es doch einfach, zum Kuckuck noch einmal, ist ja wohl nicht unbedingt die Methode, wie man in Österreich erreicht, daß neun Bundesländer, der Bund und die Gemeinden miteinander zum Ziel kommen und endlich die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung durchführen.

Der kurzfristige Verlängerungsrhythmus des KRAZAF hat natürlich dazu beigetragen - wenn man nämlich sagt: Das dauert eh nur mehr zwei Jahre oder nur mehr vier Jahre -, daß man sich darüber überhaupt keine Gedanken gemacht hat, wie man das führen, organisieren und zu einem guten Ende bringen könnte. So war das im Grunde genommen und so geht es auch weiter. Aber so soll und darf es nicht weitergehen!

Ich fordere hier seitens der ÖVP ein, daß über das Gesundheitsministerium durch Objektivierung der Vorgangsweise die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung so weit gebracht wird, daß sie auch verwirklichbar ist und hier endlich Maßnahmen gesetzt werden. (Beifall bei der ÖVP.) Der KRAZAF hat so gut wie keines seiner Ziele erreicht (Abg. Ing. Karl Svoboda: *Das darf doch nicht wahr sein!*), lieber Herr Klubobmann!

Der österreichische Krankenanstaltenplan war einzig und allein dazu gut, ein Hickhack zwischen den einzelnen Bundesländern und der Frau Ministerin her-

beizuführen, und steht nach wie vor auf keiner gesetzlichen Grundlage.

Der Akutbettenabbau ist nicht in dem Ausmaß passiert, wie es hätte erfolgen sollen. Der Rechnungshof hat geschrieben, es ist knapp die Hälfte.

Bei der Strukturverbesserung - das hat der Schani Margulies vor kurzem ja gerade erklärt und der KRAZAF schreibt es ganz genau - sind die Mittel maximal in die Länderbudgets hineingeflossen und wurden nicht tatsächlich dazu verwendet, um zusätzliche Strukturmaßnahmen - die Gemeinde Wien, das muß ich bitte hier auch sagen, war vorbildlich, weil sie schon so frühzeitig etwas getan hat, als die anderen Bundesländer noch nichts taten - zu ermöglichen. Die KRAZAF-Mittel waren dafür gedacht, zusätzliche strukturverändernde Maßnahmen zu setzen, und dann werden Sie draufkommen, daß sie nicht einmal zehn Prozent dieser Mittel tatsächlich dafür eingesetzt haben. Das ist nämlich auch das, was im Rechnungshofbericht über den KRAZAF kritisiert wird.

Es ist einfach die normative Kraft des Faktischen, daß wir trotzdem für die Verlängerung bis 1995 und, mit Hilfe des Zusatzantrags, den wir ja schon kennen, bis inklusive 1996 sind. Es geht nicht anders.

Aber grundsätzlich - und das muß ich Ihnen schon sagen -, wenn es eine Änderung in der Regierung geben sollte, werden wir darauf drängen, daß in jedem Fall hier diese leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung in den Mittelpunkt der Überlegungen gestellt und auch (Abg. Ing. Karl Svoboda: Gott sei Dank! Da haben wir schon einen Partner! Sehr schön, wenn wir gemeinsam gehen!) sehr bald eingeführt wird.

Am meisten haben Sie, Herr Gesundheitsstadtrat, und der Wiener Finanzstadtrat - der oftmals in Unkenntnis der Gegebenheiten - sich dagegen gesträubt. Ich würde den Herrn Vizebürgermeister herzlich ersuchen, den Herrn Finanzstadtrat auch darüber aufzuklären, daß er keine Normkosten zu bezahlen hat - was er immer sagt -, sondern er bekommt aufgrund von Normkosten Entgelte. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Sie sind doch im Ausschuß gewesen! - Abg. Ilse Forster: Als Experte für Spitalswesen!) Hören Sie mir zu, Sie reden das sonst nach und es ist wieder falsch! Wirklich, es wäre ganz gut, wenn Sie es einmal wenigstens zur Kenntnis nehmen würden, daß (Abg. Ing. Karl Svoboda: Sie waren ja als Experte im Ausschuß!) er Entgelte bekommt und nicht Normkosten! Er hat hier drei- oder viermal gesagt: Entgelte, die aufgrund von Normkosten errechnet werden. Wenn er - zum Beispiel - in den Spitäler sparsam agiert, dann verdient er sogar etwas dabei. Nur der, der nicht sparen will, sträubt sich gegen Normkostenentgelte! (Abg. Ing. Karl Svoboda: Als Experte im Ausschuß!) Das ist auch ganz klar.

Wir stimmen diesem Gesetz aufgrund der Notwendigkeit zu, weil finanziert werden und hier endlich etwas weitergehen muß.

Ich muß Ihnen aber sagen, ich hoffe doch, daß sich in diesem Bereich im Bund sehr bald eine Änderung er-

geben wird! (Abg. Ing. Karl Svoboda: Interessante Aspekte: ÖVPI - Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Ingrid Smajkal: Danke, als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau StRin. Landauer. Ich erteile ihr das Wort.

StRin. Karin Landauer: Frau Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mir ohnedies am Dienstag schon den Unmut der Sozialdemokraten zugezogen, und ich werde mich also heute sehr kurz halten.

Wir werden diesem Gesetz zustimmen. Ich möchte nochmals - auch wenn der Herr Stadtrat gesagt hat, daß mir das nicht zusteht - an ihn appellieren, mit den Menschen, die hier arbeiten, etwas anders umzugehen. Der Herr Kollege Pfeiffer hat mir aus der Seele gesprochen. Ich könnte also viele Passagen wiederholen. Das werde ich nicht tun.

Bezüglich der Ärztehonorare dürfte es tatsächlich gestern zu einer möglichen Lösung gekommen sein, oder zu einem Fallenlassen dieses Ansinnens durch den Gesundheitsstadtrat.

Ich hätte zwei Fragen. Ich weiß zwar, daß mir die eine Frage der Herr Gesundheitsstadtrat nicht beantworten wird können, weil es eine Personalangelegenheit ist: Seit fünf Jahren wird über ein neues Gehaltschema für die Spitalsärzte verhandelt. Ich hätte gerne gewußt, ob man das vielleicht nicht doch endlich irgendwie zu einem Abschluß bringen könnte, weil ich glaube, daß die Bezahlung der Primariate und der Ärzte in den Spitäler einfach nicht den Leistungskriterien entspricht.

Die zweite Frage ist, daß eine mögliche Definitivstellung eines anerkannten Primarius im Kaiser-Franz-Joseph-Spital ansteht. Der Spitalsausschuß hat sich für ihn ausgesprochen. Es gibt das Gerücht, daß hier keine Verlängerung stattfinden soll. In der Presse ist aber auch schon zu lesen gewesen, daß der Herr Stadtrat hier ein persönliches Gespräch mit dem Herrn Dozenten führen und sich eine eigene Meinung bilden wird.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß - wenn das Gerücht stimmt - die Definitivstellung nur deswegen nicht stattfinden soll, weil er auf Anstaltspapier Briefe an Abgeordnete geschickt hat. Das ist sicherlich nicht korrekt, das hätte er auf seinem Privatpapier machen sollen, aber das kann ja nicht wirklich der Grund sein, daß man hier gegen eine Definitivanstellung ist, wenn man davon überzeugt ist, daß jemand fachlich in Ordnung ist! (Beifall bei den F.)

Präsidentin Ingrid Smajkal: Danke. Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Dr. Neck-Schaukowitsch. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch (SPÖ): Frau Präsident! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Jetzt wissen wir es endlich, für wen sich die ÖVP hier als Lobby bekennt. Es sind die privatversicherten Personen - sicher ein geringerer Teil der Wiener Bevölkerung - und sie sind auch eine Lobby für die Interes-

sen der Ärztekammerfunktionäre. Das habe ich so als Schwerpunkt Ihrer Rede herausgehört. Eigentlich schätze ich Sie, Herr Kollege Pfeiffer, im Zwiegespräch, das muß ich sagen. Da haben wir sehr oft und sehr sachlich verschiedene Dinge und Einwände von Ihnen diskutiert und - Sie haben es mir schon vorher bei der Budgetdebatte auch gesagt - hier heraußen polemisierten Sie halt schon auch gerne. (Abg. Gerhard Pfeiffer: Haben Sie mir eine persönliche Beurteilung gegeben?) Nein, ist das etwas Negatives, wenn ich sage, ich schätze Sie? Ich meine, wenn Sie das sehr stört, dann bin ich auch der Meinung ... (Abg. Ing. Karl Svoboda: Plus - minus! - Abg. Gerhard Pfeiffer: Aber nein! - Heiterkeit bei der ÖVP.) Ich kann es auch gerne zurücknehmen!

Wenn hier großartig davon gesprochen wurde, daß wir natürlich, wenn jetzt der KRAZAF wieder um ein Jahr verlängert wird und auch im Bundesrat durchgegangen ist, diese Ausnahmen vom Krankenanstalten gesetz beschließen - ich werde dann einen Besluß- und Resolutionsantrag gemeinsam mit Ihnen und auch mit dem Kollegen Römer einbringen - und das auch gleich für 1996 verlängern werden, um diese Zeremonie hier in diesem Haus nicht noch einmal durchführen zu müssen, so muß ich hier schon eine Feststellung an die - von mir aus jetzt gesehen linke, aber ich würde schon sagen, politisch gesehen - rechte Seite (Abg. Gerhard Pfeiffer: Mittell!) richten: Hätten Sie halt nicht eine Nationalratswahl vom Zaun gebrochen, dann könnten wir die Zeit, die jetzt für den Wahlkampf aufgewendet werden muß, für Verhandlungen nutzen (Aufregung bei der ÖVP.), um vielleicht hier endlich gemeinsam mit den anderen Bundesländern, die sich ja gegen die (Abg. Johannes Prochaska: Das Budgetdefizit war ja der Verursacher!) leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung sträuben, zu einem Ergebnis zu kommen. (Beifall bei der SPÖ.- Abg. Johannes Prochaska: Die Wahlen vom Zaun gebrochen, das geht ja gar nicht! - Abg. Gerhard Pfeiffer: Wir haben Sie nicht verursacht! - Aufregung bei der ÖVP.)

Sie wissen ganz genau, wer der Verursacher ist, daß wir jetzt auch zum Verhandeln weniger Zeiten haben! (Abg. Johannes Prochaska: Naja, der Staribacher!) Nein, es war schon Ihr Herr Schüssel. Seine einzige Leistung war, daß er Konzepte der Sozialdemokratischen Partei zur Budgetpolitik zerrissen und selber keine vorgelegt hat! (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Johannes Prochaska: Ein Finanzminister, der sich aber um 20 Milliarden geirrt hat! Das ist kein Trinkgeld!)

Das Einsparungspotential von Ihrer Seite war auch geringer als unseres. Aber es war trotzdem nicht zu wenig. Es ist natürlich ein bißchen anders verteilt, denn wir haben schließlich andere Bevölkerungsgruppen als Sie zu vertreten und (Abg. Gerhard Pfeiffer: Milliarden an Steuererhöhungen!) sicher nicht die, die sich durch großen Grundbesitz möglichst viel an Zu schüssen vom österreichischen Staat erwarten! (Beifall

bei der SPÖ.)

Aber ich möchte schon zum Gegenstand der Verhandlung zurückkommen, es wird nicht sehr lange sein.

Der Herr Westenthaler ist auch da, schau, schau! Beim gestrigen Gemeinderat konnte man im Video sehen - ich habe es mir aufgezeichnet -, wo Sie sich herumgetrieben haben, anstatt nämlich hier zu sitzen und zu arbeiten. (Str. Lothar Gintersdorfer: Er hat ja gesagt, er muß etwas erreichen! - Aufregung bei den F.)

Das hat er sicher erreicht, indem er das Tascherl nachgetragen hat! (Beifall bei der SPÖ - Große Aufregung bei den F.)

Ich möchte aber ganz gerne eigentlich zur Sache selber zurückkommen und weil hier von zwei Rednern, auch vom Kollegen Margulies, das Thema der Strukturmittel angesprochen wurde und irgendwie ...

Präsidentin Ingrid Smejkal (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie sehr dringend, daß Sie der Rednerin Aufmerksamkeit schenken.

Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch (fortsetzend): Irgendwie ist das natürlich ein Thema, das ich auch ganz gerne habe, um darüber zu sprechen, weil - und gerade wenn Herr Kollege Margulies Niederösterreich als Vergleich heranzieht für den extramuralen Bereich - ich meine, ich habe das schon sehr oft hier gesagt, das ist ein Vergleich, den wir hier von Wiener Seite nicht zu scheuen brauchen. Er wird es am Montag beim Ausschuß sehen und er wird sich einsichtig zeigen, wenn er den Bericht der Magistratsabteilung 47 zu unserem Programm für die "Hilfe im hohen Alter", das wir im Jahre 1993 beschlossen haben, wo er nicht mitgestimmt hat, aber er wird sehen, was hier alles zusätzlich zu den bereits - Sie haben das gesagt - schon vorhandenen Möglichkeiten und Einrichtungen, die es in Wien im extramuralen Bereich gibt, dazugekommen ist.

Und vielleicht kann ich hier schon ein paar Dinge vorziehen. Strukturmittel gehen nicht nur über die Mittel der MA 47 und nicht nur über Mittel, die im Krankenanstaltenverbund sind, und das Geld hat ja auch kein Mascherl. Es gibt keine Tausender, wo draufsteht "KRAZAF" und Tausender, wo draufsteht "Steuermittel Stadt Wien". Das gibt es ja nicht.

Allein die Budgetmittel, die wir über Subventionen aus dem Bereich der MA 5 für Einrichtungen privater Organisationen beschlossen haben und wenn ich an das wirklich tolle Zentrum der Caritas Socialis denke - ich weiß, da haben Sie keine große Freude damit -, wo scheinbar alle bei der Eröffnung dort waren, wo viele gute Dinge geschehen, aber das konnten wir eben auch nur mit Mitteln, die wir hier in diesem Haus beschlossen haben, bewerkstelligen, aber das war ja vielleicht auch alles nichts. (Abg. Gerhard Pfeiffer: Mit Mitteln der Steuerzahler, Sie haben sie Ihnen ja nicht geschenkt zum Umdrehen.) Ja, ja, aber wir sorgen immerhin für eine gerechte Verteilung der Steuermittel im Gegensatz zu anderen. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Gerhard Pfeiffer: Es werden ja österreichische Bürger

damit gepflegt!)

Oder vielleicht im Bereich der MA 47. Wenn ich nur an die Rehabilitationsmaßnahmen denke. Ich komme immer wieder auch mit Fachleuten aus anderen Bundesländern zusammen, die sich alle zehn Finger abschlecken würden, wenn sie zum Beispiel über eine mobile Ergotherapie mit einem Vertrag der Wiener Gebietskrankenkasse oder dort halt mit der zuständigen Krankenkasse hätten. Eine Leistung, die wirklich kunden- und patientenfreundlich ist und wo sehr viel geschehen ist in den letzten Jahren (*Abg. Gerhard Pfeiffer: Ich erinnere nur an den Vertragsausbau für ärztliche Hauskrankenpflege.*) und wo verhindert wird, daß jemand wieder in den stationären Bereich zurück muß und wo Hilfe zur Selbsthilfe angeboten wird. Alles Dinge, wo wir inhaltlich d'accord sind, nur durchführen muß sie eben jemand. Und ich glaube, das ist geschehen.

Ich denke nur an die Verschiebungen in der Leistung der Heimhilfe. Die Öffnung, hier Dienste auch in den Abendstunden und an den Wochenenden, anzubieten, hat eine massive Verschiebung hin zu immer schwieriger zu betreuenden Klienten gebracht. Immerhin umfassen die Stunden, für die zusätzliche Erschwernis- beziehungsweise Pflegezuschläge gezahlt werden - völlig zu Recht -, weil sie eben erschwerte Anforderungen an die Beschäftigten darstellen, schon 30 Prozent der Gesamtleistung.

Wir sehen hier auch eine qualitative und quantitative Veränderung, denn all diese Angebote wie Verlängerung der Heimhilfeausbildung, Ausbildung von Heimhelferinnen zu Pflegehelferinnen - die Ausbildung einer Heimhelferin zur Pflegehelferin kostet rund 300 000 Schilling im Jahr -, sind Leistungen der Stadt Wien.

Aber die Stadt Wien schupft ja mit den Strukturmitteln nur so herum, da ist ja nichts geschehen. Diese Qualifizierungsmaßnahmen sind auch von frauenpolitischer Seite zu befürworten, weil sie für diese Leute natürlich zusätzliche Arbeitsspektren eröffnen. Sie können sowohl außerstationär als auch stationär arbeiten.

Das sind Leistungen, von denen ich denke, daß man sie nicht oft genug erwähnen kann. Aber es ist ja alles nichts, was hier in Wien geschieht, obwohl wahrscheinlich so manch andere - ich habe das letzte Mal schon darüber gesprochen -, gerade in Niederösterreich froh wären, wenn sie auch nur einen Teil davon hätten. Es ist ganz lustig, hier mir Prozentzahlen herumzujonglieren. Man muß eben schon dann auch die Absolutzahlen dazusagen, entsprechend der Bevölkerungsgröße, weil Niederösterreich ja mehr Einwohner hat als Wien. (*Abg. Gerhard Pfeiffer: Und viel mehr mobile Schwestern!* - *StRin. Karin Landauer: Sie haben gesagt, 300 mobile Schwestern brauchen wir!*) Sie wissen aber auch, daß das Gebiet ein anderes ist, daß man viel länger braucht, bis man wo hinkommt, und Sie wissen auch, was sonst noch geleistet wird. Ich glaube, da brauchen wir in Wien unsere Leistungen,

gerade was einen Vergleich mit Niederösterreich betrifft, nicht zu verstecken.

Ja und wenn uns vielleicht Niederösterreich das Geld, das wir für Patienten aufwenden, die im stationären Bereich betreut werden, refundieren würde, wenn ich hier nur an die teuren medizinischen Einzelleistungen denke, wo wir genau wissen, daß sie der KRAZAF nicht abdeckt - das wissen Sie auch, daß wir hier Wiener Steuermittel dafür aufwenden.

Bei den medizinischen Einzelleistungen beträgt der Anteil in den Krankenanstalten sogar 25 Prozent, und das sind die teuren Behandlungen, das wissen Sie auch, denn mit einer Blinddarmentzündung geht niemand nach Wien. Wiener Einrichtungen erbringen für 25 Prozent Nichtwiener Patienten hier wichtige teure Versorgungsleistungen. Wobei wir vollkommen dazu stehen, es sollte dabei jedoch auch um eine gerechte Verteilung der Mittel gehen. (*Abg. Gerhard Pfeiffer: Eine zusätzliche Milliarde!*) Und deswegen ist es auch wichtig - weil hier die GRÜNEN nicht mitgehen -, daß die KRAZAF-Verlängerung zustande gekommen ist, weil sonst natürlich auch diese Mittel - jene 3,8 Milliarden Schilling - womöglich nicht zur Verfügung gestanden wären.

In Zeiten des Sparsams (*Abg. Gerhard Pfeiffer: Eine zusätzliche Milliarde macht das aus!*) und in Zeiten der Budgetkonsolidierung, wo man sich die Budgets sehr genau anschaut, ist im Wiener Budget 3,8 Milliarden Schilling zu haben oder nicht zu haben, denke ich schon, ein gewaltiger Unterschied.

Wir wissen auch, daß Wien überdurchschnittlich mehr an Ausbildungskosten aufwendet, wenn ich nur an Ärzteausbildungen, Pflegepersonal, medizinisch-technisches Personal et cetera denke. Seit wir wissen, daß es möglich ist, eine leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung so durchzuführen, daß auch die Qualität und die Verweildauer, die in Wien ja die kürzeste ist und, wie wir aus den Berichten des Krankenanstaltenverbundes sehen, von Jahr zu Jahr noch weiter zurückgeht, berücksichtigt werden, dann steht außer der organisatorischen Maßnahme - die eine Umstellung natürlich mit sich bringt -, inhaltlich dem nichts mehr im Wege.

Daß wir Wiener sogar bereit sind, hier Einpendler, die über die Wiener Gebietskrankenkasse versichert sind - und das sind immerhin viermal so viele als Auspendler -, auch in Wien hier miteinzubeziehen, haben wir auch immer gesagt.

In diesem Sinne erteile ich Sie, der vorliegenden Verlängerung zuzustimmen, möchte Sie aber noch bitten, diese gleich auch für das Jahr 1996 anzunehmen, und bringe hier demgemäß den Abänderungsantrag ein. (*Beifall bei der SPÖ!*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Danke. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. Margulies. Ich erteile es ihm.

Abg. Jean Margulies (GRÜNE): Ich wollte das eigentlich nicht zur Sprache bringen. Aber wenn man mir erklärt, daß die MA 47 einen Bericht über die Alten und ihre Erfolge herausgegeben hat - ich werde das

alles lesen -, dann frage ich mich, wieso erhält die SPÖ das Material drei Tage vorher mit der SPÖ-Rathauskorrrespondenz und wir bekommen es nicht? Und mir wird dann gesagt, das ist ja ein SPÖ-Material. Und da halte ich es für legitim. Aber jetzt möchte ich wissen, ist es ein SPÖ-Material oder ist es ein Material der MA 47? Wenn es Unterlagen der MA 47 sind, dann halte ich das für eine - na ja ..., um mir einen Ordnungsruf zu ersparen. (Abg. Gerhard Pfeiffer: *Das ist jedes Jahr so, auch wenn es eine andere Magistratsabteilung ist! Das ist unerhört!*)

Das ist die Politik, die ihr macht, und dann wundert ihr euch, wenn man in dieser Frage immer wieder Kritik übt. Informationen vorenthalten und dann sagen, hättest ihr es wenigstens gelesen, ein Papier, das wir nicht einmal erhalten haben! (*Beifall bei den GRÜNEN.*) - Abg. Gerhard Pfeiffer: *Das ist jedes Jahr mit irgend-einer anderen Magistratsabteilung sol - Abg. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Das hängt vom Zuständigkeitsbereich ab. - Abg. Johannes Prochaska: Dauert alles nur mehr ein Jahr.*)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich halte fest, daß der Abänderungsantrag genügend unterstützt ist und in die Verhandlung miteinbezogen werden wird, und ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter LhptmStv. Dr. Sepp Rieder: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Mit dem Gesetzesentwurf wird sichergestellt, daß es im Bundesland Wien im Gegensatz zu einer Reihe anderer Bundesländer für die privaten Krankenversicherten nicht die Gefahr eines vertragslosen Zustandes ab 1. Jänner 1996 gibt.

Und ich muß daran erinnern, daß es bei den privat Krankenversicherten eine große Beunruhigung gegeben hat, weil in allen Bundesländern die privaten Krankenversicherungen ihre Verträge aufgekündigt haben, und das Bundesland Wien ist von den betroffenen Bundesländern das erste und einzige, das die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen und mit den privaten Krankenversicherern bereits einen Vertrag abgeschlossen hat.

Das ist eine beachtliche Leistung, wenn man weiß, welche Beunruhigung sonst besteht, auch wenn im Bundesland Wien die Zahl der privaten Krankenversicherten mit etwa 10 Prozent wesentlich niedriger ist als in den anderen Bundesländern und wenn man weiß, daß es bei den Spitätern der Stadt Wien nur rund 6 Prozent der Patienten sind, die diese Privatversicherung in der Sondergebührenklasse in Anspruch nehmen.

Ich sage das deswegen, weil man ja auch berücksichtigen muß, wenn man, wie es hier geschehen ist, die Tatsache der privaten Krankenversicherung zum Teil mit Recht als eine Eigenleistung und Eigenvorsorge hervorhebt, daß dazu natürlich auch der Steuerzahler seinen Beitrag leistet, indem diese Form der privaten Krankenversicherung in einer gewissen Art steuerbe-

günstigt ist. Also man muß auch dazu sagen, daß hier auch zu diesem Bereich der privaten Krankenversicherung der Steuerzahler seine Konsequenz trägt - eine Tatsache, die wir mittlerweile, glaube ich, überall erkennen. Es kann nichts so privat sein, daß nicht auch dort der Steuerzahler seine Unterstützung zu leisten hat. (Abg. Gerhard Pfeiffer: *Das ist ja das Furchtbare!*)

Eine zweite Bemerkung. Es ist der offensichtlich von Präsident Neumann gebriebe oder soll ich sagen gefaxte Abg. Pfeiffer hier auf das Thema eingegangen, das gestern auch Gegenstand eines Gespräches zwischen Gewerkschaft und Ärztekammer war (Abg. Gerhard Pfeiffer: *Presseaussendung!*), nämlich die Frage: Welche Konsequenzen hat es im Lichte des seinerzeitigen Rechnungshofberichtes, wenn wir wissen, daß der Beitrag, den die private Krankenversicherung gegenüber den Spitätern zu leisten hat um satte hunderte Millionen reduziert wird, auf der anderen Seite der Betrag, den die privaten Krankenversicherer aufgrund ihrer Beiträge, die sie von den Versicherten, bekommen in der Höhe von 660 Millionen Schilling an die Ärzte weiterhin gezahlt wird.

Ist das sozusagen diese Diskrepanz, das Auseinandergehen im Sinne des Rechnungshofes? Ich lade den Herrn Abg. Pfeiffer aber auch ein nachzulesen, was der Rechnungshof seinerzeit im Jahr 1991/92 im Zusammenhang mit seiner Prüfung des Krankenhauses Lainz festgestellt hat. Er hat uns nämlich dort den Auftrag gegeben, zu überprüfen, ob nicht der Anteil, der hier in dieser Proportion gegeben ist, nicht zugunsten des Krankenhausträgers zu verändert ist.

Er hat davon gesprochen, daß 25 Prozent jener Einnahmen, die sich aus diesen privaten Honoraren ergeben, vom Spitalsträger deswegen einzufordern sind, weil es sich ja um Leistungen handelt, die nicht in der Privatordination des Arztes abgewickelt, sondern mit Mitteln der öffentlich finanzierten Einrichtungen des Spitals erarbeitet werden.

Daher war der Rechnungshof damals der Meinung, daß ein erheblicher Betrag davon abgeführt werden soll. Diese Frage gewinnt natürlich in einer Situation, wo sich der direkte Leistungsteil zu Lasten des Steuerzahlers verringert, für den, der die Interessen des Steuerzahlers zu vertreten hat, zunehmend an Gewicht.

Dritter Punkt in diesem Zusammenhang (Abg. Gerhard Pfeiffer: *Es ist kein Zusammenhang zu erkennen!*): Der Rechnungshof hat aber auch die Haltung der Ärztekammer kritisiert, und das war auch Gegenstand des gestrigen Gesprächs. Die Ärztekammer hat nämlich an alle Spitäler Briefe versendet, worin die Meinung vertreten wurde, es dürfe dem Rechnungshof aus Datenschutzgründen in die Abrechnungen der Privathonorare nicht Einblick gewährt werden.

Das steht im Widerspruch ebenfalls zur Meinung des Rechnungshofes, der der Auffassung ist, daß die Aufteilungsregelung, die im Krankenanstaltengesetz enthalten ist, nicht eine rein privatrechtliche, sondern eine öffentlich-rechtliche Aufteilungsregelung ist und

daher der Träger des Spitals verpflichtet ist, auch dafür zu sorgen, daß hier eine gerechte Aufteilung stattfindet.

Daher werden wir als Stadt Wien diese Rechtsfrage durch einen unabhängigen Rechtsanwalt prüfen lassen und dann je nachdem wie dieses Rechtsgutachten ausfällt in dieser Sache vorgehen.

Aber das ist der Hintergrund, und ich erwähne das deswegen, weil ich manchmal - auch jetzt in dieser Wortmeldung - den Eindruck gehabt habe, als wenn es sich tatsächlich, formell sind es Privathonorare, um eine reine Privatsache der im Spital angestellten Ärzte handelt und es sozusagen keine Frage ist, die auch die Steuerzahler interessieren muß.

Da gebe ich doch zu bedenken, daß es in einer Zeit, wo wir alle darüber sprechen, daß die Mittel möglichst gezielt einzusetzen sind, auch solche Tabus nicht geben kann, sondern man sich auch mit der Frage beschäftigen muß, wie dieses zunehmende Mißverhältnis zu beurteilen ist.

Eine zweite Bemerkung zum Gegenstand: Mit Hilfe des ergänzenden Initiativantrages, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es jetzt möglich, zu gewährleisten, daß wir eben nicht Patienten aus anderen Bundesländern ab 1. Jänner 1996 abweisen müssen. Hätten wir die Gesetzeslage nicht geändert, wären wir verpflichtet gewesen, aufgrund des bestehenden Krankenanstaltengesetzes, Patienten aus anderen Bundesländern abzuweisen.

An alle, die sich jetzt so wie der Herr Abg. Margulies entschieden für den Gedanken einer grenzüberschreitenden Solidarität ausgesprochen haben: Jawohl, es ist richtig, auch wir wollen nicht Patienten aus anderen Bundesländern abweisen, sondern wir wollen, daß die Gebietskörperschaft, das Bundesland Wien, auch die entsprechenden Leistungen vom Bundesland Niederösterreich abgegolten bekommt. Also nicht auf dem Rücken der Patienten, nicht zu Lasten derer, die die Schwächsten sind, sondern es sollte endlich sichergestellt sein, daß die Gebietskörperschaft Niederösterreich nicht das Geld für was weiß ich, für den Ausbau der Landeshauptstadt verwendet, sondern dafür einsetzt, wo es gefordert ist, nämlich für den sozialen Ausgleich in dieser Frage. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe auch nicht wirklich verstanden, wieso die Österreichische Volkspartei ihre Zustimmung zum KRAZAF jetzt plötzlich so banal und herabmachend erteilte.

Ich habe gestern ein Gespräch mit den Vertretern der Wiener Ordensspitäler geführt. Es ist bekannt und ist ja auch in der Zeitung gestanden, daß es hier ein großes Finanzierungsproblem gibt. Es ist ein ernstes Problem, die Stadt Wien wird die Ordensspitäler nicht im Stich lassen. Aber es gibt eine Frage, die auch von entscheidender Bedeutung dabei ist, Herr Abg. Pfeiffer: Hätte es den KRAZAF nicht gegeben, dann wären binnen kurzem alle gemeinnützigen Ordensspitäler kaputt gewesen.

Den ein wesentlicher Beitrag des KRAZAF geht in die Ordensspitäler. Daher verstehe ich gerade unter dem Gesichtspunkt nicht, daß hier so getan wird, als wenn das überhaupt nichts gewesen wäre. (Abg. Gerhard Pfeiffer: Wir haben ja immer zugestimmt! Mit einer leistungsorientierten Abrechnung wären private Ordensspitäler besser dran!)

Sie müßten ja auch wissen, wie schwierig es war, die Verlängerung des KRAZAF mit erhöhten Mitteln zustande zu bringen. Es ist ja nicht so, es ist jedesmal dasselbe, meine Damen und Herren, wenn es gelingt mit enormen Anstrengungen ein Budgetproblem zu lösen, dann gilt das nicht, aber auf der anderen Seite ist das ein unermeßlicher Quell, der sich allerdings nach den Vorstellungen der Österreichischen Volkspartei ohne jede Steuererhöhung ständig von selbst ernährt und erweitert, womit wir ständig weitere Probleme lösen müssen. Jene 1,3 Milliarden Schilling, die für das Jahr 1996 zusätzlich aufgebracht werden mußten, sind ja zusätzliche öffentliche Mittel.

Das ist ja nicht so, daß die jetzt jemand privat verwendet hat oder daß diese 1,3 Milliarden Schilling durch Einsparungen entstanden sind, wie das immer so die Parole ist - "nur durch Sparen" -, sondern es sind zusätzliche Mittel verwendet worden, das muß man ja sagen. Wenn ein Problem damit gelöst ist, muß man das ja auch anerkennen (Abg. Gerhard Pfeiffer: Das Problem ist nicht gelöst!), und man kann sich nicht nur so hinstellen und sagen: Das ist eigentlich alles nichts. Und mehr widerwillig und mehr gleichgültig stimmt hier eine Partei, die immerhin im Parlament auch zugestimmt hat, dem zu.

Eine weitere Bemerkung zu dieser Frage. Es ist im Zusammenhang mit dem KRAZAF von Abg. Margulies das Thema angesprochen worden, ich glaube auch von anderen, der sogenannten Strukturreformmittel. Nun muß ich da noch einmal mit Nachdruck das unterstreichen, was Frau Abg. Dr. Neck-Schaukowitsch gesagt hat.

Allein für den privaten Sektor, ambulant und stationär, hat die Stadt Wien in den letzten Jahren und wird in den kommenden Jahren, soweit diese Vereinbarungen fixiert sind, 900 Millionen Schilling einsetzen und verwendet darüber hinaus jährlich zusätzlich 3,6 Milliarden Schilling für diesen Bereich. Davon zu sprechen, daß das sozusagen eigentlich ein Mißbrauch - so wie das angeklungen ist - der KRAZAF-Mittel ist, ist purer Hohn. Ich muß es mit diesen Worten sagen.

Denn die Relation zwischen dem, was aus öffentlichen Mitteln der Stadt Wien oder aus Mitteln der Sozialversicherung im Rahmen des KRAZAF zu diesen Strukturmaßnahmen verwendet wird, ist ein Vielfaches dessen, was nach einer 20prozentigen Quote aufgewendet werden müßte, und ist ein X-faches dessen, was andere Bundesländer für diesen Zweck verwenden. Und das irgend jemandem anderen vorzuhalten, ist eine pure Illusion. Wir sind deswegen nicht hochnäsig, nicht oberlehrhaft, wie manche anderen Leute, sondern ich meine nur, daß es auch gebührende

Anerkennung verdient, wenn das geschieht.

Noch eine Bemerkung am Rande dazu: Ich möchte das jetzt dem gerade nicht anwesenden Abg. Margulies erläutern. (Abg. Ing. Karl Svoboda: Er sitzt da als Schriftführer, er hört ohnehin zull) Entschuldigung! Dann kann ich es Ihnen direkt sagen. In der KRAZAF-Regelung bezieht es sich auf die Akutspitäler. Daher sind Strukturmaßnahmen, auch solche, die in anderen stationären Maßnahmen ihren Niederschlag finden. Und es geht um die Entlastung der Akutspitäler im KRAZAF und nicht um die Entlastung des stationären Bereiches. Daher ist es nicht nur formell in Ordnung, sondern auch im Bundeskrankenanstaltenplan, der ja in Ihrem Programm auch drinnensteht, ein Teil davon, anstelle von Akutbetten Rehabilitationsbetten oder Pflegebetten einzurichten. Das sind genauso Strukturreformmaßnahmen, die selbstverständlich auch in unserem Bereich durchgeführt werden.

Ich bin gerne bereit dem Herrn Abg. Pfeiffer da in einer Frage Auskunft zu geben, die sicherlich sehr ernst ist. Wir wissen, daß die Nachfrage nach Kinderkrankenschwestern praktisch auf Null reduziert ist, auf einen relativ kleinen Bereich. Und es stellt sich die Frage, ob bei weiterer Aufrechterhaltung der Ausbildungskapazität nur ausschließlich den dort Täglichen ein guter Dienst erwiesen wird, aber den in die Ausbildung gehenden ein denkbar schlechter Dienst, weil es nämlich in die Sackgasse führt, daß sie dann nachher keine Anstellung finden oder mühselig umgeschult werden in einen anderen Bereich.

Das ist die Frage, die ansteht, die man beantworten muß und die man rasch beantworten muß, weil die Aufnahmen ja stattfinden, und ich finde, daß es wenig Sinn hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, stolz auf den Fortbestand einer Krankenpflegeschule, nämlich Kinderkrankenpflegeschule zu pochen (Abg. Gerhard Pfeiffer: Hier geht es nur um die Art und Weise! Ich hoffe, das habe ich deutlich gemacht!), wenn man weiß, daß man damit viele junge Leute eigentlich in eine Ausbildungs-Sackgasse lockt, wo sie ihr Berufsziel dann nicht erreichen können, das sie in Wirklichkeit anstreben. Das ist keine saubere Art. Daher meine ich, daß es zweitens auch besser ist, jetzt schon mit den betroffenen Oberinnen und Leiterinnen der Krankenpflegeschulen zu sprechen. Und ich verstehe das überhaupt nicht, wenn hier gesagt wird, es ist ein schlechter Stil.

Ich finde, es ist ein guter Stil, wenn man mit jenen, die in dieser Schule tätig sind spricht, daß das Problem ansteht und daß man versucht, es gemeinsam zu lösen. Ihr Weg, etwas hinter dem Rücken auszumachen und dann die Betroffenen vor vollendete Tatsachen zu stellen, ist vielleicht - unter Anführungszeichen gesprochen - "eleganter", aber ein wirkliches Kooperationsmodell ist es sicher nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt Gehaltsverhandlungen, sie sind anhängig, Frau StRin. Landauer. Es ist sicherlich so, daß es bei diesen Gehaltsverhandlungen auch darum geht, durch welche Rationalisierungsmaßnahmen, geänderte

Dienstzeiten, Möglichkeiten von Konkurrenzklauseln können zusätzliche Einnahmen oder Einsparungen erzielt werden, um dafür mögliche zusätzliche Mittel zu erschließen. Und daher muß man es in einem sehen. Es kann nicht so sein, daß wir Gehaltsforderungen nur mit dem Signal führen, es sind ohnehin zusätzliche Steuermittel oder Sozialversicherungsbeiträge da, wodurch wir diese zusätzlichen Personalkosten bedecken, sondern es geht auch um die Frage, gleichzeitig jene Überlegungen anzustellen, wo sich dann vielleicht durch Rationalisierungsmaßnahmen, die dann die Gewerkschaft einbringt, auf Vorschläge, die der Krankenanstaltenverbund einbringt, eine Möglichkeit ergibt, zu einem Ausgleich zu kommen. Das wird kein Nullrundenspiel sein können, aber es kann nicht so sein, daß wir ständig quasi nur dazulegen. Möglichkeiten zur Rationalisierung sehen alle Beteiligten, die an diesen Verhandlungen teilnehmen.

Eine letzte Bemerkung, sozusagen auch in Richtung Pressebericht: Ich kann dem nicht mehr hinzufügen, nur sicherlich eines: Die Verwendung des falschen Briefpapiers wird es nicht sein. Sie haben ja gelesen, daß ich ein persönliches Gespräch führen werde und mir selbst ein Bild machen möchte.

Ganz zum Schluß: Dem Herrn Abg. Margulies möchte ich sagen, wir haben aufgrund des Gemeinderatsbeschlusses Mitte 1993 dem Gesundheitsausschuß einen Zwischenbericht vorzulegen. Dieser Zwischenbericht wird am kommenden Montag auf der Tagesordnung sein. Und nachdem heute und morgen Einschautage sind, werden Sie diesen Bericht, der auf der Tagesordnung Punkt 1 ist, dort vorfinden. Dort können Sie das alles nachlesen, was die vielleicht einmal etwas eifrigere Frau Vorsitzende des Ausschusses sich schon besorgt hat.

Nach diesem Ausflug in die Vollziehung des Gemeinderats, Frau Präsidentin, kehre ich zur Landtagssitzung wieder zurück und darf ersuchen, dem Gesetzesentwurf die erforderliche Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Ingrid Smejkal: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau StRin. Hampel-Fuchs gemeldet. Ich erteile ihr das Wort und erinnere sie an die 5 Minuten Redezeit.

StRin. Maria Hampel-Fuchs: Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als erstes muß ich tatsächlich berichtigen, daß die Stadt Wien keine Verfügungsgewalt über die Ärztehonorare hat. Es handelt sich, wie auch in einer Stellungnahme des Stadt senats noch voriges Jahr festgestellt wurde, eben um eine Aufteilung beziehungsweise Ansprüche, die privatrechtlicher Natur sind und in Verträgen zwischen den Ärzten oder ihrer Standesvertretung und den Privatversicherern zugesprochen werden. Wenn die Stadt Wien von diesem Geld etwas will, dann muß sie direkt mit den Privatversicherungen verhandeln und sich dort das entsprechende holen.

Zur Kinderkrankenpflege möchte ich sagen, es wird

zuerst einmal Unruhe erzeugt, keine Konzepte vorgelegt, auch nicht die Entscheidungsgrundlagen, und dann bemüht man sich vielleicht, die Scherben irgendwo zusammenzuholen. (Abg. Erika Stubenvoll: *Das ist keine Berichtigung!*) Wir möchten, daß zuerst gesprochen wird, zuerst fachlich und sachlich und im zuständigen Ausschuß auch einmal ein Gespräch geführt wird, vielleicht über diese neuen politischen Gesichtspunkte, weil es, glaube ich, sehr wichtig ist, daß auch in der Öffentlichkeit bekannt ist, daß man eben nicht mehr Kinderkrankenschwester werden soll. Das ist sehr wichtig für viele, viele Damen und vielleicht auch für so manchen Herren. (Abg. Werner Jank: *Das ist ein Debattenbeitrag!*)

Die Wiener Volkspartei ist, und so wurde es gesagt, eine Lobby für die Ärzte. (Abg. Ilse Forster: *Wo ist da die Berichtigung?*) Sie ist gerne eine Lobby für die Ärzte, vor allem in den Wiener Spitätern, weil es damit gelingt, für alle Bürger eine ordentliche, sachlich medizinisch hochwertige Versorgung zu gewährleisten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsidentin Ingrid Smekal: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es liegt ein Abänderungsantrag dreier Parteien vor ... (Ein Kameramann des ORF stürzt vom Kamerapodest.) Ich habe schon den ganzen Tag Angst um den Herrn Kollegen, daß er einmal dort herunterfällt. Ich hoffe, es ist nichts passiert!

Es liegt ein Abänderungsantrag von den Abgen. Dr. Elisabeth Neck-Schaukowitsch, Gerhard Pfeiffer und Johann Römer vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Abänderungsantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen nun zur ersten Lesung des Gesetzes. Es wurde eine getrennte Abstimmung beantragt.

Und ich bitte somit jene Damen und Herren, die dem Art. 1, Punkt 1, 2 und 3 und dem Art. 2 Abs. 2 (Abg. Dr. Peter Pilz berichtigend: 3) 3, Pardon, Entschuldigung, das sind die Punkte, wo eine einheitliche Meinung besteht. (Abg. Dr. Peter Pilz und Abg. Ing. Karl Svoboda: *Das werden wir erst sehen.* - Abg. Gerhard Pfeiffer: *Jetzt ist Herr Pilz wieder eingetroffen.*)

Ich muß es anders formulieren. Wo mir angedeutet wurde, daß hier Einstimmigkeit besteht.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den von mir zitierten Teilen dieses Gesetzes zustimmen möchten, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig.

Ich bitte daher für die verbleibenden Teile, das sind

Art. 1, 4, 5 und Art. 2 Punkt 1 und 2, um Zustimmung bei jenen Mitgliedern des Hohen Landtags, die dem zustimmen möchten. - Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. Nachdem hier alle einverstanden sind, bitte ich jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz auch in zweiter Lesung zustimmen möchten, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung mehrstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 6. Es betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Bezügegesetz 1995 und die Besoldungsordnung 1994 geändert werden.

Berichterstatter hiezu ist Herr Amtsf. StR. Hatzl. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf. StR. Johann Hatzl: Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Ich ersuche die Vorlage des Gesetzes zum Be schluß zu erheben.

Präsidentin Ingrid Smekal: Das war ein bißchen überraschend kurz. (Allgemeine Heiterkeit)

Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir sogleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz auch in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag und Stunde der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben.

Ich habe mir jetzt überlegt, es ist so eigentlich das Jahr zu Ende. Und üblicherweise stehen an dieser Stelle gute Wünsche. Wenn ich allen einen guten Wahlerfolg wünschen würde, wäre es unehrlich. (Allgemeine Heiterkeit.)

Ich wünsche uns noch einen seriösen Wahlkampf, aber es gibt auch nach diesem Wahltag eine Zeit, und die ist dann so um Weihnachten, daher wünsche ich allen auch schöne Feiertage.

Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall.)

(Schluß um 14.32 Uhr.)

